

Internationaler Workshop

**Die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die
Mitwirkungsmöglichkeiten der
Regionen und Kommunen**

Gefördert durch die Europäische Kommission
(SOKRATES/ERASMUS)

13.3-24.3.2005
Universität Vaxjö



Noordelijke
Hogeschool



Wyższa Szkoła Administracji
Publicznej w Szczecinie



Växjö
universitet



Fachhochschule für
Verwaltung und
Rechtspflege Berlin

Internationaler Workshop



Die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen

Gefördert durch die Europäische Kommission
(SOKRATES/ERASMUS)

13.3-24.3.2005
Universität Växjö

Universität Växjö
35195 Växjö
Sweden
www.vxu.se

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin
University of applied Sciences for Public Administration and Legal Affairs

Im Rahmen des europäischen Hochschulprogrammes SOKRATES/ERASMUS koordiniert die FHVR Berlin ein dreijähriges Intensivprogramm zum Rahmenthema „Kommunalverwaltung der Zukunft“. Partnerhochschulen sind die Universität Växjö/Schweden, die Noordelijke Hoogeschool Leeuwarden/Niederlande und die Wyzsza Szkoła Administracji Publicznej Stettin/Polen. Das Intensivprogramm wird als internationaler workshop zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und an wechselnden Standorten durchgeführt. Im akademischen Jahr 2002/2003 fand der workshop zum Thema „E-Government“ in Berlin, im Jahr 2003/2004 zum Thema „Zukunftsfähige Kommunalverwaltung /Service für Investoren“ in Stettin und im Jahr 2004/2005 zum Thema „Die zukünftige Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen“ in Växjö statt.

Die jeweiligen internationalen workshops werden

- a) mit einem Zuschuss der Europäischen Kommission,
- b) mit Mitteln aus den Hochschulbudgets der beteiligten Institutionen und
- c) durch finanzielle Eigenbeteiligung der teilnehmenden Studenten finanziert.

Der vorliegende Bericht über die Durchführungsphase 2004/2005 ist zugleich die Anlage zum Schlussbericht an die Europäische Kommission.

Dr. Brigitte Thiem-Schräder

FHVR Berlin

Leiterin des akademischen Auslandsamtes und Sokrates-Koordinatorin an der FHVR Berlin

Inhaltsverzeichnis

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin	1
1. Einleitung	3
2. Hintergrundinformationen zur gastgebenden Universität Växjö.....	4
3. Teilnehmer des Workshops	5
3.1 Teilnehmerliste der Studenten.....	5
3.2 Teilnehmerliste der Lehrer	6
4. Workshop-Programm	7
5. Expertenvorträge	11
5.1 Peter Hogla: Leiter des EU-Kontors in Kronoberg län: Die Kohäsionspolitik der EU aus schwedischer Sicht.....	11
5.2 Vortrag Rolf Sällryd, Politischer Berichterstatter über die Kohäsionspolitik für Südschweden (SydSam): Die Kohäsionspolitik 2006+ - eine Stellungnahme aus Südschweden	21
5.3 Vortrag Eva Palmér, Pressesprecherin der Kommune: Tingsryd Ohne Grenzen. Rennbahn Tingsryd – Ein ungewöhnliches Projekt mitten im Nirgendwo.....	26
5.4 Ausflug nach Öland.....	29
6. Ländervorträge	30
6.1 Länderbericht Schweden	30
6.2 Länderbericht Polen	49
6.3. Länderbericht Deutschland	59
6.4 Länderbericht Niederlande	76
7. Workshopberichte	89
7.1 Bericht der Gruppe 1: Kohäsionspolitik und die Integration von Einwanderern – Modell einer optimalen Strategie am Beispiel der Erfahrungen in Schweden, den Niederlanden, Deutschland und Polen.....	89
7.2 Bericht der Gruppe 2: Bildung als Voraussetzung sozialer Integration - Strategien zur Erreichung von Chancengleichheit in der Gesellschaft –	104
7.3 Bericht der Gruppe 3 Kohäsion und Arbeitsmarktpolitik – Modell einer optimalen Umsetzung der Mittel zur Erreichung von mehr Beschäftigung.....	119
8. Zusammenfassung	137

1. Einleitung

Europa wächst zusammen! Die dreijährige intensive Zusammenarbeit der vier Hochschulen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Noordelijke Hoogeschool Leeuwarden/Niederlande, Wyższa Szkoła Administracji Publicznej Szczecin/Polen und der Universität Växjö/Schweden war diesem Gedanken verpflichtet.

Die Zusammenarbeit fand im Rahmen des europäischen Sokrates-/Erasmusprojekts statt und wurde finanziell durch die Europäische Kommission gefördert.

Thema des diesjährigen Workshops, der in der Zeit vom 13.3-24.3.05 an der Universität Växjö stattfand, war:

Die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen

An dem zehntägigen Workshop nahmen 8 deutsche, 8 holländische, 8 polnische sowie 13 schwedische Studenten sowie jeweils ein Dozent der beteiligten Hochschulen teil. Der Workshop bestand aus folgenden Elementen:

- Vorträge eingeladener schwedischer Experten und Praktiker, die sich mit dem Thema auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene beschäftigt haben.
- Besuche der Gemeinde Tingsryd und der Ostseeinsel Öland, wo Experten über die Anwendung der EU-Fördergelder und die Perspektiven nach 2006 informierten.
- Länderspezifische Vorträge der Hochschullehrer und Studenten über die gegenwärtige und zukünftige Kohäsionspolitik der beteiligten 4 Länder.
- Arbeit in 3 gemischt zusammengesetzten Gruppen zu den Themen Kohäsionspolitik und die Integration von Einwanderern, Bildung als Voraussetzung sozialer Integration und Kohäsion und Arbeitsmarktpolitik.
- Entwicklung von Modellen zur Lösung der Probleme.

Die Teilnehmer konnten durch eine gemeinsame Stadtrundfahrt und eigene Exkursionen auch die Stadt Växjö und ihre schöne Umgebung kennen lernen. Darüber hinaus wurde durch Ausflüge nach Tingsryd, Kalmar und Öland die schwedische Region Småland vorgestellt.

Durch die gemeinsame Unterbringung der angereisten studentischen Teilnehmer in einer Jugendherberge und gemeinsame Aktivitäten in der Freizeit baute sich ein Gruppengefühl unter den Workshopteilnehmern auf, die sich im Laufe der Zeit immer besser kennen- und verstehen lernten.

Die gemeinsame Sprache während des Workshops war Deutsch, jedoch benutzen einige polnische und holländische Teilnehmer auch die englische Sprache, um sich besser ausdrücken zu können. Die entstandenen Arbeitspapiere wurden zum größten Teil auf deutsch verfasst.

Der Verlauf des Workshops wurde von allen Beteiligten als Erfolg gewertet und mit dem Wunsch verbunden, ein neues Projekt mit einer europäischen Thematik zu organisieren. Das Projekt hat nach Auffassung der Veranstalter nicht zuletzt auch zur Stärkung des europäischen Bewusstseins beigetragen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Ländergrenzen erhöht.

2. Hintergrundinformationen zur gastgebenden Universität Växjö

Die Universität Växjö existiert seit 1967. Sie wurde damals als Filiale der Universität Lund gegründet, bekam 1978 den Status einer selbständigen Hochschule und 1999 den Universitätsstatus. Seitdem gibt es 9 selbständige Universitäten in Schweden.

Heute studieren hier ca. 15 000 Studenten in 63 Studienprogrammen und besuchen mehr als 1 200 Seminare, Übungen und Vorlesungen in mehr als 50 Studienfächern. Sie können einen Magisterabschluss in mehr als 20 verschiedenen Fächern erwerben.

Über 3 000 Studenten sind für alternative Studienformen immatrikuliert, wie Fernstudien, Abend- und Wochenendseminare.

Am größten sind die Fakultäten für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften.

Mit der Universitätsbildung kamen auch Mittel für Forschung nach Växjö. Heute sind hier über 50 Professoren und ca. 200 Doktoranden beschäftigt. In den nächsten Jahren werden hier folgende Forschungsbereiche prioritiert: Arbeitsmarkt, Migration, ethnische Beziehungen, Unternehmensentwicklung, Mathematik, Ausbildung und Didaktik.

Die Universität Växjö ist eine der am meisten internationalisierten Hochschulen in Schweden. Es bestehen Partnerschaftsverträge mit ca. 300 ausländischen Hochschulen und Universitäten, davon etwa 200 in Europa. Hier studieren jedes Jahr ca. 650 ausländische Studenten von Partnerhochschulen aus der ganzen Welt. Sie wählen zumeist englischsprachige Kurse und nehmen zu einem großen Teil an Einführungskursen in die schwedische Sprache und Kultur teil. Etwa 350 schwedische Studenten wählen jährlich in der Regel ein 1-2 semestriges Studium im Ausland.

Die Internationalisierung der Universität schlägt sich auch im Programmangebot nieder. Es gibt mehrere internationale Magisterprogramme. Zu ihnen gehört auch das Programm für Internationale Verwaltung mit einer Fremdsprache (Englisch, Französisch oder Deutsch).

13 Studenten dieses Studienprogramms mit Deutsch als Wahlsprache nahmen an dem Sokrates-/Erasmusprojekt „Die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen“ mit internationalen Workshops im März 2005 an der Universität Växjö teil.

3. Teilnehmer des Workshops

3.1 Teilnehmerliste der Studenten

Teilnehmer aus den Niederlanden

Umut Ak
Atty-Marije Horjus
Ellen Pasma
Alinde Huijzer
Hanna Capeder
Willemyrn Hiemstra
Eline Geerligs
Manon Rook

Teilnehmer aus Polen

Marek Juszkiewicz
Eleonora Bartczak
Justyna Lemańska
Marta Czmocho
Michał Debczyński
Barbara Matecka
Radosław Poziemski

Teilnehmer aus Schweden

Valdete Lekiqi
Kaarin Toivonen
Maria Ek
Emma Lhådö
Jonas Andersson
Judit Papsai Felföldi
Dijana Krizanovic
Sofie Nilsson
Edith Kiendl
Hanna Petersson
Amela Begovic
Annica Blomstrand
Anna Niiranen
Therése Hultén

Teilnehmer aus Deutschland

Franziska Scherff
Linda Bahro
Maria Sidorf
Ricardo Liesig
Saskia Hablasch
Andrea Goedecke
Sven Berndt
Ralf Zegenhagen
André Goslar
Moritz Ohr

3.2 Teilnehmerliste der Lehrer



Prof. Dr. Heinrich Bucker-Gärtner; Fachhochschule für
Verwaltung und Rechtspflege Berlin



Dr. Thomas Marten; *Universität Växjö*
Corina Löwe; *Universität Växjö*



Dr. Jan Brinks; *Noordelijke Hoogeschool Leeuwarden*

Antoni Sobolewski, *Wyższa Szkoła Administracji Publicznej*
w Szczecinie

4. Workshop-Programm



Noordelijke
Hoogeschool



Wyższa Szkoła Administracji
Publicznej w Szczecinie



Växjö
universitet



Fachhochschule für
Verwaltung und
Rechtspflege Berlin

Internationale Workshops

Die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen

-gefördert durch die Europäische Kommission (Sokrates/Erasmus)-

13.März-24.März 2005

Universität Växjö

Workshop-Programm

13. März 2005 Sonntag	
	Ankunft der Teilnehmer aus Polen (8 Studenten und 1 Dozent) und Deutschland (8 Studenten und 1 Dozent) (ca. 22.00) in der Jugendherberge in Evedal/Växjö; Begrüßung und anschließendes Abendessen; Ankunft der niederländischen Teilnehmer (8 Studenten und 1 Dozent) (ca. 01.00 nachts)
14. März 2005 Montag (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.30-10.00	Begrüßung durch Lars Andersson , Stellvertretender Rektor der Universität Växjö Begrüßung durch Stefan Höjelid , Fachvertreter für Politische Wissenschaft am Gesellschaftswissenschaftlichen Institut der Universität Växjö Begrüßung durch Camilla Andersson , International Coordinator der Universität Växjö
10.00-10.45	Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer des Workshops
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Rasken
11.15-12.45	Programmvorstellung, Einteilung in Arbeitsgruppen für die Workshops
13.00-14.00	Mittagessen
14.00-16.00	Stadtbesichtigung in Växjö mit Besichtigung des Smålandsmuseums
16.00-16.30	Kaffeepause im Restaurant Rasken
16.30-18.00	Arbeit in den Workshop-Gruppen zur Themenvorbereitung und Organisation Gr.1: Platon; Gr.2: P330; Gr.3: H1207
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina
15. März 2005 Dienstag (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15-10.45	Expertenvortrag Peter Hogla , Leiter des Europakontors in Växjö Vortrag auf Englisch: EU's cohesion policy before and after 2006 (Die Kohäsionspolitik der EU vor und nach 2006)
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Rasken
11.15-12.45	Expertenvortrag: Ulf Savbäck , Schwedisches Wirtschaftsministerium Vortrag auf Englisch: EU's cohesion policy from a Swedish perspective (Die Kohäsionspolitik der EU aus schwedischer Sicht)
13.00-14.00	Mittagessen

14.00-18.00	Arbeit der nationalen Gruppen in Vorbereitung der Länderpräsentationen am 17./18. März unter Anleitung der jeweiligen Lehrer (Computerarbeitsräume: K1050, K1056, K1057; K1074)
15.45-16.15	Kaffeepause im Restaurant Rasken
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina

16. März 2005 Mittwoch (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15-10.45	Rolf Sällryd , Fraktionsvorsitzender der Christdemokratischen Partei im Provinziallandtag Kronoberg Vortrag auf Englisch: EU's cohesion policy from the perspective of regionalism and subsidiarity: Consequences for southern Sweden and the municipalities in the county of Kronoberg (Die Kohäsionspolitik der EU im Zeichen der Regionalität und Subsidiarität: Konsequenzen für Südschweden und die Kommunen im Landkreis Kronoberg)
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Rasken
11.15-12.00	Diskussion mit Rolf Sällryd
12.00-13.00	Mittagessen im Restaurant Rasken
13.00-14.30 14.30-16.00	Fahrt nach Tingsryd, 50km südlich von Växjö gelegen Expertenvortrag Eva Palmer , Verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Tingsryd Vortrag auf Englisch: Without boundaries! Tingsryd racetrack – an unlikely project, in the middle of nowhere.
16.00-16.30	(Ohne Grenzen! Die Trabrennbahn in Tingsryd – Ein unmögliches Projekt, mitten im Nichts) Kaffeepause; anschließend Rückfahrt zur Universität
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina
17. März 2005 Donnerstag (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15-10.15	Vortrag von Heinrich Bücker-Gärtner (Deutschland) Thema: Die Auswirkungen der künftigen Kohäsionspolitik der EU auf Deutschland
10.15-11.00	Kaffeepause im Restaurant Rasken Kaffeepause
11.00- 12.45	Präsentation der Studenten aus Deutschland Thema: Soziale Konsequenzen der Kohäsionspolitik in Deutschland
13.00-14.00	Mittagessen im Restaurant Rasken
14.00-15.00	Vortrag von Jan Brinks (Niederlande) Thema: Die Auswirkungen der künftigen Kohäsionspolitik der EU auf die Niederlande
15.00-15.45	Kaffeepause im Restaurant Rasken
15.45-17.30	Präsentation der Studenten aus den Niederlanden Thema: Soziale Konsequenzen der Kohäsionspolitik in den Niederlanden
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina
18. März 2005 Freitag (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15-10.15	Vortrag von Antoni Sobolewski (Polen) Thema: Die Auswirkungen der künftigen Kohäsionspolitik der EU auf Polen
10.15-11.00	Kaffeepause im Restaurant Rasken
11.00- 12.45	Präsentation der Studenten aus Polen Thema: Soziale Konsequenzen der Kohäsionspolitik in Polen
13.00-14.00	Mittagessen
14.00-15.00	Vortrag von Thomas Marten (Schweden) Thema: Die Kohäsionspolitik in Schweden aus historischer Perspektive

15.00-15.45	Kaffeepause im Restaurant Rasken
15.45-17.30	Seminar (Fortsetzung): Präsentation der Studenten aus Schweden Thema: Soziale Konsequenzen der Kohäsionspolitik in Schweden
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina

19. März 2005 Samstag	
9.15-13.00	Workshops in Gruppen: Gruppe 1 - Moderatoren : Thomas Marten/ Corina Löwe Thema: Kohäsionspolitik und die Integration von Einwanderern – Modell einer optimalen Strategie am Beispiel der Erfahrungen in Schweden, den Niederlanden, Deutschland und Polen Arbeitsraum: K1050 Gruppe 2 – Moderatoren: Heinrich Bücker-Gärtner Thema: Bildung als Voraussetzung sozialer Integration – Strategien zur Erreichung von Chancengleichheit in der Gesellschaft Arbeitsraum: K1056 Gruppe 3 - Moderatoren: Jan Brinks/ Antoni Sobolewski Thema: Kohäsion und Arbeitsmarktpolitik – Modell einer optimalen Umsetzung der Mittel zur Erreichung von mehr Beschäftigung Arbeitsraum: K1057
10.15-11.00	Kaffeepause im Restaurant Christina
13.00-14.00	Mittagessen mit Kaffeepause im Restaurant Christina
14.00-17.45	Fortsetzung der Workshoparbeit in den Gruppen
18.00-20.00	Abendessen in einer Pizzeria in Växjö
20. März 2005 Sonntag	
9.00	Abfahrt nach Kalmar und auf die Ostseeinsel Öland
10.30-11.00	Kalmar-Schloß; Rundgang mit Führung
11.00-12.45	Führung durch das Bezirksmuseum (länsmuseum) mit Besichtigung des Wikingerschiffes Kronan
13.00-14.30	Mittagessen im Restaurant Ming-Palace in Kalmar
14.30	Abfahrt nach Öland
15.30-16.30	Besuch mit Führung auf der Vogelstation Ottenby
17.00-19.00	Rathaus der Inselhauptstadt Borgholm Expertenvortrag: Lillebill Grähs , Bezirks- und Kommunalpolitikerin und Anders Marell , Dozent an der Universität Växjö Thema: Auswirkungen der Fördermittel aus den Kohäsionsfonds auf Öland
19.00- ca.20.30	Abendessen
20.30	Rückfahrt nach Växjö
21. März 2005 Montag	
9.15-13.00	Workshops: Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Christina
13.00-14.00	Mittagessen
14.00-17.45	Fortsetzung der Arbeit in den Gruppen (Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057)
15.00-15.45	Kaffeepause im Restaurant Christina
18.00-19.00	Abendessen

22. März 2005 Dienstag (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15-13.00	Vorbereitung der Gruppenpräsentationen (Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057)
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Christina
13.00-14.00	Mittagessen im Restaurant Christina
14.00-15.00	Vorstellung der Arbeitsergebnisse: Gruppe 1
15.00-15.30	Kaffeepause im Restaurant Christina
15.30-16.30	Vorstellung der Arbeitsergebnisse: Gruppe 2
16.45-17.45	Vorstellung der Arbeitsergebnisse: Gruppe 3
18.00-19.00	Abendessen im Restaurant Christina
23. März 2005 Mittwoch (Arbeitsraum: Newton, C1202)	
9.15- 10.45	Erarbeitung des Workshop-Berichtes durch die drei studentischen Arbeitsgruppen (Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057)
10.45-11.15	Kaffeepause im Restaurant Christina
11.15-12.45	Fortsetzung der Arbeit (Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057)
13.00-14.00	Mittagessen im Restaurant Christina
14.00-15.00	Fortsetzung der Arbeit (Gr.1: K 1050; Gr.2: K1056; Gr.3: K1057)
15.00-15.30	Kaffeepause im Restaurant Christina
15.30-17.30	Präsentation des Workshopberichtes, Evaluation
18.30-22.00	Abendessen und anschließende Aushändigung der Teilnahmezertifikate, Verabschiedung der Teilnehmer im Restaurant Rasken
24. März 2005 Donnerstag	
8.00	Abreise der Teilnehmer

5. Expertenvorträge

5.1 Peter Hogla: Leiter des EU-Kontors in Kronoberg län: Die Kohäsionspolitik der EU aus schwedischer Sicht

Die Entwicklung der modernen schwedischen Regionalpolitik (1960er)

Eine grundlegende Ursache für die Notwendigkeit einer Politik mit geografischer Dimension war die Rationalisierung in der Erd- und Forstarbeit wie auch die Industrialisierung und dessen Auswirkungen auf die Migrationmuster des Landes. Die Migrantenströme brachten es mit sich, dass große Teile Schwedens einen geringeren Bevölkerungsanteil aufwiesen. Eine schwankende Unterlage für verschiedene Service- und Gesellschaftsfunktionen entstand besonders in den nördlichen Teilen des Landes. Anfang der fünfziger Jahre beschloss der Reichstag deshalb, eine Lokalisierungs politik einzuführen. Die Beweggründe dafür waren, außer den Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung, auch allgemein wirtschaftliche, soziale und verteidigungspolitische. Die Lokalisierungs politik soll mit dem Bestreben koordiniert werden, die zugängliche Arbeitskraft maximal auszunutzen und den Ausbau des Wirtschaftslebens an den Stellen zu unterstützen, wo die Produktions gesamt kosten am geringsten sind.

Die Maßnahmen, die getroffen wurden, um die regionale Entwicklung in den 1950er Jahren zu beeinflussen, offenbarten sich indessen als unzureichend. Einige Versuche, die Wirtschaftsentwicklung in Norrland oder den anderen ausgesetzten Regionen auf breiter Front zu stimulieren, hatten keinen Platz in der Politik. Eine ausgesprochene regionalpolitische Zielsetzung fehlte.

Die Entstehung der Regionalpolitik wird oft auf das Jahr 1965 datiert. Da fasste der Reichstag den Beschluss, staatliche Beiträge und Darlehen einzuführen, die sogenannte lokalpolitische Unterstützung, für Investitionen in Nordschweden. Zweck dieser Veränderung war es, durch direkte ökonomische Stimulans für einzelne Firmen einen Teil des Zuwachses in den überhitzten Regionen in Landsteile mit unterbenutzten Ressourcen abzuleiten. Die expansive neue Industrie sollte stimuliert werden indem man die Investitionen in die Orte mit zunehmend geringe werdender Beschäftigung verlegt. Die geographischen Konsequenzen der Umstrukturierung der Wirtschaft beinhalten dass die Politik vor allem dem Ziel dient, sogar das nördliche Schweden zu industrialisieren.

Die Regionalpolitik wird deshalb zum großen Teil mit dem Begriff „Die Norrlandspolitik des Staates“ verbunden.

Strukturkrisen und das Planungssystem – Die Regionalpolitik wird geformt und entwickelt (1970er und 80er Jahre)

Die 70er Jahre wurden von Ölkrisen und einer internationalen Wirtschaftskrise geprägt. Als Folge davon litt Schweden Mitte der 70er Jahre an einer wirtschaftlichen Depression. Die Depression traf das ganze Land, aber bestimmte Regionen besonders hart.

Die Branchen Werft, Grubenbau, Eisen und Stahl wurden besonders von den Folgen der zwei Ölkrisen, der Lohnkostenentwicklung samt den aufeinanderfolgenden Strukturkrisen getroffen. Aber sogar die Massen- und die Papierindustrie wurde vor schwere Umstellungsbedingungen gestellt. Um der Entwicklung entgegen zu wirken, wurde ein staatliches Maßnahmenpaket herausgegeben, welches darauf abzielte, die Wirksamkeit und die Beschäftigung innerhalb der krisengeschüttelten Branchen und den ausgesetzten Regionen im ganzen Land aufrechtzuerhalten. Die größten einzelnen staatlichen Unterstützungen wurden in der Periode 1975-85 ausbezahlt. Die Einstellung des Pakets wurde jedoch sukzessiv verändert. Anstelle nur die betroffenen Firmen zu unterstützen, richteten sich jetzt die Bemühungen mehr und mehr auf die Neuetablierung von Firmen.

Der einzige und wichtigste Grund warum der Beschäftigungsrückgang in hohem Grade aufgefangen werden konnte, war die schnelle Expansion des öffentlichen Sektors. Dieser trug dazu bei, die Beschäftigung im ganzen Land aufrechtzuerhalten. Besondere Einsätze mit einer deutlich regionalen Dimension wurden sogar an diesen Sektor gerichtet. In den 70er Jahren wurden zum Beispiel ca. 10.000 Arbeitsplätze bei einer großen Anzahl staatlicher Behörden aus Stockholm in kleinere Kommunen auf dem Land verlagert.

Mitte der 70er Jahre wurde die Regionalpolitik sogar dazu ausgeweitet, dass sie jetzt auch gewisse beschäftigungspolitische Maßnahmen umfasste; die Veränderung deutete auf eine Integrierung von Regional- und Arbeitsmarktpolitik hin. Die Regionalpolitik entwickelte sich zu einem ausgeprägt quersektoriellem Politikfeld, in dem wichtige Aufgaben aus der Koordination der Sektoren und der Mitwirkung daraufhin, dass unterschiedliche Sektoreengebiete die Regionalpolitik berücksichtigten. Während der 80er Jahre wurde die Bedeutung der Ausbildung und der Forschung u.a. für die regionale Entwicklung betont. Das, was in den 90er Jahren die „große“ Regionalpolitik genannt wird, gründete sich auf diese Auffassung darüber, wie unterschiedliche Sektoreengebiete zum regionalen Ausgleich und zur Entwicklung beitragen können.

Es wird gesagt, dass die Regionalpolitik, die wir heute kennen, seine hauptsächliche Ausformung schon während der 90er Jahre gehabt hat. Die Politik hatte sich zu diesem Zeitpunkt von einer reinen Lokalisierungspolitik, begrenzt auf vorgegebene

Unterstützungsgebiete, zu einer Politik entwickelt, wo die Koordination der Sektoren einen zentralen Platz einnimmt und wo das Ziel auf eine Politik für das ganze Land hinweist.

Ökonomischer Niedergang und Mitgliedschaft in der EU- Die 90er Jahre

In den 90er Jahren fanden keine großen Veränderungen statt, abgesehen von der hauptsächlichlichen Ausrichtung und Umfang der Regionalpolitik. Eine Veränderung bestand darin, dass die Provinzialregierungen Projektmittel zugeteilt bekamen, dessen hauptsächlichlicher Zweck darin lag, eine regional angepasste Ergänzung zu den Einsätzen auf anderen Politikfeldern zu ermöglichen. Des weiteren wurde die Unterstützung für kleine Unternehmen eingeführt für Investitionen in kleinere Unternehmen im ganzen Land. Das Jahrzehnt beinhaltete weiter, dass sich die Perspektive und die Arbeitsmethoden der Politik auf prinzipiell wichtige Art und Weise veränderten. Hauptsächlich drei Ursachen können unterschieden werden: Die wirtschaftliche Entwicklung, Schwedens Mitgliedschaft in der EU und eine veränderte Sichtweise auf die Treibkräfte für nationales Wachstum.

Der Beginn der 90er Jahre wurde durch eine schwache ökonomische Entwicklung gekennzeichnet, von der alle Teile des Landes betroffen waren. Eine kompensatorische und umverteilende Politik von der Art, wie sie in den 1970ern und 80ern betrieben wurde, war nicht länger möglich. Die Ursachen waren vor allem notwendige innerhalb des Wohlfahrtssystems. Gleichzeitig wurde die schwedische Wirtschaft von in vermehrtem Umfang von der immer mehr internationalisierenden Wirtschaft beeinflusst. Parallel dazu erhöhten sich das Wissen um die Bedeutung des lokale und regionale Milieu für die Konkurrenzfähigkeit und das Wachstum der Unternehmen. Die Bedeutung davon, dass alle Regionen Schwedens zum nationalen Wachstum beitragen müssen, wurde in erhöhtem Umfang beachtet. Die Regionalpolitik wurde einem gewissen Veränderungsdruck ausgesetzt, welcher weiterhin verstärkt wurde durch die EU-Mitgliedschaft Schwedens.

Als Schweden 1994 in den Europäischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeitsbereich (EES) eintrat und 1995 Mitglied der EU wurde, veränderten sich die Voraussetzungen für die nationale Regionalpolitik auf mehrfache durchgreifende Weise. Die Politik konnte nicht länger einzig und allein bestimmt werden durch einen von Schwedens Reichstag gefassten Beschluss. Die Konkurrenzgesetzgebung von der EU, die für das ganze EU-/EES-Gebiet gilt, begrenzt z.B. die Möglichkeiten, den Unternehmen Unterstützung zu bieten. Die Struktur- und Regionalpolitik der EU beeinflusste sogar die schwedische Regionalpolitik indirekt da diese durch Mitfinanzierungsprinzipien teilweise die Richtung, Umfang, Ausformung und geographische Abgrenzung zur nationalen Regionalpolitik steuert.

Die geographische Abgrenzung zur der Regionalpolitik wurde durch die Mitgliedschaft der EU-Richtlinien zur staatlichen Unterstützung für regionale Zwecke sowie von der Einteilung der europäischen Strukturpolitik in Unionen in den Zielgebieten beeinflusst. Die sogenannten Gemeinschaftsinitiativen sind ebenfalls von großer Bedeutung. Schwedens Zuteilung von finanziellen Ressourcen zur interregionalen Zusammenarbeit innerhalb der INTERREG-Programme beinhaltet z.B., dass die regionale Entwicklungsarbeit jetzt auch Regionen außerhalb der traditionellen Unterstützungsgebieten umfasst. Eine aktive regionale Entwicklungsarbeit umfasst damit fast ganz Schweden.

Das Ziel der modernen schwedischen Regionalpolitik

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat die Regionalpolitik immer mehr das Bedürfnis einer gut funktionierenden Entwicklungsarbeit auf kommunalem Niveau beachtet. Ein Motiv für dieses ist ein erhöhtes Verständnis über die Bedeutung des lokalen Milieus für Konkurrenzfähigkeit und Wachstum der Wirtschaft. Das nationale Wachstum wird von der Summe des lokalen und regionalen Wachstums ausgemacht. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Potentiale in den lokalen und regionalen Voraussetzungen in Anspruch genommen werden. Die regionale Entwicklungspolitik basiert auf dem früheren Politikfeld Regionalpolitik und dem Teilgebiet Regionale Wirtschaftspolitik innerhalb der Wirtschaftspolitik. Der Zweck ist dabei, eine koordinierte Politik für alle Teile des Landes zu etablieren, die sich regionalen Unterschieden und Voraussetzungen anpassen kann.

Einzelne Maßnahmen innerhalb eines bestimmten Politikgebietes (z.B. die Transport- und Entwicklungspolitik) kann von großer Bedeutung für die Entwicklung in verschiedenen Teilen des Landes sein. Genauso wesentlich oder wichtiger noch können die gesammelten Effekte der geführten Politik innerhalb mehreren Gebieten sein. Es gibt oft starke Zusammenhänge und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen unterschiedlichen Gebieten. Besonders deutlich wird dieses auf lokalem und regionalem Niveau. Die moderne schwedische Regionalpolitik soll zu gut funktionierenden und haltbaren lokalen Arbeitsmarktgebieten mit einem guten Leistungsniveau in allen Landesteilen beitragen und von einer Gesamtsichtweise basierend auf gewissen Ausgangspunkten ausgehen. Diese sind:

- Die Politik soll alle Teile des Landes umfassen.
- Der Staat soll ein deutliches Gewicht auf seine Rolle und seine Verantwortlichkeiten legen.
- Der Staat ist für die nationale Perspektive in verschiedenen Fragen verantwortlich und dafür, dass dieses Durchschlag auf lokalem und regionalem Niveau findet.
- Regionaler Einfluss und regionale Variation ist notwendig.

- Die Politik soll zu einer haltbaren Entwicklung beitragen.
- Die Politik soll zu einer erhöhten Gleichstellung beitragen.
- Die Politik soll zu einer erhöhten Vielfalt und Integration beitragen.
- Die Politik soll zu einer gut funktionierenden Konkurrenz beitragen.
- Die Politik soll lehrreich sein.

Die Regionalpolitik und Strukturunterstützung der EU

Schon in der Einleitung zum Romvertrag wird angegeben, ein Ziel für die Gemeinschaft ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sicherzustellen, die Arbeits- und Lebensbedingungen stetig zu verbessern sowie die Klüften zwischen verschiedenen Regionen zu vermindern. Die Aufgaben der Gemeinschaft soll sein, eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens, eine weiterführende und gut abgewogene Erweiterung des Handelsaustausches und eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards sicherzustellen. Die eigentlichen Instrumente für die Verwirklichung dieser Ziele und Aufgaben sind jedoch auf einen Anfang zur Aufrechterhaltung des Europäischen Sozialfonds und der Entstehung der Europäischen Investitionsbank begrenzt.

In den 70er Jahren erhöhten sich die Strukturprobleme auf ein Gemeinschaftsniveau, besonders in Form einer stark zunehmenden Arbeitslosigkeit und einem wachsenden Unterschied im Lebensstandard zwischen den Regionen der EU. Eine Antwort darauf, war unter anderem die Einrichtung des Europäischen Regionalentwicklungsfonds im Jahre 1976, eine Intensivierung der Maßnahmen des Sozialfonds sowie eine Erhöhung der Darlehen von der Gemeinschaft, die entweder von der Europäischen Finanzbank finanziert wurden oder direkt aus dem EG-Budget.

Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt und Anfang der 90er Jahre und seit 1994 sind die Strukturfonds das wichtigste Instrument der EU, die Politik eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa durchzuführen. Der Begriff Strukturfond kann missverständlich scheinen, da die Strukturfonds keine Fonds im eigentlichen Sinne sind, sondern ein jährlicher Ausgabeposten im EU-Budget. Die Strukturfonds werden aus den regionalen Entwicklungsfonds, Sozialfonds, Landwirtschaftsfonds und Fischereifonds ausgemacht. Dazu kommen dann Zusammenhaltsfonds, die zur Unterstützung der ärmsten Länder Europas vorgesehen sind.

Die Strukturfonds sind in drei Zielgebiete unterteilt:

- Ziel 1: Schwachentwickelte Regionen zu fördern.
- Ziel 2: Die Provinzgebiete und Regionen mit rückgängigen Industrien umzustrukturieren.

- Ziel 3: Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und zu einer Kompetenzentwicklung bei Angestellten und Arbeitslosen beizutragen.

Alle drei Zielgebiete sind in Schweden vorhanden. Ziel 1 und 2 sind geographisch bestimmt. Ziel 3 ist sogenannt horizontal, welches bedeutet, dass um Mittel für Maßnahmen von Teilen im Prinzip des ganzen Landes gesucht werden kann. Die Arbeit geschieht mit nationalen Partner in den Regionen, in der Provinz oder den Kommunen mit einem Teilnehmer oder zwischen mehreren lokalen Teilnehmern.

Die Zielgebiete werden von der Gemeinschaftsinitiative komplettiert, welches die zentral gesteuerte Unterstützungsform der EU für Projekte innerhalb der meist bevorzugten gemeinsamen Fragen ist. Gemeinschaftsinitiativen umfassen vier Gebiete:

- Provinzgebietsentwicklung zu fördern – Leader.
- Grenzregionale, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zu fördern – INTERREG.
- Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen zu fördern – EQUAL.
- Entwicklung der heruntergekommenen Stadtgebieten zu fördern – Urban.

Generell gilt für Gemeinschaftsinitiativen, dass alle Projekte, denen Unterstützung zugesichert wurde, transnational sein sollen, aber mit lokaler Verankerung und mit generalisierbaren, neuen Ideen arbeiten sollen. Aktuelle Projekte sollen ebenfalls an eins der Ziele für die Strukturpolitik anknüpfen.

Strukturfondsprogramme die Kronobergslän umfassen

Ziel 2 Süden

Ziel 2 beabsichtigt, die Wirtschaftsentwicklung in ausgesetzten Industrie- und Provinzregionen zu stimulieren. Ziel 2 in Schweden entspricht im Großen und Ganzen dem früheren Ziel 2 und 5b.

Ziel 2 Süden soll zu „*Eine attraktive Region mit fähigen Menschen. Eine konkurrenzstarke und zukunftsgerichtete Wirtschaft.*“ beitragen.

Das Gebiet Ziel 2 Süden ist ein Entwicklungsgebiet von insgesamt 24 Kommunen in Blekinge, Jönköpings-, Kalmar, Kronobergs und Östergötlands län. Ronneby, Karlshamn, Olofström und Solvesborg in Blekinge län, Kommune Kinda in Östergötlands län sowie Kommune Tingsryd in Kronoberg län sind sogenannte **”Ausphasenskommunen”**, welche beinhalten, dass die von dem neuen Programm eingeschlossen werden, aber die Programmperiode läuft von den Jahren 2000-2006 und die Gesamtunterstützungskosten von der EU werden weniger sein als im Rest der Ziel 2 Kommunen.

Ziel 2 Süden beinhaltet, dass die Regionen in den Jahren 2000-2006 einen Extrazuschuss aus den Mitteln der EU- Strukturfonds erhalten. Das Projekt wird mitfinanziert sowohl von der

Wirtschaft als auch von öffentlichen schwedischen Akteuren. Die Gelder sollen zu Steigerung der Attraktions- und Konkurrenzfähigkeit der Region angewandt werden. Die Einsätze konzentrieren sich auf zwei hauptsächliche Gebiete: Wirtschafts- und Kompetenzentwicklung.

Växtkraft Ziel 3

Växtkraft Ziel 3 ersetzt die früheren Ziele 3 und 4. Växtkraft Ziel 3 soll sogar zu einem großen Teil die Aufgaben, die Ziel 3 und 4 hatten, umfassen, nämlich die Stellung des Individuums auf dem Arbeitsmarkt zu stärken.

Die Vision bei Växtkraft ist, „die Stellung des Individuums im Arbeitsleben zu stärken und auf diese Weise zu Wachstum und erhöhter Beschäftigung beizutragen“. Växtkraft Ziel 3 soll Möglichkeiten zur Veränderungsarbeit, Kompetenzentwicklung und Kompetenzversorgung im Arbeitsleben für sowohl Angestellte in Firmen, im öffentlichen Sektor, Organisationen, Einzelunternehmen wie auch für Arbeitslose bieten. Das Programm richtet sich besonders an kleine und mittlere Unternehmen und Arbeitsplätze.

Einige Projektbeispiele, die Växtkraft Ziel 3 unterstützen kann:

- Für Angestellte/ Einzelunternehmen: Kompetenzanalysen und –entwicklung, Netzwerk, Gleichstellung, lokale Projektunterstützung
- Projekte wo sowohl Angestellte/Einzelunternehmen und Arbeitslose eingeschlossen sind: Arbeitsrotation, Netzwerk, lokale Projektunterstützung, Gleichstellung, Integration, Vielfältigkeit und Unternehmergeist.
- Für Arbeitslose: Kompetenzentwicklung, Netzwerk. Lokale Projektunterstützung, Gleichstellung, Vielfältigkeit und Unternehmergeist.

Der schwedische ESF-Rat ist die zuständige Behörde für die Durchführung von Växtkraft Ziel 3 in Schweden. Der ESF-Rat besteht aus regionalen Kontoren und einem Hauptkontor.

Leader +

Leader + ist die Gemeinschaftsinitiative der EU für die Provinzentwicklung. Das Programm soll von lokalen Voraussetzungen und Initiativen aus neue und innovativ Methoden die die Entwicklung und Erneuerung der Provinz berühren, unterstützen.

Glesbygdverket ist die zuständige Behörde für Leader + in Schweden. Um an diesem Programm teilzunehmen, ersuchten 32 Gruppen um Unterstützung durch das Leader + Programm. Eine der Gruppen die von Glesbygdverket ausgewählt wurden, war die Smålandsgruppen FGH, welche die Kommunen Uppvidinge, Lessebo und Tingsryd zusammen mit Sävsjö, Vetlanda, Högsby und Teilen der Kommunen Emmaboda und Nybro umfasst.

Die Vision der Smålandsgruppen lautet unsere Provinz soll als eine Warenmarke für das gute Leben bekannt werden – Die moderne Provinz“. Kennzeichnend für das Gebiet, welches Smålandsgruppen repräsentiert, ist die Produktion von Holz, Aluminium und Glas. Es ist beabsichtigt, diese lokalen Rohstoffe zu veredeln und zu neuen Warenmarken zu entwickeln. Es sollen sogar gemeinsame Kanäle für Verkauf und Marktführung gebildet werden, Kompetenzausbildung sowie interregionale und transnationale Zusammenarbeit um das „globalen“ Denken zu erweitern. Als übergreifendes gemeinsamer Einschlag innerhalb dieses Gebiets funktioniert das Design. Das Schlagwort für das Smålandsgruppen Leader + Programm lautet : „Ergreife neuen Halt“.

INTERREG

INTERREG ist die größte Gemeinschaftsinitiative und es handelt sich dabei darum die Zusammenarbeit über Nationsgrenzen hinweg zu entwickeln. Das übergreifende Ziel ist darauf zu achten, dass nationale Grenzen keine Hindernisse für eine ausgeglichene Entwicklung und Integration in Europa darstellen.

INTERREG III B

INTERREG III B bezweckt die Zusammenarbeit innerhalb größerer transnationalen Gebieten. Der übergeordnete Zweck ist eine bessere Koordination auf nationalem, regionalem und lokalem Niveau innerhalb der Regionen zu erreichen um eine dauerhafte ausgeglichene Entwicklung zu erzielen. Das Programm ist ein Teil der EU-Arbeit zur Erreichung einer Koordination zwischen großen europäischen Regionen innerhalb der EU, und sogar eine erhöhte Koordination zwischen Kandidat- und anderen Nachbarländern.

Kronobergs län wird auf folgende Weise von zwei INTERREG III B Programmen berührt:

- Ostsee: Umfasst ganz Schweden
- Nordsee: Umfasst Värmland, Västra Götaland, Halland, Skåne und Kronobergs län.

Das Ostsee-Programm umfasst 11 Länder rund um die Ostsee: ganz Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die sechs nördlichsten Bundesstaaten Deutschlands. Unter den sog. Kandidatländern nehmen Polen, Estland, Lettland und Litauen in ihrer Ganzheit teil. In Russland sind die Gebiete Kaliningrad, St. Petersburg und dem Gebiet Leningrad, Karelen, Pskov, Novgorod und die Gebiete von Murmansk eingeschlossen. Auch Weißrussland ist mit den westlichen Regionen eingeschlossen.

Am Nordseeprogramm nehmen die sieben Länder rund um die Nordsee teil, d.h. Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Belgien.

In dieser Periode ist sogar Kronoberg und Skåne, Nordbelgien, die ganze niederländische Küste, ganz Dänemark sowie Mittelnorwegen in der Zusammenarbeit miteingeschlossen.

INTERREG III C

INTERREG III C ersetzt die vorherigen Artikel 10-Zusammenarbeit und bezweckt eine internationale Zusammenarbeit zwischen den Regionen in der ganzen EU und den Nachbarländern. Durch die Arbeit in einem Netzwerk sollen die Politik und die Instrumente für die regionale Entwicklung und Zusammenhalt effektiver gemacht werden, besonders wenn es den Regionen gilt dessen Entwicklung nachhängt und denen, welche eine Umstellung durchlaufen.

Sämtliche Gebiete innerhalb der EU können Unterstützung von INTERREG III C erhalten.

EQUAL

EQUAL funktioniert als ein Experiment für Entwicklung und Verbreitung von neuen Arten und Weisen, arbeitspolitische Maßnahmen durchzuführen. Das Programm bezweckt die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Gleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, unabgesehen davon, ob dies für Personen gilt, die versuchen in den Arbeitsmarkt hineinzukommen oder Personen, die bereits eine Anstellung haben. Die Integration von Asylsuchenden in die Gesellschaft und das Arbeitsleben wird besonders beachtet.

EQUAL umfasst die ganze EU und die Zusammenarbeit über Nationsgrenzen hinweg in einer breiten Entwicklungspartnerschaft ist ein grundlegender Teil des Programms.

Die Vorschläge der Kommission zur zukünftigen Regionalpolitik und Strukturunterstützung

Die Strukturfonds und Programme der EU laufen unter einer bestimmten sog. Programmperiode. Die derzeitige Programmperiode gilt für die Jahre 2000-2006. Für die Jahre 2007-2013 kommt also eine neue Programmperiode. Die Kommission präsentierte seine Vorschläge für die neue Periode im Juli 2004. Die Mitgliedsländer diskutieren momentan über die Vorschläge und ein Beschluss für die neue Programmperiode ist noch nicht gefasst worden.

Die Kommission schlägt vor, dass drei neue Ziele die heutigen drei Ziele und Gemeinschaftsinitiativen ersetzen. Die neuen Ziele lauten:

1. Konvergenz
2. Regionale Konkurrenzfähigkeit und Beschäftigung
3. Europäische territoriale Zusammenarbeit

Konvergenz

Das Ziel der Konvergenz ist laut Vorschlag die Unterschiede zwischen den wohlhabenden und den nachhängenden Regionen zu reduzieren. Das Konvergenzziel richtet sich in erster Hand an Regionen die ein BIP pro Einwohner haben, das unter 75% des Durchschnitts in der ganzen EU liegt.

Der Vorschlag bedeutet, dass das Konvergenzziel vor allem eine bedeutende Rolle für die neuen EU-Mitgliedsländer spielen wird, wo ein großer Teil der Regionen unter dem Grenzwert liegen.

Regionale Konkurrenzfähigkeit und Beschäftigung

Das Ziel für die regionale Konkurrenzfähigkeit und Beschäftigung wird für die Gebiete vorgeschlagen, die nicht unter das Konvergenzziel fallen. Teils handelt es sich dabei um regionale Entwicklungsprogramme finanziert aus Regionalfonds, teils um nationale oder regionale Programme finanziert von Sozialfonds in Übereinstimmung mit der europäischen Beschäftigungsstrategie.

Laut dem Vorschlag sind es die Mitgliedsländer, die ein Programm für die Regionen, welche von den Regionalfonds finanziert werden sollen, vorlegen sollen.

Europäische territoriale Zusammenarbeit

Das Ziel der europäischen territorialen Zusammenarbeit basiert auf dem heutigen INTERREG. Die Zusammenarbeite wird auf drei Niveaus vorgeschlagen:

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit innerhalb der Regionen auf transnationalem Niveau
- Zusammenarbeitsnetzwerk und Erfahrungsaustausch innerhalb der ganzen Union.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird für aneinandergrenzende Regionen gelten, die längs interner oder externer Grenzen oder sogar Seegrenzen liegen. Transnationale Zusammenarbeit wird in größeren transnationalen Regionen geschehen. Welche Regionen an der transnationalen Zusammenarbeit teilnehmen dürfen, werden später von der Kommission vorgeschlagen. Es wird vorgeschlagen, die ganze Union zuständig für Zusammenarbeitsnetzwerk und Erfahrungsaustausch zu machen.

5.2 Vortrag Rolf Sällryd, Politischer Berichterstatter über die Kohäsionspolitik für Südschweden (SydSam): Die Kohäsionspolitik 2006+ - eine Stellungnahme aus Südschweden

Einleitung

SydSam ist eine politische Kooperationsorganisation für einheimische Behördenverbände, Regionalverbände und Gemeinderäte der sechs südschwedischen Provinzen, bestehend aus 77 Gemeinden aus Småland, Halland, Blekinge und Skåne. SydSam wirkt als Netzwerk, das die südschwedischen Interessen sowohl im interregionalen als auch im internationalen Kontext koordiniert, überwacht und repräsentiert. SydSam ist eine erfolgreiche Region in Europa, dies drückt sich beispielsweise durch die Empfangnahme der Auszeichnung für Innovative Regionen in den Jahren 2001 und 2002 aus.

Der Östsam Regionalverband ist ein Gemeindeverbund sowie ein regional kooperatives Organ bestehend aus 14 Mitgliedern – Östergötlands dreizehn Gemeinden und der Gemeinderat. Der Östsam Regionalverband arbeitet für das Ziel, die Attraktivität der Provinz zu verstärken und ihren Bewohnern einen hohen Lebensstandard zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe besteht darin, an einer positiven Regionalentwicklung von zwei Perspektiven aus zu arbeiten – Wirtschaftswachstum und Lebensqualität. Der Östsam Regionalverband koordiniert, überwacht und repräsentiert Östgötaland's Interessen in interregionalen und internationalen Kontext.

SydSam repräsentiert 2,3 Millionen Einwohner und Östsam mehr als 410 000 Einwohner. Insgesamt repräsentieren wir demnach eine Fläche von fast 3 Millionen Einwohnern.

Als politische Repräsentanten Südschwedens haben SydSam und Östsam die Diskussion um die zukünftige Kohäsionspolitik der EU mit großem Interesse verfolgt und sich daran beteiligt. Es ist für uns selbstverständlich, aufgrund unserer Erfahrungen, unsere Sichtweise über die Bildung der zukünftigen politischen Richtung darzubieten. Diese Diskussion hat bei unseren langfristigen Strategien allerhöchste Priorität und ist zugleich Ausdruck der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf lokaler und regionaler Ebene in Südschweden.

Die Kohäsionspolitik muss alle Regionen einschließen

Seit die Kommission den zweiten Kohäsionsbericht vorgelegt hat, haben Diskussionen darüber stattgefunden, ob es eine europäische Kohäsionspolitik geben oder ob dies Angelegenheit der Mitgliederstaaten sein sollte. Wir sind der festen Überzeugung, dass gemeinsame Strukturprobleme gemeinsame funktionelle Lösungen erfordern. Daraus ergibt sich zwingend, dass den neuen Mitgliederstaaten finanzielle Ressourcen zugeteilt werden müssen um eine ausgeglichene regionale und soziale Entwicklung zu erreichen. Allerdings muss diese gemeinsame Politik das Ziel haben für eine Wertsteigerung Europas zu sorgen und

damit sollte sie nur in den Mitgliederstaaten und deren Regionen durchgeführt werden, die diese politischen Fragen selbst nicht auf eine solch effektive Weise bewältigen können.

Die Tatsache, dass sich die EU Staaten zahlenmäßig vergrößern ist nicht gleichbedeutend mit der Tatsache, dass die Regionen die momentan Unterstützung beanspruchen automatisch nach 2006 besser dastehen. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, die finanziellen Ressourcen optimal zu verteilen. Das bedeutet, dass die Regionen, die geringere Unterstützung aus den Strukturfonds bekommen, wenn die neue Programmperiode beginnt, die Möglichkeit einer stufenweisen Abschaffungsphase geboten werden muss. Das bedeutet ebenfalls, dass Regionen, die von wirtschaftlichem Wachstum gekennzeichnet sind und als innovative Umwelt gelten, die Möglichkeit geboten werden muss, Ressourcen aus den Strukturfonds zu nutzen. Der Wert solcher „Spitzenregionen“ ist bekannt und ihre Rolle als Inspiration für andere Regionen kann nicht überbewertet werden. Die Kohäsionspolitik ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des Austausches von Wissen und Erfahrung.

Die Kohäsionspolitik stärkt die Regionen, vergrößert Kooperation und den Erfahrungsaustausch. Die Regionalisierung, die momentan in Schweden im Gange ist, ist größtenteils inspiriert von der Mitgliedschaft in der EU. Ein entscheidender Faktor ist dabei, dass die Kohäsionspolitik und die Strukturfondprogramme für einen beträchtlichen Zusatzwert auf regionaler Ebene sorgen. Entscheidungsträger nehmen sowohl an Zielprogrammen wie an gemeinsamen Initiativen teil wie auch an Programmen für innovative Maßnahmen. Das heißt, dass sie einen Beitrag zur Gestaltung der Programme leisten, individuelle Projekte ins Leben rufen und die Aktivitäten weiterführen. Die Arbeit an den Strukturfondprogrammen hat dazu geführt, dass neue Arbeitsmethoden entwickelt wurden, dass verschiedene regionale Entwicklungsressourcen koordiniert wurden, sowie dass die Kooperation auf regionaler Ebene vertieft wurde und sich vertrauensvolle Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren entwickelten. Dieses hilft den Programmen verbesserte Qualität und verbesserte Verankerung zu verleihen. Ein weiterer wichtiger Faktor besteht darin, dass die Strukturfondprogramme die regionale Kooperation über nationale Grenzen hinweg vereinfacht haben. Diese Kooperation sorgt für eine breitere Perspektive und ein größeres Verständnis für regionale Entwicklung. Unsere hervorragende Erfahrung spricht für eine weiterführende starke Kohäsionspolitik und weiter verbesserte Strukturfondprogramme.

Die gemeinsame Politik wird bürgernäher durch einen dreiseitigen Vertrag

Europa bürgernäher zu machen war eine der Hauptthemen während der schwedischen Präsidentschaft im Jahr 2001. Die Regionalebene spielt eine bedeutende – manchmal sogar eine entscheidende- Rolle wenn europäische Bestimmungen durchgeführt werden sollen. Um den Austausch von Erfahrungen, Sichtweisen und Perspektiven zu gewährleisten, ist es erforderlich ein System zu erschaffen in dem Regionen auf die Vorbereitung und Durchführung der Kohäsionspolitik einwirken können. Ein dreiseitiger Vertrag über die Programmierung der Strukturfondprogramme sollte deshalb zwischen der EU, den Staaten und Regionen aufgesetzt werden. Eine administrative Vereinfachung der Politik ist zudem zwingend erforderlich.

Das Menüsystem trägt zu Vielfalt und Subsidiarität bei

Die Kohäsionspolitik ist eine effektive Weise, die EU-Ziele betreffend der Bildungsebene und Wettbewerbsfähigkeit der Bevölkerung zu erreichen. Die europäische Wachstumspolitik, ausgedrückt in der Lissabon Studie, benötigt ein starkes lokales und regionales Engagement um Vielfalt und Subsidiarität zu garantieren. Ein Menüsystem würde dies gewährleisten und zugleich Möglichkeiten für regionale Entscheidungsträger eröffnen, Maßnahmen auszuwählen, die momentan in Ziel 1, Ziel 2 und den Gleichheits- und den städtischen Programmen durchgeführt werden und diese mit einer Forschungs- und Entwicklungsperspektive zu kombinieren.

Als Teil dieses Ganzen, glauben wir, dass Teile des Agrarfonds mit den Zielen für die ländliche Entwicklung und der Sozialwirtschaft kombiniert werden müssen. Das Vermögen aus den Fonds sollten gegebenenfalls auch transferiert werden, um eine effektive Entwicklung von Europa's ländlichen Gebieten betreffend der Faktoren, die nicht mit der Agrarpolitik in Verbindung stehen, herbeizuführen. Die Einführung eines Menüsystems würde die Basis bilden für eine gemeinsame geographisch zugeschnittene Politik für die Regionen in ganz Europa. Das Menüsystem sollte ebenfalls als klares Ziel vorgegeben haben, die Kooperation über Grenzen hinweg zu fördern und somit zu den gemeinsamen transnationalen Zuwachswert beizutragen.

Betrachtet Wassergrenzen als Landgrenzen

Südschweden betreibt seit langem eine umfassende grenzregionale Kooperation mit unseren Nachbarn. Sie basiert auf einer gemeinsamen Politik in Form von Projekten finanziert von beiderseitigen Beiträgen und Maßnahmen zur Geschäftsförderung seitens der schwedischen Regierung.

In den letzten Jahren hat eine umfassende grenzregionale und internationale Kooperation im Rahmen der Euro-regionalen Kooperation zwischen Südschweden und einigen Regionen in Dänemark, Deutschland, Polen, Russland, Litauen und Lettland stattgefunden. Diese Kooperation wurde durch die Finanzierung von INTERREG – Programmen ermöglicht. INTERREG hat dazu beigetragen, dass wir verbessertes Wissen bezüglich der Arbeit an der Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Ländern erlangten, welches für einen beträchtlichen regionalen Zusatzwert gesorgt hat. Deshalb sehen wir eine natürliche Entwicklung in einer Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Strategien und damit einer weiter objektivierenden Kooperation.

Um dies zu vereinfachen, müssen die INTERREG – Programme vereinfacht werden. Wir empfehlen wärmstens, Wassergrenzen als gleichbedeutend mit Landgrenzen anzusehen und dass eine Kooperation zwischen mehr als zwei Ländern im Rahmen jedes zukünftigen INTERREG – Programms erlaubt sein soll.

Südschweden's Positionen

Basierend auf dem o.g. Hintergrund möchten SydSam und Östsam einige Punkte aufzählen, die besonders wichtig in Bezug auf die zukünftige Kohäsionspolitik sind:

- **Die Kohäsionspolitik muss alle Regionen einschließen**

Die Kohäsionspolitik und besonders die Strukturfondprogramme haben für einen beträchtlichen Zusatzwert für Südschweden gesorgt. Zusätzlich zu neuen Arbeitsmethoden, fortwährende Kooperation und neuen Methoden, hat dies zu einer deutlich verbesserten regionalen Beteiligung geführt. Es wurde ermöglicht, verschiedene Gedankenstränge zu verfolgen, neue Projekte durchzuführen und neue Ansätze zu übernehmen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Regionen, die keine weiterführende Unterstützung bekommen, die Möglichkeit einer abgestuften Abschaffungsphase erhalten wenn die neue Programmperiode beginnt. Es ist ebenfalls von großer Bedeutung, dass die Regionen, die als Wachstumsgebiete und als innovative Umwelt zählen, auch die Möglichkeit erhalten, das Vermögen der Strukturfonds zu nutzen.

- **Dreiseitige Verträge machen das Subsidiaritätsprinzip klarer**

Die schwedische Mitgliedschaft in der EU ist ein Lernprozess, nicht zuletzt in Bezug auf die Kohäsionspolitik und die Strukturfondprogramme. Das Interesse für Wachstumsthemen, Subsidiarität und Themen der regionalen Entwicklung hat sich gesteigert und die politische Rolle hat sich teilweise verändert. Wenn sie früher mehr oder weniger passiv auf zentrale Initiativen und Programme für die regionale Entwicklung gewartet haben, nehmen die Politiker und andere Entscheidungsträger jetzt aktiv an allen

Phasen teil. Wir wollen jetzt die Politik bürgernäher machen und für größere Einflussnahme in Bezug auf die Vorbereitung und Durchführung der Kohäsionspolitik. Dies wird am besten erreicht durch dreiseitige Verträge zwischen EU – Staat – Region für die Programmierung von Strukturprogrammprogrammen. Es ist zwingend erforderlich, eine administrative Vereinfachung der Politik vorzunehmen.

- **Das Menüsystem ist ein klarer Ausdruck des Subsidiaritätssystems**

Europa's Wettbewerbsfähigkeit kann durch ein neues Programm mit eingebautem Menüsystem, welches allen Regionen angeboten wird, gestärkt werden. Das neue Programm soll regionalen Entscheidungsträger die Möglichkeit, Maßnahmen auszuwählen, die zur Zeit in Ziel 1,2 und 3 und die gemeinsamen Initiativen für Gleichheit und Städte durchgeführt werden und diese mit einer Forschungs- und Entwicklungsperspektive zu kombinieren. Wir glauben außerdem, dass Teile aus dem Agrarfond mit den Zielen für die ländliche Entwicklung und die soziale Wirtschaft koordiniert werden sollten. Dem neuen Programm soll außerdem eine stark transnationale Note verliehen werden.

- **Betrachtet Wassergrenzen als Landgrenzen**

Südschweden nimmt an einer umfassenden Kooperation mit unseren Nachbarn teil. Dies wird finanziert durch gemeinsame Beiträge und Maßnahmen zur Geschäftsförderung von der Seite der schwedischen Regierung und durch die INTERREG - Programme. INTERREG hat dazu beigetragen, dass wir verbessertes Wissen bezüglich der Arbeit an der Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Ländern erlangten, welches für einen beträchtlichen regionalen Zusatzwert gesorgt hat. Deshalb sehen wir eine natürliche Entwicklung in einer Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Strategien und damit einer **weiter objektivierenden Kooperation**. Um dies zu vereinfachen, müssen die INTERREG – Programme vereinfacht werden. Wir empfehlen wärmstens, Wassergrenzen als gleichbedeutend mit Landgrenzen anzusehen und dass eine Kooperation zwischen mehr als zwei Ländern im Rahmen jedes zukünftigen INTERREG – Programms erlaubt sein soll.

Abschließende Bemerkungen

Die Initiative der Kommission, die Debatte über die zukünftige Kohäsionspolitik anzustoßen und dabei sowohl regionale und lokale Behörden und Organisationen zu konsultieren, hat einen nützlichen kreativen Prozess hier in Südschweden eingeleitet. SydSam und Ötsam werden deshalb die andauernde Debatte über die Kohäsionspolitik und ihre Durchführung mit großem Interesse weiterverfolgen und an ihr teilnehmen.

Rolf Sällryd; Politischer Beauftragter

5.3 Vortrag Eva Palmér, Pressesprecherin der Kommune: Tingsryd Ohne Grenzen. Rennbahn Tingsryd – Ein ungewöhnliches Projekt mitten im Nirgendwo

Zunächst etwas über mich: Ich heiße Eva Palmér. Ich bin in das Arbeitsleben als Journalistin eingestiegen, habe aber in den letzten zwanzig Jahren im Bereich Marketing und Information gearbeitet. Ich habe einen Grund dafür, warum ich Euch und Ihnen dieses Bild von mir zeige, auf dem ich auf einer Wiese umgeben von Pferden stehe. Es wurde Ende Juli 2002 aufgenommen, in Kentucky, USA, wo ich Rennbahnen begutachtet und mich nach guten Rennpferden umgesehen habe. Das Ziel, den ich mit diesem Bild verfolge, ist, dass ich nur einige Jahre bevor dieses Bild aufgenommen wurde noch absolut verängstigt gewesen wäre, so in einer Herde Pferde zu stehen. Ich habe mich nie für Pferde interessiert – aber heute besitze ich mein eigenes, nicht sehr erfolgreiches, Rennpferd.

Mein Argument ist bedeutsam für dieses ganze Projekt und wie ich glaube, auch für die meisten Teilnehmer:

Auch wenn etwas furchteinflößend ist, und ein 5,5 Millionen Euro Projekt fortzusetzen, ist WIRKLICH furchteinflößend- Ich weiß jetzt, dass ich es bewältigen kann!

Das Gefühl, mit solch einem ungewöhnlichen Projekt Erfolg zu haben, ist wundervoll!

Und da wir es tatsächlich umgesetzt haben können wir sehr stolz mich und die Leute mit denen ich arbeite, sein.

Dies erinnert sehr an die Leitung der auf die EU finanzierten Projekte, mit denen wir in den letzten sechs oder sieben Jahren gearbeitet haben. Ich habe an vielen unterschiedlichen Projekten mitgearbeitet und ich muss sagen, ich bin sehr stolz auf das, was Menschen erreichen können, angefangen mit nur einer guten Idee, ein wenig Mut und viel Enthusiasmus – obwohl dies beizeiten wirklich beängstigend sein kann.

Pferde, Pferde und noch mehr Pferde

Dies ist die Geschichte davon, wie zwei verschiedenen Ideen, von zwei unterschiedlichen Personen, zusammengefasst und meiner Meinung nach zu einem der größten Projekte in Schweden wurden.

Eigentlich sind es fünf Projekte, die Hand in Hand miteinander gehen, mit einem Umsatz von ungefähr 5,5 Millionen Euro. Und es handelt sich dabei um Pferde.

Ich möchte die Bedeutung von guten Ideen hervorheben. Meiner Erfahrung nach, entstehen die besten Projekte aus kleinen, aber guten Ideen, die ein reales Überlebungspotential haben nach dem Abschluss des Projektprozesses.

Was ist denn eigentlich eine gute Idee? Also, ich würde sagen, dass eine gute Idee von enthusiastischen Menschen getragen wird, die so stark an ihre Idee und an das, was sie mit der Realisierung erreichen können, glauben, dass sie willens sind, die Idee bei jeder Gelegenheit zu vermarkten, einen großen Teil dafür zu opfern und, falls nötig, dafür zu kämpfen.

Aber es ist zunächst das Wichtigste, nie danach zu gehen, wie viel Geld man aus einem Fond herausbekommen kann, um etwas zu tun. Das ist der falsche Weg.

Lieber stattdessen sich die Frage stellen – was können wir aus dieser guten Idee noch weiterentwickeln?

Die nächste Frage ist, wie finanzieren wir diese Idee?

Warum Pferde? Hier geht es um Identifikation und hier sind Pferde die Zukunft

In der Umgebung von Tingsryd herrscht eine alte Tradition der Pferdezucht- alle Arten Pferde. Tatsächlich kommen hier sieben Pferde auf eine Person. Die Statistik von ganz Schweden kommt auf ein Pferd auf 40 Personen. Es geht also alles um Identifikation.

In Tingsryd haben wir auch eines von Schwedens größten Geschäften und Versandkatalogfirmen für Pferdeausrüstung sowie viele weitere Unternehmer, als auch Verbände und Privatpersonen, die mit Pferden arbeiten.

1999 schlug einer unserer Politiker vor, wir sollten aus all dieser Pferdehalterei Vorteil schlagen und unsere Gemeinde als „Das Königreich der Pferde“ vermarkten. Dies war eine sehr gute Idee. Schon damals war ich sicher, wir hätten aus dieser einzelnen Idee eine Projekt durchführen können. Aber es war noch zu früh dafür. Etwas fehlte und zu dieser Zeit wussten wir noch nicht, was.

Das Königreich der Pferde

Marketing, Leben, Netzwerk...

Ca. ein Jahr später, fragte eine andere Person, die erst kürzlich nach Tingsryd gezogen war, einfach unseren Bürgermeister “Warum haben wir keine Rennbahn in Tingsryd“?

So einfach war das und eine Idee wurde geboren. Der Herr Bürgermeister kam auf mich zu und fragte mich, ob es möglich wäre, eine solche Idee innerhalb eines EU-Projektes zu

realisieren. Ich muss ehrlich zugeben, ich habe nur für eine Sekunde nachgedacht und dann Ja gesagt. Die Idee war so verrückt, dass ich dachte, wir müssten es zumindest probieren.

Also beriefen wir eine Versammlung in der Gemeindeverwaltung ein und fragten, was sie von dieser Idee hielten. Auch sie waren relativ schnell für die Idee zu gewinnen. Der Grund, warum sie dem Projekt zustimmten, war der Regionalentwicklungsaspekt und der Beitrag zu den Aktivitäten für Kinder und Jugendliche.

Zu diesem Zeitpunkt verstanden wir auch, was wir mit der ersten Idee, „Das Königreich der Pferde“ anfangen könnten. Jetzt hatten wir eine ganze Arena, ein Königreich FÜR Pferde zu bauen.

Tingsryd Travet – die einzige 10 Kilometer Pferderennbahn in Europa – und eine 800 Meter Bahn für Rennponys.

Im Frühling 2000 fingen wir an das Projekt zu planen und Politiker, Normalbürger, Verbände, die Wirtschaft usw. dafür zu gewinnen. Zu dieser Zeit hatten wir einen Finanzplan von 2,3 Millionen Euro Umsatz. Ungefähr 820 00 Euro davon sollten aus Privatinvestitionen kommen.

Folglich mussten wir einen guten Eindruck auf Jedermann machen, um diese Idee zu verkaufen und diesen Betrag Geld einzutreiben. Wir zeichneten eine Situationsskizze und hatten viele gute Argumente, warum dieses Projekt realisiert werden sollte und welchen weiteren Entwicklungen es als Ausgangspunkt dienen könnte.

Ein paar der Argumente, die wir hervorbrachten, waren zum Beispiel:

- Pferde sind ein wichtiger Bestandteil unserer Identität, wir werden dies in ein zukünftiges Pferdesportzentrum entwickeln
- Pferde ziehen Mädchen und junge Frauen an. Wir haben viele Eishockeyspieler, aber das sind alles Jungen...
- Es wird diese Region attraktiver für Besucher und Einwohner machen
- Es wird neue Unternehmen anziehen

5.4 Ausflug nach Öland

Der Ausflug nach Kalmar und Öland am 20.3. brachte den Teilnehmern eine willkommene Abwechslung nach einer Woche des gemeinsamen Workshops auf dem Campusgelände der Universität Växjö. Der landeskundliche Teil mit einer Stadt- und Museumsbesichtigung in Kalmar sowie dem anschließenden Besuch des Vogelschutzgebietes im Süden der Insel wurde von dem Germanisten und Kommunalpolitiker Anders Marell geleitet. Ölands südliche Landzunge ist ein Paradies für Naturliebhaber und Vogelfreunde und vom 42 Meter hohen Leuchtturm konnten wir bei herrlichem Wetter die Ostsee und die Vogelwelt intensiv beobachten.

Am Nachmittag des Tages fand ein Informationstreffen im Rathaus der Inselhauptstadt Borgholm statt, wo die Gruppe von ihm und seiner Frau, der Bezirks- und Kommunalpolitikerin Lillbill Grähs, über die Auswirkungen der EU-Fördermittel auf Öland und Pläne für die Zukunft informiert wurde. Dabei stellte sich heraus, dass angesichts der guten wirtschaftlichen Lage der Insel durch Ansiedlung vieler kaufkräftiger, von zuhause aus arbeitender Schweden sowie den florierenden Tourismus die Erwartungen hinsichtlich neuer Fördergelder sehr gedämpft sind.

Im Anschluss daran stellten die Teilnehmer viele Fragen und erhielten interessante Antworten von den beiden Experten. Diese erwiesen sich als großzügige Gastgeber und sorgten zu unserer Freude für ein von ihnen vorbereitetes Abendessen.

6. Ländervorträge

6.1 Länderbericht Schweden

Thomas Marten; Universität Västjör/Schweden: Die schwedische Kohäsionspolitik aus historischer Perspektive

Das politische System des Landes

- Parlamentarische Monarchie seit 1809 (Verfassung seit 1975)
- Parlament (Riksdag) mit 349 Mitgliedern, Wahl alle 4 Jahre
- Staatsoberhaupt: König Carl XVI. Gustav seit 1973
- Regierungschef: Göran Persson (SAP-Vorsitzender) seit 1996

3 Ebenen

Staat – Bezirke (24) – Gemeinden (288)

Staat hat die Verantwortung für u.a. Infrastruktur, Kommunikationswesen, Universitäten und Hochschulen, Justiz, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Verteidigung; verbraucht ca. 10% der öffentlichen Ressourcen einschl. der Beschäftigung im öffentlichen Sektor – Tendenz abnehmend durch Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben (z.B. ist das Schulwesen seit 10 Jahren kommunale Angelegenheit)

Bezirke Verwaltungseinheiten, deren wichtigster Bereich (3/4 der Aufgaben)

das

(24) Gesundheitswesen ist, das von ihnen finanziert, organisiert und betrieben wird; es handelt sich praktisch um die gesamte Primärversorgung u. Krankenhauspflege; dazu kommt die Verantwortung für den öffentlichen Nahverkehr. Diese Verwaltungsebene verbraucht ebenfalls ca. 10% der öffentlichen Ressourcen; Die Bezirke erhalten ihre finanziellen Mittel vom Staat und haben keine eigenen Steuerquellen.

Gemeinden

(288) sind verantwortlich für den Grossteil der sozialen Tätigkeitsbereiche, Kinderbetreuung, Altenpflege, Betreuung von Behinderten, Grundschule, Gymnasium. Der Anteil der öffentlichen Tätigkeiten innerhalb des Sozialwesens, der Ausbildung und des Gesundheitswesens ist mit 90% sehr hoch. Seit ca. 10 Jahren ist jedoch eine Ausweitung privater Elemente zu beobachten (z.B. Zulassung von immer mehr

Privatschulen).

Seit 1997 bekommen die schwedischen Kommunen vom Staat einen generellen Zuschuss. Dieser ist an die Einwohnerzahl und die Zahl der betreuungsbedürftigen Bevölkerungsgruppen gebunden. Der Staatszuschuss beträgt ca. 15-18% der Einnahmen einer Gemeinde und besteht zu einem Teil aus einem an staatliche Vorgaben gebundenen Teil, z.B. für bestimmte Infrastrukturprojekte, die Entwicklung moderner Informationstechnologien und einem Teil, über den die Gemeinden frei verfügen können.

Die Haupteinnahmequelle der Gemeinden sind die Kommunalsteuern, die alle Arbeitnehmer zahlen und die 55% der Gesamteinnahmen ausmachen. 20% der verfügbaren Mittel stammen aus Gebühren, der Rest aus Vermietungen, Verpachtungen, Zinserträgen u.a. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern gibt es keine Unternehmenssteuern, die in Gemeindekassen fließen.

Besonderheiten des Parteiensystems

Eine seit ca. 70 Jahren mit Ausnahme von zwei Unterbrechungen während sozialdemokratische Machtausübung. Seit Jahren bildet die SAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) eine Minderheitsregierung, der von „Stützparteien“ (z.Zt. der Linkspartei und den Grünen) zu Mehrheiten im Parlament verholfen wird.

Die bürgerliche Opposition ist stark zersplittert und besteht aus 4 Parteien: Moderate Sammlungspartei, Liberale Volkspartei, Zentrumsparterei, Christlichdemokratische Partei.

Das „schwedische Modell“ und die Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik des Landes

Das so genannte „schwedische Modell“ wurde nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg 1932 entwickelt. Während noch die 20er Jahre von sozialen Unruhen mit vielen Streiks gekennzeichnet waren, wurde Schweden in den 30er Jahren ein Land mit einem immer friedlicheren Arbeitsmarkt. Grund dafür war eine aktive Konjunkturpolitik von Finanzminister Wigfors, die eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Einrichtung von so genannten Bereitschaftsjobs mit sich brachte. 1938 erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt durch einen „historischen Kompromiss“ zwischen dem sozialdemokratisch dominierten Staat und dem Industriekapital im Abkommen von Saltsjöbaden. Hier verpflichteten sich beide Seiten dazu, Tarifverträge auf friedlichem Weg

zu schliessen. Hier schien ein Kompromiss zwischen ungezügelterm Privatkapitalismus und regulierter Planwirtschaft geglückt zu sein. Das „schwedische Modell“ (im Ausland auch „the middle way“ oder der „dritte Weg“ genannt) trägt folgende Kennzeichen:

- ein großer privater Industriesektor
- ein großer steuerfinanzierter öffentlicher Sektor
- eine starke Gewerkschaftsbewegung
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik
- ein möglichst wirkungsvoller Ausgleich von Gegensätzen bzw. Ungleichgewichten

Der letzte Punkt ist mit der sozialdemokratischen Ideologie des so genannten Volksheims verbunden, der eine Reformpolitik meinte, die als Ziel eine allen zugute kommende soziale Fürsorge und Ausbildung bedeutete. Die schwedische Sozialdemokratie entwickelte sich von einer sozialrevolutionären zur dominierenden nationalen politischen Kraft, deren Politik auf **Wachstum** und **Umverteilung** ausgerichtet war, wie in nur wenigen anderen Ländern. Im folgenden Kapitel werden einige wichtige Auswirkungen der Umverteilungspolitik zum Ausgleich von (sozialen) Gegensätzen und (ökonomischen) Ungleichheiten beschrieben.

Soziale und ökonomische Kohäsionspolitik durch einen grossen öffentlichen Sektor

Der Grund für den hohen Anteil des öffentlichen Sektors an Krankenpflege, Kinderbetreuung und Ausbildung sind *ideologische* Aspekte und die *geografische* Struktur des Landes:

- a. **Ideologische Aspekte:** Die Sozialdemokraten waren immer auf ein Höchstmass an sozialem Ausgleich interessiert, d.h. der Bevölkerung überall im so genannten „Volksheim“ den gleichen Standard bei Gesundheitsfürsorge, Unterricht und Kleinkinderbetreuung zu bieten. Damit entwickelte man den Ausbau eines grossen öffentlichen Sektors und finanzierte ihn durch eine umfassende Einkommensumverteilung über das Steuersystem.

Durch Expansion in Industrie und Dienstleistungssektor stieg auch die Frauenerwerbsquote stark an. Frauen im erwerbsfähigen Alter sind heute in Schweden in der Regel berufstätig.

Die sozialdemokratische Regierung versucht durch ein stark ausgebautes System arbeitsmarktpolitischer Massnahmen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Arbeitslosenquote in Schweden im März 2005: 5,5%, dazu kommen 3% in arbeitsmarktpolitischen Massnahmen).

Wichtig waren auch gleiche Bildungschancen im ganzen Land. Der Besuch der einheitlichen 9 jährigen Grundschule und eines dreijährigen Gymnasium muss für alle

Kinder im Lande möglich sein. Damit das auch für die höhere Bildung gelten konnte, richtete man zu den bestehenden 6 Universitäten in den 60er Jahren noch 3 Universitätsfilialen, darunter in Växjö, ein und in den 70er und 80er Jahren kam noch die Gründung einer Reihe von kleineren Hochschulen dazu.

- b. Die **geografische Struktur des Landes** (20 Einwohner je km²) ist gekennzeichnet durch nur 3 Bevölkerungszentren: Stockholm – Göteborg - Malmö; die sozialdemokratische Politik ist seit langem darauf gerichtet, auch dünn besiedelten Gebieten, z.B. in Lappland, angemessene soziale Dienstleistungen zu garantieren und Beschäftigungsmöglichkeiten zu stimulieren, damit Menschen dort wohnen bleiben können. Deshalb betreibt Schweden schon seit langem eine aktive **Regionalpolitik**. Vor dem Eintritt des Landes in die EU erhielten Unternehmen und die Landwirtschaft in Norrland eine umfassende direkte Unterstützung vom schwedischen Staat durch Transportförderung, niedrigere Sozialabgaben, Preisaufschläge und Beiträge für die Viehzucht.

Diese umfangreichen Hilfen haben zwar das Bruttoinlandsprodukt von Nordschweden bei ca. 90% gemessen am schwedischen Durchschnitt gehalten, kaum aber eine weitere Abwanderung verhindert.

Die Kluft zwischen verschiedenen dünn besiedelten Gebieten und den städtischen Ballungsräumen wächst. In vielen vor allem walddreichen Regionen ist der Bevölkerungsrückgang erheblich, während die Gürtel um die Grossstädte wachsen. Das ist durch eine umfangreiche Untersuchung des Amtes für die Entwicklung ländlicher Gebiete (Glesbygdsverket) im Sommer 2004 deutlich geworden. Dabei wandern jetzt auch junge Männer ebenso wie junge Frauen ab. Ein wichtiges Ziel dieser Regionen und Gemeinden bleibt deshalb, junge Familien zurück zu gewinnen.

Nach dem Beitritt des Landes wurden die Regionalbeihilfen teilweise durch EU-Strukturprogramme ersetzt.

Permanente Steuerdebatte

In Schweden wird eine Diskussion geführt, ob der hohe Anteil des öffentlichen Sektors am BNP und die hohen Steuersätze das Wirtschaftswachstum hemmen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den hohen Einkommensteuern und Sozialabgaben, die verbunden mit den im Vergleich zu Mitteleuropa um etwa 20% höheren Lebenshaltungskosten zu relativ niedriger Vermögensbildung beitragen. Dagegen sind die Unternehmenssteuern im europäischen Vergleich relativ niedrig.

Eine paradoxe Folge davon:: Schweden lockt relativ viel Kapital ins Land, z.B. hat sich die Zahl deutscher Tochtergesellschaften in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt. Gleichzeitig verlassen reiche Schweden aber mehr und mehr das Land, z.B. Ikea-Gründer Ingvar Kamprad.

Ausserdem: Wie lange kann die international geprägte schwedische Volkswirtschaft von anderen Ländern erheblich abweichende Steuersätze haben?

Effizienzdebatte

Die Effizienz des öffentlichen Sektors in Schweden wird immer mehr hinterfragt, weil es zu immer grösseren Mängeln z.B. in der Krankenversorgung und Altenbetreuung kommt.

Die sozialdemokratische Regierung Schwedens hat den letzten Reichstagswahlkampf vor 2 Jahren mit der Parole „Wir kämpfen für die Beibehaltung des Wohlfahrtsstaates“ bestritten. Daher, so ihre Argumentation vor den Wählern, müsse das hohe Steuerniveau beibehalten werden.

Die bürgerlichen Parteien treten zum größten Teil für eine Steuerreform mit deutlich niedrigeren Sätzen ein.

Internationale Vergleiche zeigen, dass Schweden seine frühere Spitzenposition in Westeuropa auf diesem Gebiet (vor allem Krankenversorgung, Altenpflege und Schule) längst verloren hat.

Die Kritik in Schweden wächst vor allem daran, dass eine allzu stark ihrer Bürger sich annehmende Gesellschaft falsche Einstellungen und Anreize für Arbeit und Ausbildung erzeugt (Beispiel: Das Krankengeld beträgt ab dem 2.Tag 77,6,% des Einkommens, es gibt einen Karrenztag, ein Attest ist erst nach 7 Tagen notwendig – paradoxe Folge: Schweden hat eine der höchsten Krankschreibungsquoten der Welt; dabei wird die Bevölkerung hier besonders alt...)

Die Kosten des öffentlichen Sektors sind durch steigende Defizite geprägt, die durch Anleihen gedeckt werden und zu Problemen bei der Staatsverschuldung führen.

Es wird – durch leere Kassen bedingt – auch in Schweden die Tendenz steigen, dem Bürger in allen Lebenssituationen eine größere Eigenverantwortung zu übertragen.

Quellenverzeichnis

Eklund, Klas (2004) *Vår ekonomi*, Prisma-Verlag, Stockholm

Halvarson, Arne u.a. (2003), *Sveriges statsklick – Fakta och perspektiv*, Liber – Verlag, Stockholm

Riegler, Claudius H./Schneider, O. (Hrsg.) (1999) *Schweden im Wandel – Entwicklungen, Probleme, Perspektiven* Berlin: Berlin Verlag

Länderbericht Schweden: Die europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen

Inhaltsverzeichnis

Norrland

Norrland und EU-Geld	
Beispiele von Projekten	
Die Zukunft	

Mittelschweden

Die Region Bergslagen.....	
Projekte in der Region.....	

Die Stockholm- Mälarenregion

Projekte in der Region.....	
-----------------------------	--

Südschweden

Projekte in der Region.....	
Die Kohäsion am Wendepunkt 2007	

Ostschweden: Die Region Östergötland

Faktoren, die von besonderer Bedeutung für die Region sind	
Der Regionsverband Östsam	
EU-Projekte in der Region	

Quellenverzeichnis

Autoren: Jonas Andersson, Therése Hultén, Edith Kiendl, Emma Lhådö, Anna Niiranen

Norrland

Norrland besteht aus den Verwaltungsbezirken Norrbotten, Västerbotten, Jämtland, Västernorrland und Gävleborg. Die Gesamtfläche der fünf Verwaltungsbezirke beträgt 244 231 km². Das entspricht etwa 58% der Gesamtfläche Schwedens. Die Bevölkerung war zur Jahreswende 2004-2005 ca. 1.16 Millionen groß; das sind sehr wenig Einwohner auf einer so großen Fläche.

Die Wirtschaft in Norrland besteht zum großen Teil aus Forstwirtschaft, fast die Hälfte von Schwedens Papierproduktion stammt von dort. Die Wasserkraftproduktion Schwedens wird

zu 80% in Norrland produziert. Die Produktionsanlagen sind sehr groß und der Wert dieser Anlage wird auf 160 Milliarden SEK geschätzt.

Ein anderer Wirtschaftszweig ist die Mineralindustrie. 99% der Mineralproduktion Schwedens geschieht in Norrland. Schweden (Norrland) ist der größte Gold-, Silber-, Eisen- und Bleiproduzent der EU. Der Wert der Mineralproduktion beträgt etwa 15 Milliarden SEK pro Jahr.

Wenn man Norrlands Industrien untersucht, sind die Papiermasseindustrie und die Metallindustrie die dominierenden Industrien. Der Dienstleistungssektor ist der größte Arbeitgeber in Norrland. 71% von allen Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor, im Vergleich zur Industrie wo nur 26% arbeiten.¹ Bedauerlicherweise ist die Arbeitslosigkeit in Norrland höher als im übrigen Schweden.

Im Jahre 2004 war die Arbeitslosigkeit in Norrland 5% gegenüber weniger als 4% landesweit. Dieser Umstand trägt zur Abwanderung bei.

Zwischen 1979 und 2004 hat sich die Bevölkerung Norrlands um 4% vermindert, während sie in Schweden insgesamt um 8,5% zugenommen hat. Um die Abwanderung zu stoppen hat der Staat angefangen, verschiedene Behörden nach Norrland zu verlegen.

Norrland und EU-Geld

Norrland wird von Ziel 1 Geld gefördert, obwohl es eigentlich nicht dafür qualifiziert ist, weil das BIP bei ungefähr 90% des EU-Durchschnitts liegt. Norrland bekommt Geld, weil es ein dünn besiedeltes Gebiet ist (4 Einwohner pro km²).

Folgende Einsatzgebiete zählen zu Ziel 1 nördliches Norrland:

Einsatzgebiet 1) Entwicklung der Infrastruktur

Einsatzgebiet 2) Wirtschaftsentwicklung

Einsatzgebiet 3) Kompetenzentwicklung und Beschäftigung

Einsatzgebiet 4) Entwicklung auf dem Lande

Einsatzgebiet 5) Natur, Kultur och Lebensbedingungen

Einsatzgebiet 6) Sami Programm

Einsatzgebiet 7) Technische Unterstützung (d.h. Verwaltungskosten zur Verwirklichung von Ziel 1 im nördlichen Norrland.)

Während der Periode 2000-2006 gibt es 3.3 Milliarden SEK EU-Gelder für Ziel 1 nördliches Norrland zu verteilen.

Jedes Projekt soll auch mit schwedischen öffentlichen und privaten Mitteln gefördert werden.

Total geht es um etwa 8-9 Milliarden SEK, die im nördlichen Norrland investiert werden sollen.

Die aktuelle Lage

Bis heute sind etwa 176.5 Millionen Euro für Projekte ausgezahlt worden, über 500 Projekte haben EU-Mittel bekommen. 3300 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, 2000 Arbeitsplätze erhalten und 1500 neue Unternehmen sind gegründet worden.

Beispiele von Projekten

Botnia Tour ist das Tourismusprojekt Kvarkens. Es ist ein Interreg III A Projekt in Kvarken-Mittskandia und man unterstützt Organisationen und Projekte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreiben und Interreg III als Instrument dafür verwenden.¹

Damit der Tourismus zu der ökonomische Entwicklung der Region beitragen kann, zielt Botnia Tour auf folgende Punkte:

- Die Zahl von Besuchern der Region zu erhöhen.
- Regionalreisen zu stimulieren
- Für eine stabile und organisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu arbeiten, durch Organisationen und Projekte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken und Interreg III als Instrument dafür zu verwenden.²

Ein anderes ist das KIM-Projekt. Dieses Projekt richtet sich an die, die eine kurze oder keine Ausbildung haben oder Analphabeten sind und darum fast keine Chancen haben, selber eine Arbeit zu finden.

Das Ziel des Projekts ist es, Schwedisch- und Berufskenntnisse zu verbessern, Berufserfahrung zu bekommen und damit attraktiver auf dem Arbeitsmarkt zu werden.

Die Durchführung des Projekts läuft so, dass die Teilnehmer zuerst Unterricht bekommen und dann ein Praktikum in den Fachgebieten Restaurant, Gebäudereinigung, Industrie/Technik, Lagerarbeit und Pflege machen.

Die berechneten Gesamtkosten des Projekts sind etwa 11 000 000 SEK. Etwa 3 Millionen SEK davon werden von der EU, Ziel 1, nördliches Norrland finanziert.

Das Projekt hat sehr gute Ergebnisse gehabt. Etwa 67% haben dank dieses Projekts, eine Arbeit bekommen.³

Die Zukunft

In Nordschweden herrschen besondere und extreme Verhältnisse und Voraussetzungen, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, dass auch nach 2006 Gelder aus den Strukturfonds nach Norrland geschickt werden sollen.

- Die Region ist sehr dünn besiedelt
- Die demografische Entwicklung mit der Abwanderung der Erwerbstätigen und einer älteren Bevölkerung die dort bleiben, ist sehr problematisch. Das bringt erhöhte Kosten für Altersversorgung und Pflege im Vergleich zu EU.
- Die Abstände zu größeren Märkten sind groß und die Transportkosten oder Güterkosten sind daher höher. Beispielsweise kann man aus Sundsvall in Nordschweden 650 000 Menschen in

² <http://www.kvarken.org/botniatour/main.asp?sid=280&slid=1827>

³ <http://www.integrationsverket.se/upload/introduktion/97bil1.pdf>

einem Radius von 200 km erreichen. Im zentralen Europa (Düsseldorf) kann man 55 Millionen Menschen erreichen...

- Die Klimanachteile verursachen hohe Kosten für die Gesellschaft, z.B. kost es 20-25 % mehr, hier Straßen zu bauen als in Gebieten mit günstigerem Klima. ⁴

Mittelschweden

Die Region Bergslagen

Die mittelschwedische Region Bergslagen ist die Wiege der schwedischen Industrie.

Hier fing die industrielle Entwicklung von Schweden an. In Bergslagen hat der Abbau von Erzen seit dem Mittelalter eine sehr starke Stellung gehabt. Mit den Ressourcen Erz, Wälder und Wasserkraft war die Region lange ein starker Teil des Weltmarktes für u. a. die Stahlproduktion, aber Eisen war nur ein Teil der Ressourcen. Auch Silber, Zink, Kupfer und Blei spielten eine wichtige Rolle für die Entwicklung der schwedischen Industrie.⁵ Bergslagen liegt in Mittelschweden und umfasst das nördliche und westliche Västmanland, das südliche Dalarna und das südöstliche Värmland.

Die Region ist fast so groß wie Belgien, und derzeit wohnen dort (2004) 480.000 Menschen in 30 Gemeinden.⁶ Die Größe der Gemeinden variiert. Die kleinste hat etwa 4000 Einwohner und die zwei größten um die 50 000. Man hat seit langer Zeit eine negative Bevölkerungsentwicklung, die die Region in den letzten Jahrzehnten stark geprägt hat. Von 1980 bis 2001 ist die Bevölkerungszahl der Region um mehr als 10 % gesunken. In Bergslagen gab es die negativste Bevölkerungsentwicklung in Schweden seit den 1990er Jahren.

Bergslagen hat eine negative Geburten- und eine hohe Abwanderungsrate, und daher eine etwas ältere Bevölkerung als das übrige Land und die EU 15. Man hat auch eine bedeutend schwächere Beschäftigungsentwicklung als Schweden im Durchschnitt (unter 1 % in der Region, gegenüber von 6 % landesweit). Auch die Anzahl von Hochqualifizierten liegt sowohl unter dem schwedischen als auch dem europäischen Durchschnitt. Frauen sind hier in der Regel besser ausgebildet als Männer. Die Region hat ein für schwedische Verhältnisse schwaches Brutto Inlandsprodukt.. Die Regionen nördlich von Bergslagen hatten die ungünstigste BRP-Entwicklung (Brutto-Regional-Produkt) in der ganzen EU während der Periode 1995-2001. Die Sektoren Produktion und Pflege/Fürsorge dominieren den

⁴ http://www.europaforum.nu/fakta/fakta_2002/sveriges_unika_motiv.htm

⁵ Die Homepage der Enzyklopädie *Nationalencyklopedin*,
http://ne.se/jsp/search/article.jsp?i_art_id=712158&i_word=Bergslagen 2005-04-25

⁶ Region Bergslagen: *Statistikfakta om befolkning, sysselsättning och tillväxt*, s.3,
<http://bergslaget.com/pdf/berslagsfaktaslutlig.pdf> 2005-04-25

Arbeitsmarkt. ⁷Forschung und Ausbildung sind jedoch jetzt im Aufschwung, hauptsächlich wegen der neuen Universitäten der Region. In den 70er Jahren wurden jedoch sowohl Bergslagen wie die gesamte Stahlindustrie von einer akuten Krise betroffen. Trotz umfassender staatlicher Fördermaßnahmen wurde es notwendig, den Abbau schrittweise abzuwickeln. Die letzte Grube, Grängesberg, wurde 1989 geschlossen.⁸ Die heutige Entwicklung ist jetzt durchgehend dieselbe in der ganzen Region. Man versucht aus alten Industrieorten neue, wissensbasierte Technikstädte zu entwickeln.

Projekte in der Region

Die Gemeinde Karlskoga liegt 350 Kilometer nördlich von Växjö, zwischen den beiden Hauptstädten Stockholm und Oslo am Europaweg 18 und hat etwa 30.000 Einwohner. Die Stadt liegt im Bereich Bergslagen in der Verwaltungsprovinz Örebro län, und in der Waldlandschaft Värmland. Dort hat u. a. die Rüstungsindustrie eine sehr starke Tradition, z. B. mit dem weltbekannten Unternehmen Bofors. Alfred Nobel wohnte und arbeitete einmal in der Stadt, und hier wurde auch seine Nobelpreisstiftung gegründet. Die Gemeinde hat ein niedrigeres Ausbildungsniveau im Vergleich zu dem übrigen Schweden aber gleichzeitig die höchste prozentuelle Anzahl von Ingenieuren im Land. Trotzdem findet man die meisten Arbeitsplätze im Bereich Produktion und Herstellung (bei den Männern, 46 % -02) und Pflege und Fürsorge (bei den Frauen, 33 % -02). Die Arbeitslosenquote liegt über dem schwedischen Durchschnitt.⁹ Karlskoga ist eine ganz typische Gemeinde für Mittelschweden und die Region Bergslagen mit einem notwendigen Strukturwandel und allen anderen Herausforderungen.. Hier sind die EU-Gelder sehr wichtig, um neue Betriebe anzulocken und die Wirtschaft wieder zu stimulieren.

Die Gemeinde hat das Ziel 2 West Programm sehr erfolgreich genutzt .In der Auswertung von Oktober 2003 war die Gemeinde auf Platz eins von allen 35 Gemeinden des Projekts Ziel 2.¹⁰ Man hat Geld für insgesamt 41 Projekte bekommen.¹¹ Ein Beispiel davon ist der Ökonomische Verein „PRISMA“, mit der Aufgabe die Integration von Ausländern zu

⁷ *Ibid.*, 2005-04-25

⁸Die Homepage der Enzyklopädie *Nationalencyklopedin*, http://ne.se/jsp/search/article.jsp?i_art_id=127238&i_sect_id=127237&i_word=bergslagen&i_history=2, 2005-04-25

⁹ Die Homepage des Statistikbüros, *Statistiska centralbyrån*, http://www.h.scb.se/kommunfakta/k_frame.htm, 2005-04-25

¹⁰Aus einer Zusammenstellung der Bürgermeisterin Karlsson, Margareta, *Kommunstyrelsens ordförande – Budget 2004*, [http://www.karlskoga.se/homepage/filarkiv.nsf/vLookUpFiles/KomOrdF6rande.pdf/\\$FILE/KomOrdF6rande.pdf](http://www.karlskoga.se/homepage/filarkiv.nsf/vLookUpFiles/KomOrdF6rande.pdf/$FILE/KomOrdF6rande.pdf), 2005-04-25

¹¹ Die Auswertung *Med näringslivet i fokus, halvtidsutvärdering av mål 2 västra 2000-2006*, http://fm2.nutek.se/forlag/pdf/info_010-2004.pdf, 2005-04-25

fördern. Es ist ein Arbeitsmarktprojekt, das teilweise von der EU finanziert wird. In der Gemeinde läuft auch das Projekt „*Technikstadt Karlskoga*“, was ein Netz von Akteuren im Bereich Technik ist. Die Teilnehmer arbeiten zusammen, um neue Betriebe anzulocken. Mit der lokalen Universitätsfiliale „*Campus Karlskoga*“ will man ein neues attraktives Zentrum der Forschung und Ausbildung in der Mitte zwischen den Universitäten Örebro und Karlstad schaffen.

Ziel 2 West, 2000-2006

Umfasst 34 Gemeinden in den Provinzen Värmland, Västra Götaland und Örebro län.

Die Region hat eine lange Tradition im internationalem Handel und Export. Das Ziel ist, neue Wirtschaftsstrukturen als Ersatz für die alte Industrietradition zu schaffen. Die Region soll eine schwedische Wachstumsregion werden. Man rechnet damit, dass dieses Ziel 8000 neue Arbeitsplätze schaffen und 2000 alte bewahren helfen kann. Das Ziel ist auch, 3000 neue Unternehmen zu schaffen. Das Projekt umfasst insgesamt 431 Millionen Euro; davon kommen 125 Millionen (Euro) von der EU durch den „Europäischen regionalen Entwicklungsfonds“ (EREF) und den Sozialfonds, der Rest stammt aus nationaler öffentlicher Finanzierung.

Die Stockholm- Mälarenregion

Die Region Stockholm/Mälaren befindet sich im zentralen südlichen Teil Schwedens. Die Region liegt um den See Mälaren. Die Region besteht aus den Verwaltungsbezirken Södermanland, Stockholm, Västmanland und Uppsala.

Die Region kann man in vier verschiedene Teile, die alle einen eigenständigen Charakter haben, einteilen: die Stadt Stockholm mit Vororten, der Küstenstreifen mit den Schären, den See Mälaren mit seinen Inseln und die ländlichen Gebiete.¹²

Hier leben zirka 30% der Bevölkerung Schwedens (2,6 Millionen Einwohner 2000). Die meisten, 1,8 Millionen, leben in Stockholm.¹³

Die Region ist seit der Wikingerzeit ein Zentrum für Handel, Transport und Kommunikationen.¹⁴ Hier liegt Arlanda, der größte Flugplatz in der Region und in ganz Schweden. Die Region ist Schwedens politisches Zentrum. Von hier aus wird Schweden regiert. Die Region ist modern, hoch entwickelt und ist der Sitz vieler internationaler Unternehmen, führender Universitäten und akademischer Institutionen. Die anderen Städte -

¹² Facing ESPON Editor Christer Bengs. Stockholm 2002 (Nordregio Report 2002:1. s. 129

¹³ <http://www.stockholmregion.org/tpl/topic.asp?ID=175> 2002-02-26

¹⁴ <http://www.stockholmregion.org/tpl/topic.asp?ID=175> 2005-02-26

außer Stockholm – sind vor allem für ihre Industriebetriebe bekannt. Der Arbeitsmarkt wird dominiert von Jobs im Servicebereich, allein 80% der Jobs in Stockholm.

Die Probleme in der Region sind, daß sich im Westen der Region die meisten Jobs in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft befinden und im Osten mehr im Kundendienst, in Ausbildung und Forschung.¹⁵

Die dominierende Position von Stockholm kann leicht zu einer ungleichmäßigen Entwicklung in der Region führen.¹⁶ Die dominierende Position, die Stockholm hat, zeigt sich zum Beispiel deutlich im Middle Income in der Region: Stockholm hat die größten Middle Income und Södermanland hat die niedrigsten.

Ein anderes Problem in der Region ist, dass die Gemeinden heute selbständiger sind. Dies kann leicht zu einer Spannung zwischen den Gemeinden in der Region führen, da die Gemeinden vielleicht ihre eigenen Interessen vor die Interessen der Region stellen.¹⁷

Projekte in der Region

Die Stockholm- Mälarenregion ist im Programm INTERREG IIIA „Die Schären“ vertreten. Die Vision ist, dass die Schären eine ebenso attraktive grenzüberschreitende Region wie die Alpen werden sollen.¹⁸ Das Hauptziel ist, 150 neue Jobs in der Region zu schaffen und die Anzahl der Gäste um 50 000 während der Hochsaison zu erhöhen.¹⁹

Das Projekt Skärgårdsleden hat als Ziel, einen ökologisch haltbaren Tourismus zu ermöglichen und für eine bessere Volksgesundheit durch mehr Freiluftleben für viele Menschen in allen Altersgruppen entlang eines Schärenweges zu sorgen, der von der schwedische Küste, über Åland und durch die Schären an den Küsten bis in das südliche Finnland gehen soll.²⁰ Das Projekt dauert von 2002 bis Ende 2007. Die EU- Finanzmittel dafür waren cirka 170 000 Euro.²¹

Die Region ist auch Teil des Projektes INTERREG IIIB der Ostsee.

Hier gibt es ein Projekt, das *Die Baltic Palette* genannt wird. Dieses ist eine Zusammenarbeit mit den Großstadregionen Stockholm, Helsinki, Tallinn, Riga und St.Petersburg. Das Hauptziel ist eine haltbare Entwicklung in der baltischen Region zu erzielen und eine Integration durch eine weitere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Region ist ein Zentrum

¹⁵ Facing ESPON Editor Christer Bengs. Stockholm 2002 (Nordregio Report 2002:1. s.124, s. 132

¹⁶ Facing ESPON Editor Christer Bengs. Stockholm 2002 (Nordregio Report 2002:1. s. 133

¹⁷ Facing ESPON Editor Christer Bengs. Stockholm 2002 (Nordregio Report 2002:1 s. 133

“Hemlaxan” Diskussionsunderlag för tillväxt och utveckling i Stockholm- Mälarenregionen 2000 s.12

¹⁸ <http://www.nutek.se/sb/d/226/a/716> 2005-02-26

¹⁹ <http://www.nutek.se/sb/d/226/a/716> 2005-02-26

²⁰ <http://www.sydvast.fi/skargardsleden/beskrivning.htm> 2002-02-26

²¹ <http://www.sydvast.fi/skargardsleden/beskrivning.htm> 2002-02-26

für Handel, Wachstum, Investitionenn und Tourismus und damit ein Zentrum in der Ostsee. Das Projekt dauert von 2002- bis Ende 2004.²²

Ziel 2 Die Inseln ist ein Programm, von dem die Region auch umfasst wird. Das Ziel mit diesem Programm ist es, die betroffenen Inseln zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsbereich zu verändern. 700 neue Jobs sollen geschaffen und 700 bereits existierende erhalten werden, und auch 100 neue Betriebe sollen gegründet werden.

Es gibt ein Projekt in Stockholm das *Stockholm Matchning* heisst. Das Projekt wurde finanziert mit dem Geld aus dem Ziel 3 Programm, und dauerte von 2001-2003, aber jetzt wird es weiterfinanziert von der Stadt Stockholm. Es ist ein Rekrutierungsprojekt. Es hilft Unternehmen, soziale und ethnische Segration auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Neue Jobs sind das wichtigste Instrument, neue Bürger in die Gesellschaft zu integrieren und damit die Sozialhilfenkosten zu vermindern. Ein Vorläufer zu diesem Projekt hatte über 600 Teilnehmer und 75% von ihnen haben später einen Job gefunden.²³ Das Projekt führt Menschen, die Arbeit suchen, mit Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen zusammen. Es ist ein Zusammenwirken mit Unternehmen, die maßgeschneiderte Ausbildungen benötigen, angepasst nach den Bedürfnissen und Ansprüchen der Wirtschaft. Die Unternehmen nehmen aktiv am Rekrutierungsprozess teil und garantieren Arbeit für die Suchenden, die die Anstellungsforderungen erfüllen.

Südschweden

Südschweden setzt sich aus den sechs südlichsten Regionen Schwedens zusammen: Schonen, Halland, Jönköping, Kronoberg, Blekinge und Kalmar. Insgesamt leben ungefähr 2,3 Millionen Einwohner dort. Die Städte sind mittelgroß, mit Ausnahme von Malmö, der drittgrößten Stadt Schwedens (250 000 Einwohner). Südschweden hat fast 3000 km Ostseeküste und bildet einen strategischen Mittelpunkt in der Ostseeregion wie auch in Nordeuropa. Dank der Ostseebrücke und der Verbindung Südschwedens mit Dänemark ist eine engere Nachbarschaft mit Kontinentaleuropa zustande gekommen.

Die Regionen sind in Südschweden sehr unterschiedlich. Im Süden wird das Land von urbanem und flaches Land charakterisiert, die Westküste hat eine gerade Küstenlinie und viele Sandstrände, die Ostküste ist etwas karger hat aber wunderschöne Schären. Die zentralen Teile der Region aber sind mit Wald bedeckt. Die Hälfte der Fläche Südschwedens

²² <http://www.balticpalette.com/default.asp?NavStatus=2&ContentStatus=2&TagWords=N...> 2005-02-

²³ <http://www.stockholm.se/templates/template> 2005-02-26

ist Waldgebiet und ein Viertel wird landwirtschaftlich genutzt. Dank des milden Klimas hat Südschweden die effektivste Landwirtschaft des Landes, was auch für die Waldgebiete sehr günstig ist. In den letzten Jahren sind mehrere Unternehmen, die mit Waldprodukten arbeiten, etabliert worden. Für Südschweden kennzeichnend sind viele wichtige Städte und auch viele stark ländlich geprägte Gebiete.

Cirka 16 Prozent der Bevölkerung Südschwedens sind im Ausland geboren oder besitzen noch nicht die schwedische Staatsangehörigkeit. Schonen ist nach Stockholm die Region Schwedens mit dem größten Anteil an Ausländern. Die Geburtenzahl ist im ganzen Gebiet geringer als die Sterblichkeit aber auf Grund der Einwanderung nimmt die Bevölkerung trotzdem zu.

Projekte in der Region

In den einzelnen Regionen und vor allem Kommunen gibt es eine Menge verschiedener Projekte, die von der EU gefördert werden. Ein Förderungsprogramm, das von 2000 bis 2006 läuft, ist das sog. *Ziel 2 Süden* (Mål 2 Södra). Die Hauptziele dieses Programms sind die Entwicklung der Wirtschaft sowie die der menschlichen Ressourcen und eine attraktive Umwelt zu gewährleisten. Das Programm wird mit 86,8 Millionen Euro von der EU unterstützt und die Hoffnung ist, dass 800 neue Unternehmen mit ca. 8000 Arbeitsplätzen geschaffen werden. Das Programm betrifft cirka 325 000 Einwohner und umfasst 24 Kommunen in 5 Regionen.

Seit Jahren hat Südschweden eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern in der Ostseeregion, sowohl die Geschichte als auch heutige Interessen bringen uns zusammen. Ein Beispiel eines gegenwärtigen EU-Projektes heißt *Interreg III B Ostsee*:

Interreg III B ist die Fortführung der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg II C zur Förderung der „transnationalen Zusammenarbeit und Entwicklung“ in der aktuellen Förderperiode 2000-2006. Das Programm, das speziell für die Ostsee vorgesehen ist und 11 Länder umfasst, die an der Ostsee liegen, u.a. Schweden, Dänemark, Finnland und die nördlichen Bundesländer Deutschlands. Die neuen Mitgliedstaaten werden durch Polen, Estland, Litauen und Lettland vertreten. Insgesamt wird das Programm 103 Millionen Einwohner umfassen und hat einen Budgetumfang von cirka 186 Millionen Euro.

Interreg III B finanziert das *Seagull* Programm mit. Ziel ist es, für einen sozialen und ökonomischen Ausgleich zwischen die Regionen der Union zu arbeiten. Das Programm zielt auf die Entwicklung und die Verankerung einer langfristigen Strategie und einen gemeinsamen transnationalen Entwicklungsplan für die Region. Die Hoffnung ist, dass dies zu einer haltbaren sozialen, ökonomischen und umweltfreundlichen Entwicklung führt. Die

Mittel hierfür sind im Vergleich zu anderen Projekten sehr gering und belaufen sich nur auf 3,3 Millionen Euro. Das Programm läuft noch bis Ende August 2005.²⁴

Die Kohäsion am Wendepunkt 2007

Um die Frage zu klären, was nach 2007 passieren wird, habe ich mich an mehrere Personen und Organisationen gewandt, mit der Hoffnung, Antworten zu finden. Es hat mich aber überrascht, wie wenige Pläne es für die Zeit nach 2007 gibt. Viele von den Projekten die jetzt im Gange sind, werden nach 2006 gekürzt oder ganz gestrichen und es scheint nicht, als ob man dafür wirklich geplant hat.

Die großen Organisationen Sydsam und der Regionalverband Schonen haben ihre Positionen zu der Kohäsionspolitik nach 2006 schriftlich zusammengestellt:

Die neuen Mitgliedstaaten werden natürlich große ökonomische Ressourcen zugeteilt bekommen, wie auch die Regionen in den alten Mitgliedstaaten mit dem größten Bedarf. Wir möchten aber betonen, dass es sehr wichtig ist, die restlichen Leistungen zu benutzen um eine weitere Entwicklung des Wettbewerbs zu gewährleisten. Es ist notwendig, dass die verschiedenen Voraussetzungen innerhalb der Union berücksichtigt werden.

Schweden wird seit einiger Zeit sehr stark durch eine Regionalisierung geprägt. Die Kohäsionspolitik und die Strukturfonds haben gezeigt, wie wichtig es ist, auf regionaler Ebene Entscheidungen zu treffen. Diese Ebene ist diejenige, wo die verschiedenen Bereiche der Politik sich begegnen und eine funktionierende Gesamtheit bilden. Es ist deswegen sehr wichtig, dass die Kommission und die nationale Ebene ein System ausarbeiten, damit die Regionen auch eine Stimme haben und die Arbeit beeinflussen können, ein sog. Dreiparteienvertrag.

Die EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg hat die transnationale Zusammenarbeit und die Entwicklung zwischen Südschweden und den anderen Mitgliedstaaten durch Finanzierungen sehr gefördert und verbessert. Die Zusammenarbeit hat zur Bildung mehrerer politischer Plattformen geführt, wo gemeinsame grenzüberschreitende regionale Entwicklungsprogramme ausgearbeitet wurden. Daher müssen gemeinsame Strategien unbedingt weiterentwickelt werden, um die weitere Zusammenarbeit zu konkretisieren. Dies geschieht durch eine Vereinfachung der verschiedenen Interreg-Programme. Ein Vorschlag wäre, aus den grenzregionalen Programmen territoriale Programme zu fördern, die für gewisse Gebiete vorgesehen wären. Solche territorialen Programme sollten dann auch eigene

²⁴ www.eurobalt.se

Ausschüsse und Entscheidungsgruppen haben und prinzipiell durch Fonds und Haushaltspläne unterstützt werden.²⁵

Ostschweden: Die Region Östergötland

Die an der südöstlichen Seite Schwedens gelegene Landschaft Östergötland bildet eine geographisch und ökonomisch relativ in sich geschlossene Region um die beiden Zentren Linköping und Norrköping. Der Pendelverkehr innerhalb der Region ist stärker im Ansteigen begriffen als der nach der Hauptstadt Stockholm, was man als ein Zeichen dafür deuten kann, dass Östergötland dabei ist, sich zu einer Region mit selbsttragendem Wachstum zu entwickeln.

Es gibt jedoch innerhalb der Region starke Unterschiede, was die Entwicklung der Einwohnerzahl und das BNP betrifft: zwischen 1998 und 2002 stieg die Einwohnerzahl in Linköping und Söderköping um ca. 20 % an, während sie in den kleinen Städten Ydre und Valdemarsvik um 13 bzw. 11 % sank. Das BNP von Linköping liegt ungefähr am schwedischen Durchschnitt (umgerechnet ca. 27 570 Euro per capita), das von Ydre hingegen bei nur etwa 15 440 Euro per capita.²⁶

Faktoren, die von besonderer Bedeutung für die Region sind

Die Lage an der Ostsee: Im Ostseegebiet leben – je nachdem, wo man die Grenzen zieht – zwischen 80 und 100 Millionen Menschen, was ein enormes wirtschaftliches Kapital darstellt. Den neuen EU-Ländern (wie auch Russland) wird für die nächsten Jahre ein hohes Wirtschaftswachstum prognostiziert, wodurch sich neue Märkte und neue Handelsmöglichkeiten ergeben können. In Östergötland hofft man, durch die nachbarliche Lage besonders davon zu profitieren. In diesem Zusammenhang sind auch Direktinvestitionen wichtig. In den letzten Jahren hat es von schwedischer Seite bedeutende Investitionen in den baltischen Staaten gegeben, wodurch der schwedische Handel sich für die Zukunft einen zusätzlichen Schwung erhofft.

Norrköpings Hafen nimmt eine Schlüsselposition ein, was den Transport betrifft. Güter können von hier aus direkt über die Eisenbahn oder die Autobahn (E4 oder E22) weiterbefördert werden. Weniger günstige Voraussetzungen gibt es für den Personenverkehr, da sich in unmittelbarer Nähe kein grosser Flughafen befindet.

²⁵Wirtschaftsministerium: Sydsams Standpunkte zum 3. Zusammenhaltsrapport der EU-Kommission & Sydsam/Östsam: Zusammenhaltspolitik 2006+ - Eine Position aus Südschweden

http://www.skane.se/upload/Webbplatser/Omvarld/Dokument/Skane_pos_var_2003.pdf

²⁶<http://www.ostsam.se> 2005-02-24

Ausbau der innovativen Ressourcen: In Östergötland hat man seit langem die Wichtigkeit guter Ausbildung erkannt, und mit dem Ausbau der Universität in Linköping sowie durch Nutzung verschiedener EU-Projekte gezielt an der Verbesserung des Niveaus in der Region gearbeitet.

Reagieren auf demografische Veränderungen: Wie in den meisten anderen hochentwickelten Industrieländern altert in Schweden die Gesellschaft; das Wertesystem ändert sich: die heutige Jugend denkt mehr individualistisch.

Der Regionsverband Östsam

Östsam wurde 2003 als Organisation für regionale Zusammenarbeit gegründet, und verbindet 13 Gemeinden miteinander. Die Hauptaufgaben der Östsam sind die Erstellung regionaler Förderungsprogramme (*Regionala Utvecklingsprogram*), d.h. die Erarbeitung langfristiger und auf verschiedenen Ebenen stattfindenden Lösungen zur Förderung von Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik, regionaler Wachstumsprogramme (*Regionala Tillväxtprogram*) sowie des *Länstransportplans*: Steuerung der öffentlichen Kommunikationen.

Die Plattform für Betriebswachstum

Dies ist die Bezeichnung einer Kooperation zwischen Östsam, der Universität in Linköping, dem Arbeitsamt, der Verwaltungsbehörde in Östergötland, den ALMI-Unternehmenspartnern und dem Europäischen Sozialfonds. Die Dauer der Zusammenarbeit ist von 2004 bis 2007 berechnet. Die Zusammenarbeit ist auf folgenden Grundgedanken aufgebaut:

- Ergänzung des Marktes: Keine Konkurrenz mit bereits existierenden privaten Diensten.
- Die gewählten Produkte sollen durch Zusammenarbeit optimiert werden.
- Der Markt soll so organisiert werden, dass sowohl Arbeitsgeber als auch Arbeitnehmer zufrieden sind.
- Nur lokale Fragen werden behandelt.

EU-Projekte in der Region

In den vergangenen Jahren wurden viele Projekte in der Region durchgeführt, die meisten davon mit einer Laufzeit bis zu drei Jahren. Grundsätzlich lassen sich zwei Typen von Projekten unterscheiden: Einerseits solche, die 2006 bereits abgeschlossen sein werden, und bei denen es daher auch keine Rolle spielt, dass ab diesem Zeitpunkt die EU-Förderungen ausbleiben. Und andererseits gibt es langfristige Projekte, die sich derzeit erst in der Anlaufphase befinden, und die nach 2006 weiterfinanziert werden müssen. Da dann auch die Fördermittel des Staates Schweden ausbleiben werden, müssen die Gemeinden, wollen sie die Projekte weiterführen, die Kosten dafür selber aufbringen. Eine Beispiel für Projekte der langfristigen Sorte sind die sogenannten *lärcentra*, Ausbildungszentren für Jugendliche und Erwachsene.

Einige Beispiele von Projekten

Im Rahmen des EQUAL-Programmes erhielt die Östsam insgesamt 17 Millionen SEK (umgerechnet etwa 1 875 000 Euro) für die Durchführung zweier Projekte:

1. *LikaOlika* (wörtlich übersetzt „gleich-ungleich“) knüpft an ein derzeit laufendes Projekt mit dem Arbeitstitel „Gesichter der Vielfalt“ an. Der Zweck des Projekt ist es, den Umstieg von der Schule ins Arbeitsleben zu erleichtern.
2. ENTREE: Ein Projekt zur Gleichberechtigung von Frauen: Frauen sollen auf die gleiche Weise von Informations- und Finanzierungssystemen profitieren können wie Männer.

Ein weiteres Projekt, das ebenfalls zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt beitragen soll, DELIVER, erhielt ca. 770 000 Euro Fördergelder.

Quellenverzeichnis

Norrland

<http://www.norrland.info//arkiv/Dokument/PDF/faktanorrland>
<http://www.regionfakta.com/norrland/>
<http://www.northsweden.org/projektguide/strukturfond/strukturfonder.htm>
<http://www.bd.lst.se/malett/Startpage.aspx>
<http://www.sametinget.se/sametinget/>
<http://www.kvarken-mittskandia.nu/kvarken-mittskandia>
<http://www.kvarken.org/botniatour/news.asp>
<http://www.integrationsverket.se/upload/introduktion/97bil1.pdf>
http://www.europaforum.nu/fakta/fakta_2002/sveriges_unika_motiv.htm

Mittelschweden

http://ne.se/jsp/search/article.jsp?i_art_id=712158&i_word=Bergslagen
<http://bergslaget.com/pdf/berslagsfaktaslutlig.pdf>
http://ne.se/jsp/search/article.jsp?i_art_id=127238&i_sect_id=127237&i_word=bergslagen&i_history=2,
http://www.h.scb.se/kommunfakta/k_frame.htm,
[http://www.karlskoga.se/homepage/filarkiv.nsf/vLookupFiles/KomOrdF6rande.pdf/\\$FILE/KomOrdF6rande.pdf](http://www.karlskoga.se/homepage/filarkiv.nsf/vLookupFiles/KomOrdF6rande.pdf/$FILE/KomOrdF6rande.pdf),
http://fm2.nutek.se/forlag/pdf/info_010-2004.pdf,

Stockholm-Mälarenregionen

<http://www.stockholmregion.org/tpl/topic.asp?ID=175>
<http://www.nutek.se/sb/d/226/a/716>
<http://www.sydvast.fi/skargardsleden/beskrivning.htm>
<http://www.balticpalette.com/default.asp?NavStatus=2&ContentStatus=2&TagWords>

<http://www.nykoping.se/ettan/templates/Page.asp?id=6093>

http://www.stockholm.se/templates/template_121.asp_Q_mainframe_E_template_117.asp_Q_number_E_59710_A_category_E_12950

Südschweden

<http://www.sydsam.se/sydsverige/sydsverige.asp>

www.eurobalt.se

http://www.skane.se/upload/Webbplatser/Omvarld/Dokument/Skane_pos_var_2003.pdf

6.2 Länderbericht Polen

Kohäsionspolitik in Polen am Beispiel der Woiwodschaft Westpommern

Die Lage in der Woiwodschaft Westpommern

Die Woiwodschaft Westpommern wurde von der Europäischen Union als eine rückständige Region eingestuft, und zwar wegen des niedrigen Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner. 2004 betrug es ca. 54 % des EU-Durchschnitts. Die Region kämpft mit Problemen niedriger Wirtschaftsentwicklung, die wiederum u.a. das Ergebnis der 40-jährigen Geschichte ist. In sieben Landkreise bewirtschafteten die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) über die Hälfte der gesamten Ackerfläche. Es fehlt an anderen, gut entwickelten Wirtschaftszweigen, die die entstandenen Beschäftigungslücken ausgleichen konnten nach dem Zusammenbruch der LPGs. Bei LPGs handelte es sich um großflächige Agrarunternehmen, die aus der Staatskasse finanziert wurden. Schlecht verwaltet, wenig effizient, mit unausgebildetem Personal führen sie nur Verluste ein. Sie konnten dem Wettbewerb mit der freien Marktwirtschaft nicht standhalten und brachen ohne staatliche Unterstützung zusammen. Einen Teil ihres übrig gebliebenen Vermögens wurde von der Agentur für Landwirtschaftliches Eigentum des Staates übernommen, der Rest wurde Gesellschaften von ehemaligen Mitarbeitern und privaten Landwirten verkauft. Die ehemaligen Arbeiter wurde aber beinahe sich selbst überlassen: ohne Job und ohne Aussicht auf Änderung der Situation. Der Sachverhalt wurde von einigen Faktoren beeinflusst: geringe Berufsqualifikationen, Mangel an anderen, gut entwickelten Wirtschaftszweigen, in den sie hätten Arbeit finden können, ziemlich große Entfernung von Städten, unterentwickelte Infrastruktur, was bedeutete, dass keine Investoren gewonnen werden konnten und dadurch auch keine neuen Arbeitsplätze entstanden sind. Eine der Konsequenzen, die am schwierigsten zu bekämpfen und gleichzeitig die gefährlichste ist, weil sie soziale Pathologien nach sich zieht, ist das Phänomen der sog. „vererbaren Arbeitslosigkeit“, die als Lebensmodell zu verstehen ist, in dem Arbeit ihren Wert verliert und welches von Generation auf Generation übertragen wird. Die Ratlosigkeit der Arbeitslosen wandelt sich zunächst in Passivität und dann in Berechnung. Der Empfänger einer Arbeitslosenbeihilfe überlegt, ob die Aufnahme einer Arbeit lohnender sei, als vom Arbeitsamt unterhalten zu werden. Sobald er den Anspruch auf Beihilfe verliert, wird er Kunde der Sozialhilfe. Mit der Zeit fängt er an, nach anderen Einnahmequellen zu suchen, die oft rechtswidrig sind. Von dem Punkt aus ist nur ein Schritt zur Pathologie. Die Arbeitslosigkeitsquote in den ehemaligen LPG-Landkreisen liegt weit über dem Woiwodschaftsdurchschnitt und erreicht sogar 40 %. Andererseits wird

eine bedeutend niedrigere Arbeitslosigkeit in Städten verzeichnet. Sie funktionieren jedoch in Anlehnung an einzelne oder einander ähnliche Wirtschaftszweige, die keinen Widerstand des Arbeitsmarkts auf Konjunkturänderungen gewährleisten. Das bringt soziale Gefahren mit sich, ähnlich wie der Niedergang von LPG. Zusammenbruch oder Schwierigkeiten eines großen Unternehmens, das gleichzeitig der größte Arbeitgeber in der jeweiligen Stadt ist, kann das Schicksal von Tausenden Menschen der Region beeinflussen.

Untersuchung der Arbeitslosigkeit in der Woiwodschaft Westpommern nach Alter und Ausbildungsstand erlauben folgende Schlussfolgerungen: Arbeitslosigkeit betrifft wegen der Schulpflicht keine Jugendlichen unter 18; Personen zwischen 60 und 64 machen nur 0,5% der Arbeitslosen aus, da die meisten von ihnen Anspruch auf sichere Sozialleistungen in der Form von Ruhegeld und Rente hat; Arbeitslosigkeit betrifft am meisten junge Menschen, die erst auf den Arbeitsmarkt kommen. Die höchste Arbeitslosenquote gibt es unter beruflich wenig qualifizierten oder unqualifizierten Personen, die niedrigste unter Akademikern.

Ergebnisse von Prüfungen in Gymnasien, die ganz Polen durchgeführt wurden, bewerten das Bildungsniveau in einzelnen Regionen. Sie decken sich leider mit den Ergebnissen von Untersuchungen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Das Bildungsniveau in Städten ist höher als das in ländlichen Gebieten. Es ist auch sichtbar, dass auf Gebieten mit geringer Wirtschaftsentwicklung die Bildung weniger effektiv sei. Die Ergebnisse des humanistischen und mathematischen Teils decken sich aber nicht. Aus den Untersuchungen folgt also, dass man in Problemregionen besonders in die Bildung investieren sollte, da Humanressourcen der Baustein ist, der am schnellsten eine nachhaltige Entwicklung herbeizieht.

Mission, strategische und indirekte Ziele zur Verbesserung der Situation in der Woiwodschaft Westpommern

Die Mission der Woiwodschaft Westpommern ist die Bereitung von Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung entsprechend den Standards der Europäischen Union durch eine optimale Ausnutzung aller zugänglichen Vorteile der Woiwodschaft und den von Polen ausgehandelten Beitrittsbedingungen.

- Strategisches Ziel 1. Bereitng von Bedingungen für die Entwicklung von Humanressourcen.
- Strategisches Ziel 2.: Allgemeine Zugänglichkeit zu Gütern, Dienstleistungen und Information.
- Strategisches Ziel 3.: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der Woiwodschaft Westpommern
- Strategisches Ziel 4.: Steigerung der Lebensqualität in der Region.

Regionaler Aktionsplan für Beschäftigung

Der Regionale Aktionsplan für Beschäftigung wurde von dem Woiwodschaftsarbeitsamt in Szczecin aufgestellt. An der Planerstellung waren auch ehrenamtliche Gruppen beteiligt: Ein Expertenausschuss und eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern von Institutionen, Firmen und Organisationen zusammen setzten, die in einer direkten oder indirekten Verbindung mit dem regionalen Arbeitsmarkt stehen. Der Regionale Aktionsplan definiert als Exekutivdokument die Richtlinien für Eingriffe auf dem regionalen Arbeitsmarkt und seinem Umfeld im Jahr 2005 mit einer Aussicht auf 2006. Die Maßnahmen sind auf den Synergieeffekt durch Zusammenlegung von Handlungen verschiedener Institutionen ausgerichtet, sowie auf die Einschränkung der Arbeitslosigkeit und Entwicklung menschlicher Ressourcen.

Der grundlegende Ansatzpunkt für die Erstellung des Aktionsplans war die Verstärkung von starken Seiten des regionalen Arbeitsmarkts und Nutzung von entstehenden Chancen bei gleichzeitiger Abschwächung bestehender Schwächen und entstehender Gefahren

- Bildung neuer Arbeitsplätze und Entwicklung des Unternehmergeistes.
- Anpassung an den Wandel und Förderung der Anpassungsfähigkeit und der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt bei Beschäftigten und Arbeitsuchenden.
- Förderung der Entwicklung von Humanressourcen und lebenslangen Lernens.

Finanzmittel für die Realisierung der Aufgaben

- Eigenmittel zur Förderung der Regionalentwicklung,
- Mittel aus Regionalverträgen,
- Fördermittel aus dem Ausland.

INSTRUMENTE für Chancenausgleich in der Woiwodschaft Westpommern

Programm zur Aktivierung ländlichen Raumes

EQUAL

Tätigkeit des Priesters SŁAWOMIR KOKORZYCKI

Programm zur Aktivierung ländlichen Raumes



Zielsetzung ist Förderung und Modernisierung des ländlichen Raumes durch Investitionen in die Infrastruktur, Bildung von neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft und Unterstützung der Kommunen bei der Inanspruchnahme von europäischen Förderfonds. Das Programm zur Aktivierung ländlichen Raumes soll zur weit gefassten wirtschaftlichen Entwicklung ländlichen Raumes beitragen. Neben SAPARD ist das das zweite große

Programm zur Förderung der Umstrukturierung ländlichen Raums in Polen. Gemäß der Abstimmung zwischen der Regierung der RP und der Weltbank ist das Programm an Bewohner ländlichen Raumes gerichtet, d.h. Bewohner ländlicher, ländlich-städtischer, städtischer Kommunen und Landkreise, ausgenommen Städte mit mehr als 15.000 Einwohner. Das Programm wird über ein Kredit der Weltbank mitfinanziert. Es wurde Förderung folgender Maßnahmen beschlossen: Entwicklung des Privatsektors, Human Ressource, davon Umschulungsprogramm, Programm zur Erhöhung der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft, Verbesserung der Ausbildungsniveaus auf ländlichen Gebieten, institutionelle Hilfe für lokale und regionale Verwaltungen sowie Entwicklung der Infrastruktur auf ländlichen Gebieten. Das Programm setzt sich aus folgenden Bausteinen zusammen:

A - Mikrodarlehen

Regierungsunterstützung bei Maßnahmen zur Förderung von Mikrounternehmen. Es sollen Bedingungen für die Entstehung und Aufrechterhaltung von selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit auf ländlichen Gebieten geschaffen werden. Der Baustein fördert Selbstbeschäftigung außerhalb der Landwirtschaft.

Konkrete Aktivitäten:

- Darlehen für die Errichtung eines neuen bzw. Weiterentwicklung bestehenden Mikrounternehmens.
- Investitionen, die Darlehenstilgung ermöglichen.

B1 – Programm der Umschulung/Neuorientierung

Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, Erhöhung der Einnahmen und Reduzierung der Armut in ländlichen Gemeinschaften durch Hilfeleistung für Bewohner bei Steigerung und Umsetzung ihres beruflichen Potenzials.

Konkrete Aktivitäten:

- Ökonomische Untersuchungen des Arbeitsmarkts
- Maßnahmen zur Beschäftigungsanstieg durch Schaffung neuer Arbeitsplätze oder Erleichterung des Zugangs zu den vorhandenen freien Arbeitsplätze
- n (Schulungen usw.)

B 2 - Bildung

Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und – Niveaus in Grundschulen und Gymnasien auf ländlichen Gebieten mit der größten Arbeitslosigkeitsquote.

Konkrete Aktivitäten:

- Ausbau und Ausbesserung von Schulgebäuden lediglich im ländlichen Raum
- Ausbesserung und Ausstattung von Kinderhorten
- Schulungen für Lehrer und Schuldirektoren
- Informatikschulungen
- Anschaffung von Unterrichtsmaterial
- Anschaffung von PC-Software

B3 – Errichtung eines institutionellen Potentials für die lokale und regionale Verwaltung

Schaffen von Vorbildern und Bedingungen für die andauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit und Professionalität der lokalen und regionalen öffentlichen Verwaltung. Das Ziel soll durch die Niveauerhöhung öffentlicher Dienstleistungen, der Verwaltung von öffentlichen Geldern und Humanressourcen sowie Bildung eines Potentials zur Nutzung von EU-Fördergeldern.

Konkrete Aktivitäten:

- Einführung modernen Prinzipien für die Verwaltung menschlicher Ressourcen in der öffentlichen Verwaltung.
- Erhöhung des Dienstleistungsniveaus für die Bürger.
- Erarbeitung von Organisationsstrukturen und Handlungsprozeduren für die öffentliche Verwaltung.

C –Ländliche Infrastruktur

Verbesserung der technischen Infrastruktur im ländlichen Raum, was indirekt zur Intensivierung von Investitionen im privaten Sektor, Bildung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft, Verbesserung der Umweltschutz- und Gesundheitsverhältnisse sowie Minderung der Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung zwischen Land und Stadt.

Konkrete Aktivitäten:

- Bau von Wasserleitungssystemen für Haushalte und Unternehmen.
- Bau von Wasserver- und Abwasserentsorgungssysteme in Kommunen und Landkreisen.
- Verbesserung des Zustands von ausgewählten Straßen im ländlichen Raum, insbesondere Verbesserung der lokalen Zufahrtstraßen zu Hauptstraßen sowie Oberflächenbefestigung, um Zugang zu einigen Orten unabhängig von der Wetterlage zu gewährleisten.

Zusammenfassung (in Anlehnung an den Baustein B1)

In der Woiwodschaft Westpommern erwies sich der Baustein B1, d.h. das Programm der beruflichen Umschulung/Neuorientierung als der wirksamste. Der Meinung der Fachleute des Arbeitsamts der Woiwodschaft nach, sind Schulungen am effektivsten gewesen. Es gab Schulungen, nach denen 90-100% Teilnehmer Beschäftigung fanden. Hoch bewertet wurden solche Schulungen wie „Kurs für Bewachungspersonal“, "Schiffsmaler und –Pfleger“ oder "Schlächter-Ausschneider“. Einiger der Schulungen blieben aber erfolglos. Um Misserfolgen vorzubeugen, wurde die Effektivität als Leitkriterium vereinbart. Diese Angehensweise erwies sich als sinnvoll, denn im Mittelpunkt stand nicht der Gewinn der Firma, sondern der Vorteil für den Endempfänger. Bei der Gelegenheit ist aber auch möglich, durch eine professionelle Leistungserbringung einen Gewinn zu erzielen. In Bezug auf andere Dienstleistungen wurde eine verhältnismäßig große Effizienz auf dem Wege der zeitweiliger Beschäftigung erreicht (die Weltbank ging davon aus, dass nach zwei Monaten 15-20% Arbeit finden, die nicht über das Programm sondern über Eigenmittel des Arbeitgebers finanziert wird). Als Fehlschlag erwiesen sich dagegen Gründerzentren, die Beratung und Schulungen bieten, dass statt angenommen 5% lediglich ca. 3,4% der Empfänger ihr eigenes

Gewerbe anmeldeten. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich bei sehr hohen Belastungen wegen der Sozialversicherungsbeiträge, die einem Arbeitslosen die Existenzgründung praktisch unmöglich machen. Der Ansicht der Fachkräfte des Woiwodschaftsarbeitsamts waren die Verfahren des Programms B1 klar und transparent. Eine Kontrolle gewährleistete, dass Dienstleistende hohe Qualität lieferten. Das Programm war ihrer Meinung nach eins der besten Programme in der Woiwodschaft Westpommern in den letzten Jahren, die auf die Berufsaktivierung ausgelegt waren.

EQUAL

Definition

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL ist Teil der Strategie der Europäischen Union für mehr und bessere Arbeitsplätze sowie um sicherzustellen, dass jeder einen freien Zugang zu ihnen findet. EQUAL heißt neue Wege bei der Lösung des Diskriminierungsproblems auf dem Arbeitsmarkt.

Finanzierung der Initiative EQUAL

Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds testet diese Initiative neue Wege, Diskriminierungen und Ungleichheiten anzugehen, denen jene, die sich in Arbeit befinden und jene, die eine Arbeit suchen, ausgesetzt sind. EQUAL umfasst ebenfalls alle Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration von Asylbewerbern. Alle Mitgliedsstaaten wurden verpflichtet, eine eigene Strategie zur EQUAL-Förderung aufzustellen, die mit den vier Grundsäulen der Europäischen Beschäftigungspolitik und den Ansatzpunkten der Europäischen Strategie gegen soziale Ausgrenzung übereinstimmen. Polen ist in der Phase der Programmstellung für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL.

Maßnahmen im Rahmen des Programms EQUAL

Förderung eines für alle offenen Arbeitsmarkts durch Erleichterung der Eingliederung und Wiederaufnahme jener, die diskriminiert werden. Diese Maßnahme würde sich hauptsächlich auf Bewohner ländlicher und ehemalig Industriegebiete beziehen.

1. Stärkung der nationalen Sozialwirtschaftsstrategie durch die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Dienstleistungssektor sowie Entwicklung von Sozialbeschäftigung.
2. Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmer gegenüber dem Wandel wegen Entwicklung neuer Technologien durch die Entwicklung von Informatikfertigkeiten und Einführung neuer Managementmethoden. Die Zielsetzung ist Erleichterung und Unterstützung der Einführung von neuen Technologien und innovativen Informations- und Kommunikationsideen. Die Ideen sollen die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen steigern und das Bewusstsein bei Arbeitgebern über die Notwendigkeit der Weiterbildung von Managementpersonal und Mitarbeitern (insbesondere älterer Mitarbeiter und Frauen).
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie erneute berufliche Eingliederung von Frauen und Männern durch Entwicklung und Förderung von flexiblen Beschäftigungsformen und Arbeitsorganisation sowie Begleitmaßnahmen. Förderung eines für alle offenen Arbeitsmarkts durch Erleichterung der Eingliederung und Wiederaufnahme jener, die diskriminiert werden.

Diese Maßnahme würde sich hauptsächlich auf Bewohner ländlicher und ehemalig Industriegebiete beziehen.

4. Stärkung der nationalen Sozialwirtschaftsstrategie durch die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Dienstleistungssektor sowie Entwicklung von Sozialbeschäftigung.
5. Förderung eines für alle offenen Arbeitsmarkts durch Erleichterung der Eingliederung und Wiederaufnahme jener, die diskriminiert werden. Diese Maßnahme würde sich hauptsächlich auf Bewohner ländlicher und ehemalig Industriegebiete beziehen.
6. Stärkung der nationalen Sozialwirtschaftsstrategie durch die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Dienstleistungssektor sowie Entwicklung von Sozialbeschäftigung.
7. Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmer gegenüber dem Wandel wegen Entwicklung neuer Technologien durch die Entwicklung von Informatikfertigkeiten und Einführung neuer Managementmethoden. Die Zielsetzung ist Erleichterung und Unterstützung der Einführung von neuen Technologien und innovativen Informations- und Kommunikationsideen. Die Ideen sollen die Förderung eines für alle offenen Arbeitsmarkts durch Erleichterung der Eingliederung und Wiederaufnahme jener, die diskriminiert werden. Diese Maßnahme würde sich hauptsächlich auf Bewohner ländlicher und ehemalig Industriegebiete beziehen.
8. Stärkung der nationalen Sozialwirtschaftsstrategie durch die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Dienstleistungssektor sowie Entwicklung von Sozialbeschäftigung.
9. Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmer gegenüber dem Wandel wegen Entwicklung neuer Technologien durch die Entwicklung von Informatikfertigkeiten und Einführung neuer Managementmethoden. Die Zielsetzung ist Erleichterung und Unterstützung der Einführung von neuen Technologien und innovativen Informations- und Kommunikationsideen. Die Ideen sollen die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen steigern und das Bewusstsein bei Arbeitgebern über die Notwendigkeit der Weiterbildung von Managementpersonal und Mitarbeitern (insbesondere älterer Mitarbeiter und Frauen).
10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie erneute berufliche Eingliederung von Frauen Förderung eines für alle offenen Arbeitsmarkts durch Erleichterung der Eingliederung und Wiederaufnahme jener, die diskriminiert werden. Diese Maßnahme würde sich hauptsächlich auf Bewohner ländlicher und ehemalig Industriegebiete beziehen.
11. Stärkung der nationalen Sozialwirtschaftsstrategie durch die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Dienstleistungssektor sowie Entwicklung von Sozialbeschäftigung.
12. Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmer gegenüber dem Wandel wegen Entwicklung neuer Technologien durch die Entwicklung von Informatikfertigkeiten und Einführung neuer Managementmethoden. Die Zielsetzung ist Erleichterung und Unterstützung der Einführung von neuen Technologien und innovativen Informations- und Kommunikationsideen. Die Ideen sollen die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen steigern und das Bewusstsein bei Arbeitgebern über die Notwendigkeit der Weiterbildung von Managementpersonal und Mitarbeitern (insbesondere älterer Mitarbeiter und Frauen).
13. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie erneute berufliche Eingliederung von Frauen und Männern durch Entwicklung und Förderung von flexiblen Beschäftigungsformen und Arbeitsorganisation sowie Begleitmaßnahmen.
14. Unterstützung der Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt von Personen, die sich um den Flüchtlingsstatus bewerben.

Zielgruppen der Initiative EQUAL

Zielgruppen für die oben genannten Maßnahmen sind: Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Ältere (45-65 J.), Behinderte (u.a. Psychischkranke), ethnische Minderheiten (z.B. Roma), Repatrianten, Personen, die sich um den Flüchtlingsstatus bewerben, Frauen, Bewohner

ländlicher und wirtschaftlich vernachlässigten Gebiete sowie Mitarbeiter der umstrukturierten Sektore.

In dem einheitlichen Programmdokument der Gemeinschaftsinitiative Equal wurden der Umfang und die Grundsätze für die Equal-Einleitung in Polen in den Jahren 2004 – 2006 bestimmt. Die entgültige Version des Dokuments wurde im 2004 vorgelegt. Im Herbst 2004 wurde das Programm Equal offiziell in Polen eröffnet und es wurde zur Projektaufstellung aufgerufen. Die Umsetzung der ersten Maßnahme begann in allen Mitgliedstaaten gleichzeitig, d.h. im Januar 2005.

Tätigkeit des Priesters Kokorzycki in Korytowo

Korytowo ist ein kleines Dorf in der Nähe von Choszczna in der Woiwodschaft Westpommern. Das Dorf wird von über ein Tausend Einwohner bewohnt. Es gab hier einen landwirtschaftlichen Betrieb, in dem die meisten Einwohner eingestellt waren und der Betrieb sorgte für alles und stellte alles sicher: Kanalisation, Stromversorgung, er kleidete die Menschen, ernährte sie und reparierte, was kaputt war. Mit dem Niedergang der Volksrepublik 1992 wurde der LPG aufgelöst. Übrig blieben leere, herunterkommende Gebäude und riesige Arbeitslosigkeit (von bis zu 70%). Die Menschen verloren die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und fingen an, vom einem Tag zu dem nächsten zu leben. 1995 kam Sławomir Kokorzycki nach Korytowo. Er fand Korytowo in Apathie versunken. Die ehemaligen LPG-Arbeiter hatten ein niedriges Ausbildungsniveau, waren oft demoralisiert und hatten große Probleme, Arbeit zu finden. Die Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern hatte einen negativen Einfluss auf ihre Kinder genommen. Einige von ihnen gingen nicht zur Schule, weil sie keine Schuhe hatten. Für die meisten war die Ausbildung mit dem Grundschulabschluss zu Ende, weil sie keine Geld für Fahrten zu Oberschulen hatten. Sławomir Kokorzycki soziales Engagement bewirkte, dass am 06.06.1998 in Korytowo das erste in Polen Zentrum für Familienunterstützung entstehen konnte.

Zentrum für Familienunterstützung in Korytowo:

Es leistet Hilfe für die Dorfgemeinschaft und zwar in integrierter Weise. Es kommt hierbei zur Mitwirkung von Caritas bei der Kirchengemeinde, lokalen Gemeinschaften, der kommunalen Selbstverwaltung und der Woiwodschaftsverwaltung. Die Entstehung des Zentrums gab den Anstoß zur Aufstellung eines Woiwodschaftsprogramms zur Förderung von Maßnahmen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen aus den ehemaligen LPG-Dörfern. Die Stadt- und Gemeindeverwaltung in Choszczno übergab der Pfarrei Wardyń zwei

bebaute Grundstücke in Korytowo. Die Gebäude wurden aus den Finanzmitteln der Agentur für das Staatliche Landwirtschaftseigentum renoviert.

Das Zentrum bietet der Gemeinschaft von Korytowo und Wardyń ein umfangreiches Angebot aus dem Bereich Bildung, Erziehung, Kultur und Soziales an. Die Leistungen sind kostenfrei. In der Einrichtung ist täglich zwischen 15.00 und 21.00 ein soziologischer und therapeutischer Hort für Kinder und Jugendliche geöffnet, in dem Interessenzirkel tätig sind. Der Hort verfügt über Sportgeräte (Bälle, Billard, Tischtennis, Badminton), Video und Stereoanlage. Kinder kommen hierher direkt nach der Schule und haben hier die Möglichkeit, unter Betreuung der Leiterin ihre Hausaufgaben zu machen. In der Einrichtung werden außerschulische Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche organisiert (Fahrradtouren, Maiausflüge, Lagerfeuer, Wettbewerbe, Begegnungen mit interessanten Menschen, Festivals, Abendprogramme, Theateraufführungen) organisiert. Es gibt hier eine vollständige Küche und täglich wird Kindern zusätzliche Verpflegung angeboten (täglich ca. 80 Portionen). Die Einrichtung arbeitet ständig mit der Grundschule in Korytowo zusammen, z.B. werden für Kinder halbtags Ferienlager organisiert. Das Zentrum setzt sich für alle Dorbewohner ein: Ein Mal in der Woche hat hier ein Mitarbeiter des Kommunalzentrums für Sozialhilfe eine Sprechstunde, eine unentgeltliche juristische Beratung ist ebenfalls möglich. Die Einrichtung verfügt über ein ausgestattetes Arztprechzimmer, in dem ein Mal wöchentlich ein Arzt Sprechstunde hat. Das Zentrum hat auch einen Lagerraum für Gebrauchtkleidung. Es finden hier außerdem viele allgemein zugängliche Veranstaltungen, wie Ausstellungen, Vorführungen, Wettbewerbe statt. Das Zentrum hat zum Ziel, den ehemaligen LPG-Mitarbeitern und seinen Familien eine umfangreiche bildende, medizinische, juristische, soziale und materielle Hilfe zu leisten. Die Maßnahmen sind vorwiegend an Kinder und Jugendliche gerichtet, um ihnen entsprechende Bedingungen für die Entwicklung ihrer Interessen, Förderung ihrer schulischen Leistungen und Auslösung einer positiven Aktivität bei ihnen zu gewährleisten.

Die Einrichtung verfügt auch über Beherbergungsmöglichkeiten: ca. 30 Plätze in 5- und 6-Personen-Zimmer mit Bad, die das ganze Jahr über zugänglich sind. Am Zentrum funktioniert auch eine Übernachtungsstelle für Obdachlosen mit 12 Plätzen.

Fazit:

Das Zentrum für Familienunterstützung in Korytowo hat Aufschwung in das apathische Dorf gebracht. Viele Arbeitslosen wurden zur Arbeitsuche und Änderung des Lebensweise angeregt. Kinder haben jetzt bessere Chancen, sich weiter zu bilden, ihre Talente zu entwickeln, am Kulturleben teil zu nehmen. Die Tätigkeit der Einrichtung zog auch

Jugendliche aus anderen Dörfern an. Ermutigt durch diese Erfahrung Selbstverwaltungen anderer Landkreise wie Drawno und Rzecz denken daran, ähnliche Zentren bei sich aufzubauen.

6.3. Länderbericht Deutschland

1. Hintergrundinformationen über Deutschland

1.1 Strukturdaten

Die Bundesrepublik Deutschland hat rund 82,5 Millionen Einwohner. Die überwiegende Mehrheit ihrer Bevölkerung (rd. 68 Mio. Menschen) ist deutschsprachig. Der Anteil von Menschen nichtdeutscher Muttersprache liegt zur Zeit bei etwa 19% der ([Wohnbevölkerung in Deutschland](#)), das sind rund 15,3 Millionen Menschen. Fast die Hälfte der Zugewanderten bzw. ihrer Nachkommen sind inzwischen deutsche [Staatsbürger](#); davon hat ein nicht unerheblicher Anteil zusätzlich auch die Staatsangehörigkeit ihres Heimatstaates.

Ende 2003 lebten in Deutschland 7.334.800 Ausländer; darunter stellen Türken die mit Abstand größte Gruppe; 25,2 % stammen aus den EU15- Ländern (insbesondere Italien und Griechenland). Der Anteil von Polen beträgt 4,5 % (326.900 Personen), der aus den Niederlanden 1,6 % (118.700 Personen) und der aus Schweden 0,3 % (19.400). Asiaten machen 12,4 %, Afrikaner 4,2 % und Amerikaner (Nord- und Südamerika) 3,1 % aus. Die in Deutschland lebenden Ausländer sind zu fast vier Fünfteln Europäer, darunter überwiegend Türken.

Im Jahre 2003 waren 50.600 Asylbewerber (1996: 116.400) und 72.900 Spätaussiedler (Deutsche im Sinne der Verfassung, die vorwiegend aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion kommen) zu verzeichnen.

Das Gebiet Deutschlands umfasst 357.027 qkm. Dabei ist die Besiedlungsdichte sehr unterschiedlich; sie schwankt von 40 Einwohnern je qkm im Landkreis Müritz (Mecklenburg-Vorpommern) bis zu 12.800 Einwohnern je qkm im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin.

Gegenwärtig gehören 66,8% der Bundesdeutschen, über 55 Millionen, einer christlichen Kirche an, hälftig geteilt in [Protestanten](#) und [Katholiken](#). Neben den [Christen](#) leben annähernd 3 Millionen [Muslime](#) und etwa 100.000 [Juden](#) in der Bundesrepublik Deutschland.

1.2 Politisch-administratives System

1.2.1 Staatliche Organe

[Hauptstadt](#) und [Regierungssitz](#) der Bundesrepublik Deutschland ist [Berlin](#).

Nach [Artikel 20 GG](#) ist die Bundesrepublik Deutschland ein [demokratischer](#), [sozialer](#) Staat, der den rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet ist. Es gibt 16 teilsouveräne Länder. Die staatliche Ordnung Deutschlands regelt die Verfassung das [Grundgesetz](#) (GG), die [Verfassung](#) Deutschlands. [Staatsoberhaupt](#) ist der [Bundespräsident](#) mit eher repräsentativen Aufgaben. Der Regierungschef Deutschlands ist der [Bundeskanzler](#). Er besitzt die Richtlinienkompetenz für die Politik der Bundesregierung (Kanzlerdemokratie). Der Bundespräsident hat so gut wie keinen Einfluss auf die Bundesregierung; er wird vom Bundestag und einer gleich großen Zahl von Vertretern der Bundesländer gewählt.

Als Bundesstaat ist Deutschland [föderal](#) organisiert d. h. es gibt zwei Ebenen im [politischen System](#): die Bundesebene, die den Gesamtstaat Deutschland nach außen vertritt, und die Länderebene die in jedem Bundesland einzeln existiert. Jede Ebene besitzt eigene Staatsorgane der [Exekutive](#), [Legislative](#) und [Judikative](#). Es gibt 16 Bundesländer – darunter die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Ein Stadtstaat ist zugleich Bundesland und Gemeinde. Jedes Bundesland hat eine eigene Verfassung, die aber durch entgegenstehende Regelungen des Grundgesetzes in Teilen unwirksam sein können (z. B. ein Recht auf Arbeit ist in einigen Länderverfassungen verankert, aber nicht durch das Grundgesetz gedeckt).

[Bundestag](#) und [Bundesrat](#) entscheiden gemeinsam über die [Gesetze](#) des Bundes und haben die Befugnis mit Zweidrittel-Mehrheit in beiden Organen die [Verfassung](#) zu ändern. In den Bundesländern entscheiden die Länderparlamente ([Landtag](#) bzw. [Bürgerschaft](#) oder [Abgeordnetenhaus](#)) über die Gesetze ihres Landes. Obwohl die Abgeordneten der Parlamente nach der Verfassung nicht weisungsgebunden sind, dominieren Vorentscheidungen in den [Parteien](#) die Gesetzgebung. Der Bundesrat setzt sich aus Vertretern der Landesregierungen zusammen; je nach Einwohnerzahl entsendet ein Bundesland zwischen 3 und 6 Vertreter. Über jedes Bundesgesetz wird im Bundestag und danach im Bundesrat entschieden. Gesetze, welche die Belange der Länder betreffen, können nur mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen werden. Die anderen Bundesgesetze können auch bei Ablehnung durch den Bundesrat vom Bundestag durch eine besondere Abstimmung mit der Mehrheit der Mitglieder des Parlamentes endgültig beschlossen werden.

Die [Exekutive](#) wird auf Bundesebene durch den [Bundeskanzler](#) geleitet. Auf der Ebene der Bundesländer leitet der Ministerpräsident (bzw. der Bürgermeister der Stadtstaaten) die Exekutive. Die Verwaltungen des Bundes und der Länder werden jeweils durch die [Fachminister](#) geleitet, sie stehen an der Spitze der Behörden.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes. Die Obersten Gerichtshöfe des Bundes sind Bundesgerichtshof in Karlsruhe, das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das Bundesarbeitsgericht in Erfurt, das Bundes-sozialgericht in Kassel und der Bundesfinanzhof in München. Der Großteil der Rechtsprechung liegt in der Verantwortung der Bundesländer. Die Bundesgerichte sind fast immer nur Revisionsinstanz und prüfen die Entscheidungen der Landesgerichte auf die formale Rechtmäßigkeit.

1.2.2 Zuständigkeiten

Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist laut Art. 30 Grundgesetz Aufgabe der Bundesländer, soweit das Grundgesetz der Bundesregierung nicht ausdrücklich bestimmte Aufgabenbereiche zuweist. Danach ist die Bundesregierung insbesondere zuständig für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Zoll, Wasserstraßen, Grenzschutz; in den Bereichen Verfassungsschutz und Kriminalpolizei gibt es eine Zuständigkeit von Bund und Ländern. Art. 70 regelt das Gesetzgebungsrecht der Länder.

Die Bundesländer sind insbesondere zuständig für Schulen (nicht Gebäude), Hochschulen, Polizei, Steuerverwaltung und Kultureinrichtungen von überörtlicher Bedeutung.

1.2.3 kommunale Selbstverwaltung

Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantiert die kommunale Selbstverwaltung. Dies bedeutet, dass die Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung haben. Dieses umfasst den Erlass von Satzungen, die faktisch den Charakter eines Gesetzes haben, die Festsetzung der Höhe der durch Bundesgesetz vorgesehenen Gemeindesteuern (insbesondere Grund- und Gewerbesteuer) und die Erhebung von Gebühren sowie das Recht über die Nutzung der Gemeindeflächen zu entscheiden (Flächennutzungs- und Bebauungsplanung).

In Deutschland wird die Mehrzahl der staatlichen Aufgaben von der Kommunalverwaltung ausgeführt (Prinzip der Allzuständigkeit der Kommune), um eine bürger- und wohnortnahe Aufgabenerledigung zu gewährleisten. Die kommunalen Aufgaben lassen sich in drei Typen unterscheiden:

- a) Auftragsangelegenheiten (Aufgabenerfüllung im Auftrage des Bundes oder Landes unter fachlicher und rechtlicher Kontrolle der Landesregierung – z. B. Meldewesen),
- b) Selbstverwaltungsangelegenheiten nach Weisung (Aufgabenerfüllung im Auftrage des Bundes oder Landes unter rechtlicher Kontrolle der Landesregierung – z. B. Feuerwehr, Gewerbeaufsicht, Kindergärten, Jugend- und Sozialhilfe),

- c) Selbstverwaltungsangelegenheiten nach Entscheidung der Kommune unter rechtlicher Kontrolle der Landesregierung – z. B. Volkshochschule, Kultur, Sportförderung.

2. Soziale Disparitäten in Deutschland aus dem Arbeitsmarkt

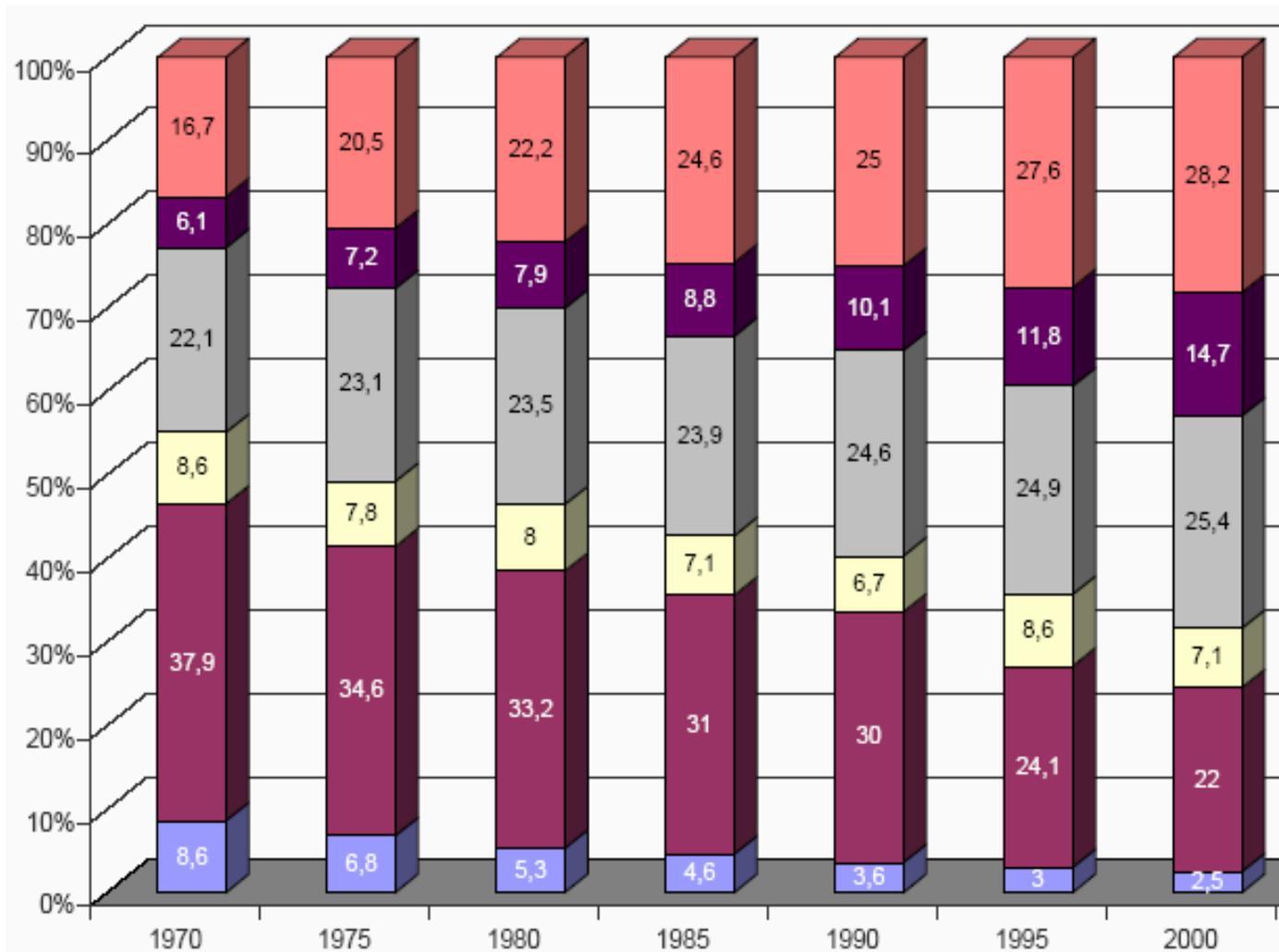
2.1 Die Arbeitsmarktlage in Deutschland

Von den 82,5 Mill. Menschen, die aktuell in Deutschland leben, sind ca. 35,7 Mill. (43,3 %) erwerbstätig, 5,2 Mill. (6,3 %) arbeitslos und 41,6 Mill. (50,4 %) nicht erwerbsfähig. Als erwerbsfähig werden Menschen im Alter zwischen 16 und 70 Jahren eingestuft. Die Grafik 2-1 auf der folgenden Seite zeigt, wie sich die Proportionen zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen seit 1970 verändert haben; besonders bemerkenswert die der starke Rückgang im Bereich produzierendes Gewerbe und eine fast gleichstarke Zunahme im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen.

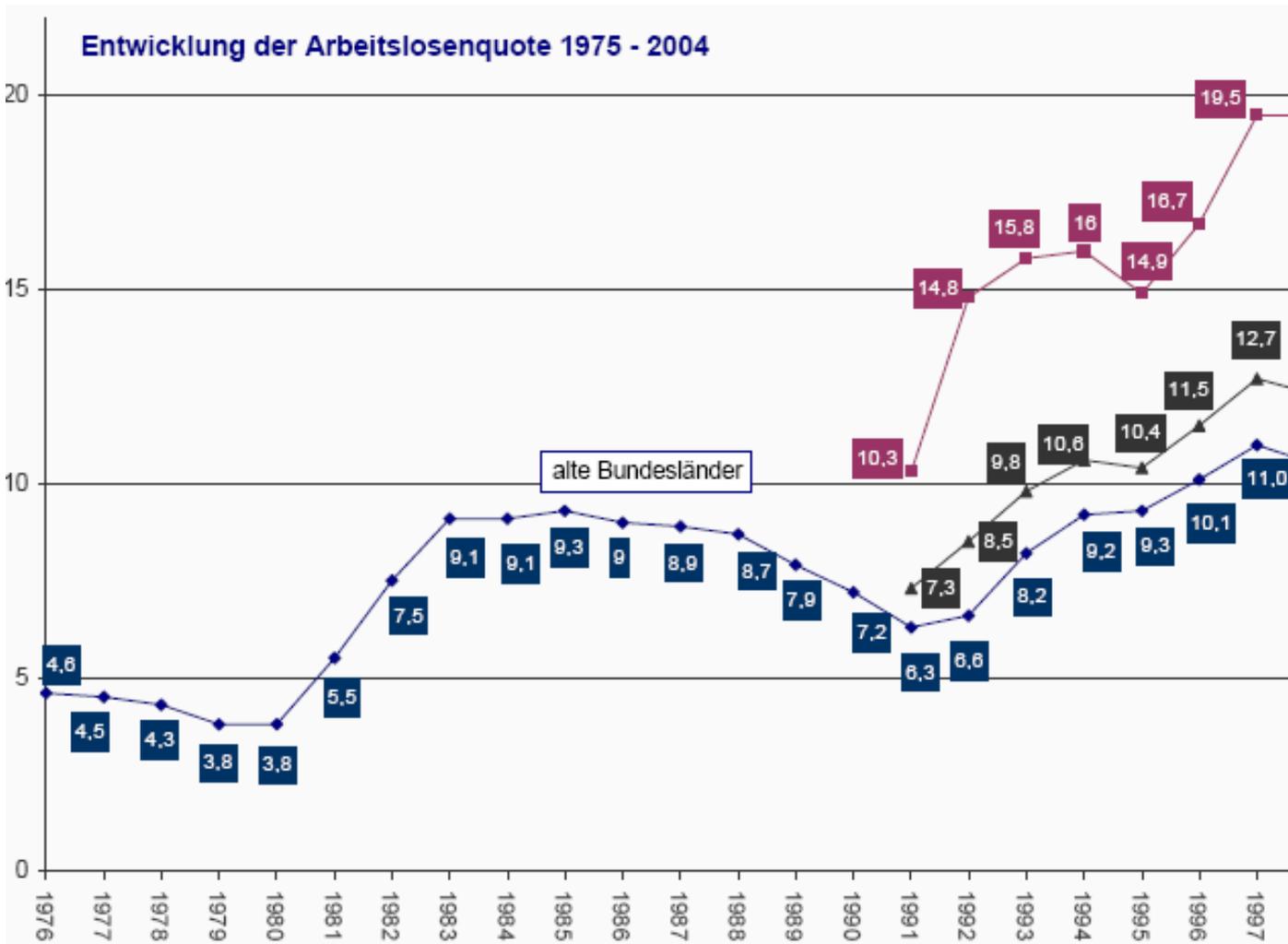
Die Grafik 2-2 zeigt, dass nach 1989 in der alten Bundesrepublik ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war; nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 fand bis 1996 ein sehr starker Anstieg der Arbeitslosigkeit statt. Die Arbeitslosigkeit ist in den neuen Bundesländern (ehemals DDR) mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu den alten Bundesländern. Zwischen 1991 und 2000 waren in den neuen Bundesländern vor allem Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen; seit 2002 übertrifft jedoch dort die Arbeitslosenquote der Männer die der Frauen; während im alten Bundesgebiet die Frauenarbeitslosigkeit deutlich über der der Männer liegt.

Junge Menschen (unter 25 Jahre) sind in der Regel nur für kurze Zeit (unter 3 Monate) arbeitslos; für junge Menschen ergibt sich aber seit 2002 ein zunehmender Mangel an Ausbildungsplätzen .

Grafik 2-1: Veränderungen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen 1970 - 2002



Grafik 2-2: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1970 nach alten und neuen Bundesländern

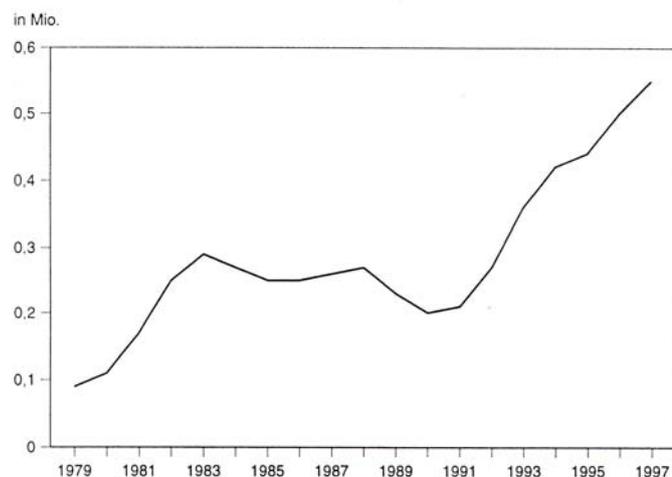


2.2 Zur Situation von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt

Ab Anfang der 60er Jahre stieg die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Westdeutschland 13 Jahre lang an. Während dieser Zeit kamen Ausländer überwiegend als angeworbene Arbeitskräfte ins Land. Entsprechend niedrig war die Arbeitslosigkeit. Erst durch den Familiennachzug und die Geburt von Kindern in Deutschland veränderte sich die Zusammensetzung der ausländischen

Bevölkerung und damit auch die Erwerbsbeteiligung. In den 60er und frühen 70er Jahren gab es in Westdeutschland kaum arbeitslose Ausländer. Wer arbeitslos wurde, kehrte in der Regel entweder freiwillig ins Heimatland zurück oder verlor die Aufenthaltserlaubnis und musste Deutschland verlassen. Dadurch

Abbildung 20: Arbeitslose Ausländer (Westdeutschland), 1960-97



belasteten diese Arbeitsmigranten weder die hiesige Arbeitslosenstatistik noch das Budget der Bundesanstalt für Arbeit. Erst nach dem Anwerbestopp von 1973 änderte sich die Situation. Die Rückkehr ins Heimatland wurde seltener. In Ostdeutschland gab es auch Arbeitsmigranten, aber darüber sind keine Statistiken vorhanden.

Die Zahl der beschäftigungslosen Ausländer erreichte 1975 mit 151.000 einen ersten Höhepunkt und pendelte sich dann im Jahresdurchschnitt bei rund 100.000 ein. In der Rezession der frühen 80er Jahre stieg die Zahl der arbeitslosen Ausländer auf nahezu 300.000 Personen (1983). Die Rückkehrprämien der Jahre 1983/84 entlasteten den Arbeitsmarkt nur geringfügig. Eine verbesserte Konjunkturlage Anfang der 90er Jahre ließ die Zahl der arbeitslosen Ausländer auf rund 200.000 sinken. Danach stieg die Zahl der beschäftigungslosen Ausländer wieder sprunghaft an. 1994 wurden im Jahresdurchschnitt erstmals über 400.000 arbeitslose Ausländer registriert; 1995 waren es bereits 550.000. Bei der Arbeitslosenquote nimmt der Anstieg allerdings nicht ganz so dramatisch zu, weil im gleichen Zeitraum auch die Zahl der ausländischen Beschäftigten deutlich anstieg.

Erst seit Ende der 70er Jahre liegt die Arbeitslosenquote der Ausländer in Deutschland über jener der Inländer. Abgesehen von einer kurzen Phase der Annäherung in der zweiten Hälfte

der 80er Jahre entwickelten sich die Arbeitslosenquoten der ausländischen und der deutschen Erwerbsbevölkerung weiter auseinander.

Dabei fällt auf, dass die Arbeitslosenquote der Ausländer immer dann überproportional anstieg, wenn die Arbeitslosenquote insgesamt anstieg. Dies was in den frühen 80er Jahren, 1986/87 und in den 90er Jahren zu beobachten. 1997 waren Ausländer (20,4%) wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als westdeutsche Erwerbspersonen insgesamt (11%). Besonders betroffen vom jeweiligen Trend waren und sind türkische Erwerbstätige, deren Arbeitslosenquote (1997: 24%) über jener aller Ausländer liegt. Dies gilt insbesondere in Pha-

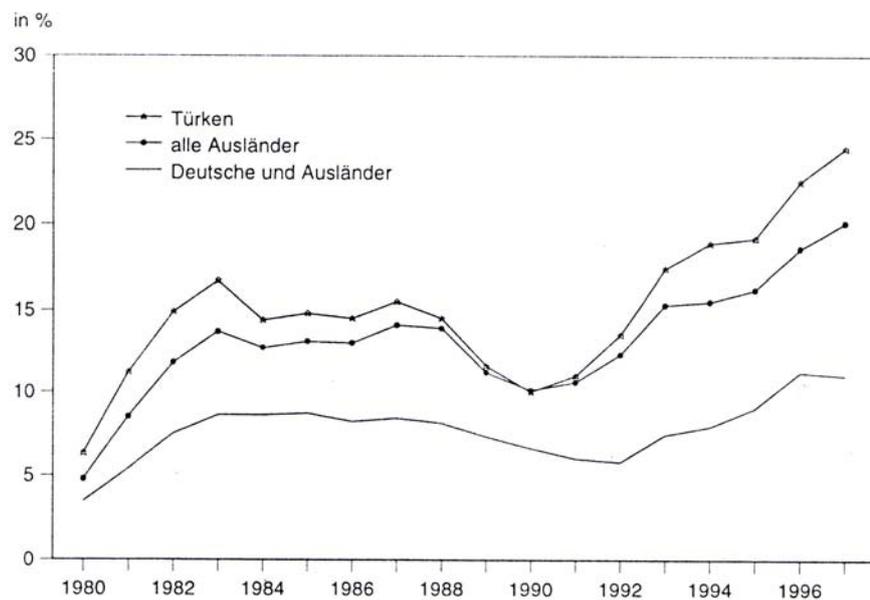
sen insgesamt steigender Arbeitslosigkeit. Sank jedoch die Arbeitslosenquote von Türken stärker als die der Ausländer insgesamt.

In der Struktur der arbeitslosen Ausländer spiegelt

sich der niedrige Bildungsgrad der ausländischen Bevölkerung deutlich wider. Ausländer ohne berufliche Ausbildung und ohne formellen Bildungsabschluss sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. 1996 hatten 78% der arbeitslosen Ausländer keine berufliche Ausbildung abgeschlossen. Die Mehrzahl (71%) der ausländischen Arbeitslosen war zuvor als un- oder angelernte Arbeiter beschäftigt. Im Gegensatz dazu waren ausländische Facharbeiter und Angestellte seltener arbeitslos, ihr Arbeitslosigkeitsrisiko lag aber immer noch über dem deutscher Arbeitnehmer in vergleichbarer beruflicher Stellung.

Der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und späterer Stellung liegt auf der Hand. Jene, die gar keinen Bildungsabschluss haben oder im Ausland bloß die Pflichtschule abschlossen, sind in un- und angelernten Arbeiterberufen konzentriert (78% bzw. 61%). Diejenigen, die im Ausland einen höheren Bildungsabschluss erwarben, sind zwar ebenfalls relativ häufig als angelernte Arbeiter tätig (51%), etlichen von ihnen gelang jedoch der Aufstieg in

Abbildung 21: Arbeitslosenquoten (Westdeutschland), 1980-97, in %



Angestelltenberufe (31%). Auch ausländische Beschäftigte, die in Deutschland einen Hauptschulabschluss erwarben, sind heute vor allem in Arbeiterberufen tätig (74%). Im Vergleich zu Deutschen mit Hauptschulabschluss sind Ausländer öfter als angelernte Arbeiter und seltener als mittlere und höhere Angestellte tätig. Ausländische Beschäftigte mit Mittlerer Reife erreichen seltener mittlere und höhere Angestelltenpositionen und sind häufiger in un- und angelernten Arbeiterberufen zu finden Deutsche mit gleichem Bildungsgrad hingegen kaum. Eine günstigere Verteilung über die berufliche Hierarchie zeigt sich bei der kleinen Gruppe von Ausländern, die über Abitur verfügen. Sie sind sogar etwas häufiger in mittleren und höheren Angestelltenpositionen als dies bei Deutschen der Fall ist. Allerdings sind sie weitaus seltener selbständig als Deutsche dieser Bildungsschicht. Allgemein belegen die Analysen, dass ausländische Beschäftigte bei gleichem Bildungsgrad, mit Ausnahme von Ausländern mit Abitur, nicht so leicht in Angestelltenpositionen gelangen wie deutsche Arbeitnehmer.

Wir können davon ausgehen, dass neben der Ausbildung vor allem die Kenntnis der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen bildet. Das berufliche Fortkommen ist jedoch nicht nur von individuellen Fähigkeiten, sondern auch von sozialen Netzwerken abhängig.

3. Europäische Struktur- und Kohäsionspolitik in Deutschland

3.1. Die gemeinschaftlichen Strukturfonds (2000-2006)

Zwischen den ökonomischen Spitzenreitern und den wirtschaftsschwachen Regionen der Europäischen Union besteht ein großes wirtschaftliches Gefälle. Dieses Gefälle abzubauen, ist ureigenste Aufgabe der EU-Strukturpolitik. Zu den strukturschwachen Regionen in Deutschland gehören große Gebiete der neuen Bundesländer (Gebiet der ehemaligen DDR), die von der Strukturfondsförderung der EU profitieren.

In Artikel 158 des EG-Vertrages setzt es sich die Gemeinschaft zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen (einschl. des Rückstands der am meisten benachteiligten Gebiete) zu verringern.

Die EU versteht sich als Solidargemeinschaft, in der wohlhabendere Staaten und Regionen den anderen helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Finanzielle Unterstützung leistet die EU durch Mittel aus den Strukturfonds und mehr als 200 Förderprogrammen. Strukturfonds tragen durch Investitionen in Infrastruktur- und Ausbildungsvorhaben in den

weniger wohlhabenden Regionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Entwicklung bei.

Auf der Tagung des Europäischen Rates von Berlin am 24. und 25. März 1999 haben die Staats- und Regierungschefs eine politische Einigung über die Agenda 2000 erzielt. Dieses Aktionsprogramm bildet den Bezugsrahmen für die Politiken der Europäischen Union im Zeitraum 2000-2006.

Was die Strukturfonds betrifft, so soll deren Wirksamkeit gemäß dieser Einigung durch eine stärkere thematische und geographische Konzentration erhöht werden. Des Weiteren war der Rat der Ansicht, die Union könne, indem sie für die Strukturfonds im Zeitraum 2000-2006 insgesamt 195 Mrd. EUR bereitstellt, ihre globalen Anstrengungen zugunsten des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts aufrechterhalten. Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments wurden die neuen Strukturfondsverordnungen vom Rat am 21. Juni 1999 formell erlassen.

Deutschland werden für den Zeitraum 2000-2006 im Rahmen der gemeinschaftlichen Regionalpolitik Mittel im Betrag von insgesamt 29,764 Mrd. EUR (58,213 Mrd. DEM) zur Verfügung gestellt gegenüber 22,317 Mrd. EUR im Zeitraum 1994-1999, d.h. eine Erhöhung um mehr als 33%.

3.1.1 Instrumente

Die Strukturfonds der EU umfassen die folgenden 4 Instrumente:

- a) Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE): Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung dient in erster Linie der Förderung von Regionen mit wirtschaftlichem Aufholbedarf. Gefördert werden Investitionen zur Schaffung und Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze sowie Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur. Zudem soll das Entwicklungspotential der Regionen durch die Unterstützung lokaler Initiativen vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) verbessert werden.
- b) Der Europäische Sozialfonds (ESF): Hauptaufgabe des Europäischen Sozialfonds ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Entwicklung beruflicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Qualifikationen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen werden daher ebenso unterstützt wie die berufliche Bildung und Umschulung von Personen, denen der Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt droht. Weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt.
- c) Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft / Abteilung Ausrichtung (EAGFL/A): Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, unterstützt die Anpassung der Agrarstrukturen in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und fördert die Entwicklung des ländlichen Raumes. Er vergibt Investitionshilfen zur Senkung der Produktionskosten und Steigerung der Effizienz der Betriebe sowie zur besseren Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse. Weiterhin unterstützt der EAGFL-A die Verbesserung der

ländlichen Infrastruktur, die Sanierung der Dörfer sowie die Entwicklung des Fremdenverkehrs und des Handwerks.

- d) Das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF): Das Finanzierungsinstrument für die Ausrichtung der Fischerei gewährt Zuschüsse für die Finanzierung von Investitionen zur Umstrukturierung und Modernisierung der Fischereiflotte sowie zur Verbesserung der Vermarktungs- und Verarbeitungsbedingungen.

3.1.2 Unterscheidung nach 3 Zielfeldern

Um das neue Programmplanungsverfahren für die Strukturhilfen einzuleiten, erließ die Kommission am 1. Juli 1999 eine Reihe von Entscheidungen zur Durchführung der neuen Regelung. Auf finanzieller Ebene wurden die Haushaltsmittel festgelegt, die den einzelnen Mitgliedstaaten für jedes der drei vorrangigen Ziele zur Verfügung gestellt werden: Ziel 1 (Regionen mit Entwicklungsrückstand), Ziel 2 (in Umstellung befindliche Gebiete) und Ziel 3 (Bildung, Ausbildung und Beschäftigung). Auf geographischer Ebene wurden das Verzeichnis der im Zeitraum 2000-2006 unter Ziel 1 fallenden Regionen sowie die Bevölkerungshöchstgrenzen für die Ziel-2-Gebiete festgelegt.

a) Ziel 1: Regionen mit Entwicklungsrückstand

Es fördert die Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit besonderem Entwicklungsrückstand. Unter Ziel 1 fallen Regionen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt.

In Deutschland bleiben für den Zeitraum 2000-2006 unter dem Ziel 1 die fünf neuen Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) förderfähig. Dahingegen ist Ostberlin, das während des Zeitraums 1994-1999 als Ziel 1 förderfähig war, seit dem 1. Januar 2000 nicht mehr unter dem Ziel 1 förderfähig, da das Niveau des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner höher als 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts ist. Dieses Gebiet wird jedoch von einer Übergangsunterstützung bis zum Jahr 2005 profitieren.

Der Finanzierungsrahmen 2000-2006 für das Ziel 1 beläuft sich auf 19,958 Milliarden EUR gegenüber 14,866 Milliarden EUR für den Zeitraum 1994-1999. Dieser Rahmen setzt sich aus zwei Teilen zusammen:

- 19,229 Milliarden EUR für die fünf Länder;
- 0,729 Milliarden EUR für Ostberlin als Übergangsunterstützung.

Innerhalb dieser zwei Teile ist es die Zuständigkeit der nationalen Behörden die einzelnen Kredite zwischen den verschiedenen Regionen zu verteilen.

b) Ziel 2: In Umstellung befindliche Gebiete

Es fördert die wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen. Im Zeitraum 2000-2006 wird zwischen vier Arten von Gebieten mit Strukturproblemen unterschieden: Industriegebiete, ländliche Gebiete, städtische Gebiete und von der Fischerei abhängige Gebiete. Es fasst die Ziele 2 und 5b des Zeitraums 1994-1999 zusammen.

Am 1. Juli 1999 setzte die Kommission für jeden betroffenen Mitgliedstaat eine Bevölkerungshöchstgrenze für Ziel 2 fest. Im Falle von Deutschland beläuft sich diese Höchstgrenze auf 10,296 Mio. Einwohner, das sind 13% der deutschen Gesamtbevölkerung.

Die Aufteilung der Ziel-2-Mittel auf die Mitgliedstaaten erfolgte ausschließlich anhand der förderfähigen Bevölkerung. Mit anderen Worten wird jeder Einwohner eines förderfähigen Gebiets einen identischen Unterstützungssatz in Höhe von jährlich 41,4 Mrd. EUR (zu Preisen von 1999) erhalten.

In diesem Rahmen wurden Deutschland Mittel im Betrag von 3,510 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Diese Mittelausstattung gliedert sich in zwei Teilbeträge:

- 2,984 Mrd. EUR für die unter Ziel 2 fallenden Gebiete,
- 526 Mio. EUR als Übergangsunterstützung (für diejenigen Gebiete, die 1994-1999 unter die Ziele 2 und 5b fielen, im laufenden Programmplanungszeitraum aber im Rahmen von Ziel 2 nicht mehr förderfähig sind).

c) Ziel 3: Bildung, Ausbildung und Beschäftigung

Es fördert die Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme. Es fasst die ehemaligen Ziele 3 und 4 zusammen und geht auf den neuen Beschäftigungstitel im Vertrag von Amsterdam zurück. Im Rahmen von Ziel 3 können im ganzen Gebiet der Europäischen Union mit Ausnahme der unter Ziel 1 fallenden Gebiete keine Interventionen durchgeführt werden. Dies bedeutet, dass es für Ziel 3 keine spezifische Gebietseinteilung gibt.

Für den Zeitraum 2000-2006 stehen Deutschland im Rahmen von Ziel 3 Mittel im Betrag von 4,581 Mrd. EUR zur Verfügung gegenüber 2,115 Mrd. EUR im Zeitraum 1994-1999.

Die einzelnen Förderinstrumente stehen nicht in allen Zielregionen zur Verfügung; nur EFRE-Mittel können in allen Zielregionen eingesetzt werden. Im Detail vermittelt die folgende Tabelle einen Überblick.

Tabelle : Förderinstrumente nach Zielregionen

Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3
EFRE	EFRE	ESF

ESF	ESF	
EGAFL		
FIAF		

3.1.3 Besonderheiten beim Instrument FIAF - Fischerei

FIAF, das Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei, finanziert Begleitmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik. In den Regionen, die unter dem Ziel 1 förderfähig sind, sind die Finanzierungen durch den FIAF in die anderen Fonds der Programme für Regionalentwicklung integriert. In den Gebieten, die außerhalb der Ziel-1-Regionen liegen wird ein Finanzierungsrahmen von 107 Millionen EUR durch FIAF in Deutschland gewährt, um Maßnahmen während des Zeitraums 2000-2006 zu finanzieren.

3.1.4 Träger der europäischen Regionalpolitik

Von den Kommunen vor Ort bis zur Europäischen Kommission sind die unterschiedlichen staatlichen Institutionen beteiligt, wenn es darum geht, die europäische Regionalpolitik zu planen und umzusetzen. In Staaten mit einer föderalen Struktur wie Deutschland haben die Länder zudem eine spezifische Aufgabe. Die folgende Darstellung orientiert sich am Beispiel Deutschlands.

Bevor seitens der EU ein bestimmtes Förderprogramm überhaupt realisiert werden kann, muss es von der aktuell noch entscheidenden gesetzgeberischer Instanz der EU dem Ministerrat förmlich beschlossen werden. Davor liegen Anregungen für zukünftige Förderprogramme, die zum Teil von den Ländern ausgehen über die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten oder Mitglieder des Europäischen Parlamentes an die Europäische Kommission herangetragen werden.

Wenn dann ein spezifisches Förderprogramm der EU förmlich beschlossen wurde, sind damit auch die Grundregeln sowie die Haushaltsmittel festgelegt. Die Europäische Kommission legt dann die einschlägigen Kontrollsysteme fest und überwacht die Einhaltung der Regeln.

Jeder Mitgliedsstaat entwickelt sodann auf der Grundlage der von der EU bestimmten Grundregeln seine nationalen Programme für das betreffende europäische Förderprogramm. Dabei sind die Länder zu beteiligen.

Die Antragstellung für die Finanzierung konkreten Projekte aus dem EU-Förderprogramm erfolgt durch die Kommunen. Die Genehmigung eines Projektes erfolgt durch das Land. Dieses kontrolliert auch die ordnungsgemäße Durchführung des genehmigten Projektes.

3.2. Förderkonzept für Ziel 1-Regionen in Deutschland

Am 19. Juni 2000 billigte die Europäische Kommission das Gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK) für die neuen Bundesländer als Ziel 1 Gebiete für den Zeitraum 2000 - 2006. Im GFK ist ein Finanzrahmen von ca. 20 Mrd. Euro aus den EU - Strukturfonds festgelegt. Das Gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK), in dem Förderschwerpunkte, finanzielle Mittel und Investitionsformen festgelegt werden, erstellt die Europäische Kommission in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Das Gemeinschaftliche Förderkonzept bildet die Basis für Operationelle Programme (OP), mit deren Hilfe die Projekte durch regionale und lokale Partner abgewickelt werden. Die Strukturhilfe wird nur "komplementär" gewährt: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen mindestens 25 Prozent, in der Regel aber die Hälfte der Projektmittel selbst aufbringen. Die Gelder des GFK verteilen sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Schwerpunkt: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit - 4,0 Mrd. Euro: Es geht hier um die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), durch Investitionen in Betriebsstätten und Ausbildungsstätten. Die Maßnahmen beziehen sich vor allem auf:

- Förderung der Informationsgesellschaft,
- Forschung und technologische Entwicklung,
- spezielle Maßnahmen für KMU.

2. Schwerpunkt: Infrastrukturmaßnahmen - 5,7 Mrd. Euro: Es geht hier insbesondere um

- Investition in wirtschaftsnahe Infrastruktur für Forschung und Entwicklung,
- Einrichtung zur Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Maßnahmen zugunsten innerstädtischer Bereiche und Verkehrsinfrastruktur mit regionaler oder lokaler Bedeutung,

3. Schwerpunkt: Schutz und Verbesserung der Umwelt - 1,47 Mrd. Euro: Die wesentlichen Maßnahmen beziehen sich auf:

- Wasser und Abwasserbehandlungen,
- Luftreinhaltung und Energieeffizienz,
- Abfallvermeidung, -verwertung und -beseitigung,
- Revitalisierung von Industrie- und Bergbaubranchen,
- Konversionsflächen, ökologische Ausgleichsmaßnahmen.

4. Schwerpunkt: Förderung des Arbeitskräftepotenzials sowie der Chancengleichheit - 5,62 Mrd. Euro: Die wesentlichen Maßnahmen beziehen sich auf die Erreichung der folgenden Ziele:

- aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik,
- Gesellschaft ohne Ausgrenzung,
- berufliche und allgemeine Bildung,
- lebenslanges Lernen,
- Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist,
- Chancengleichheit von Frauen und Männern,
- Verfügbarkeit von lokalem Kapital für soziale Zwecke.

5. Schwerpunkt: Förderung der ländlichen Entwicklung und der Fischerei - 3,5 Mrd. Euro. Die wichtigsten Gegenstandsbereiche sind dabei:

- Verbesserung der Agrarstrukturen,
- ländliche Entwicklung,
- Fischerei,
- technische Hilfen für die Umsetzung (368 Mio. Euro).

3.3 Gemeinschaftsinitiativen

Über die unter 1. dargestellten europäischen Strukturfonds hinaus stellt die EU im Zeitraum 2000-2006 Förderprogramme im Rahmen von vier Gemeinschaftsinitiativen bereit:

- INTERREG: Grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer ausgewogenen und harmonischen Entwicklung des gemeinschaftlichen Raums;
- URBAN: Wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung der krisenbetroffenen Städte zur Förderung einer dauerhaften Städteentwicklung;
- LEADER: Entwicklung des ländlichen Raums;
- EQUAL: Transnationale Zusammenarbeit zur Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt.

Im Zeitraum 2000-2006 werden Deutschland Mittel im Betrag von 1,608 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Auf die einzelnen Initiativen entfallen jeweils folgende Beträge:

INTERREG	737 Mio. EUR
EQUAL	484 Mio. EUR
LEADER	247 Mio. EUR
URBAN	140 Mio. EUR

3.4 Förderung aus EU-Strukturfonds am Beispiel des Landes Brandenburg

In den Jahren 1991 bis 1993 hat Brandenburg als ein kleines Land (2,6 Mill. Einwohner) der 16 Länder Deutschlands ca. 800 Mio. DM (ca. 410,2 Mill. Euro) an Fördergeldern aus den EU-Strukturfonds erhalten. In den folgenden fünf Jahren kamen nochmals ca. 5000 Mill. DM (ca. 2600 Mill. Euro); darunter 1250 Mill. Euro aus EFRE, 650 Mill. Euro aus ESF und 700 Mill. Euro aus EAGFL-A. Für die Förderperiode 2000 bis 2006 wird Brandenburg als Ziel 1 – Region Strukturfondsmittel sowie Gelder aus den Gemeinschaftsinitiativen INRTERREG III (A, B und C), URBAN II, Leader + und EQUAL.

Beispiele des erfolgreichen Einsatzes von EU-Strukturfonds in Brandenburg sind:

- Restaurierung der Burg Ziesar mit Geldern aus EFRE,
- Finanzierung vieler Arbeitsmarktprojekte aus ESF,
- Bau eines Oder-Neiße-Radweges mit Hilfe von INTERREG III,
- Gestaltung der Innenstadt von Luckenwalde mit Geldern aus URBAN II,
- Anlage von Erholungsflächen im Naturpark Uckermark sowie in der Region Spreewahl mit Hilfe von LEADER +,
- Herausgabe eines „good experience handbook mit Hilfe von EQUAL.

Ein besonders hervorzuhebendes Projekt ist das Collegium Polonicum. Von den Gesamtkosten in Höhe von 48 Mill. Euro hat die Förderung durch die EU 8,85 Mill. Euro übernommen. Das Collegium Polonicum bildet eine neue Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Lehre. Es wird in gemeinsamer Verantwortung von der Republik Polen und dem Land Brandenburg getragen. Es ist eine gemeinsame wissenschaftliche Einrichtung der Europa-Universität Frankfurt/Oder und der Adam-Mickiewicz-Universität Pozan (siehe <http://www.cp.euv-frankfurt-o.de/>).

3.5 Zukunft der EU-Förderpolitik

3.5.1 Veränderte Bedingungen nach dem Beitritt von 10 Staaten

Die Erweiterung der Union um 10 mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) sowie Zypern wird angesichts des erheblichen Entwicklungsrückstands, den die Regionen dieser Länder gegenüber den 15 bisherigen Mitgliedstaaten aufweisen, große Probleme in Bezug auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt mit sich bringen. Die EU mit der Erweiterung noch heterogener geworden, dies wird zu gewissen strukturellen Anpassungsproblemen führen und eine angemessene Reaktion seitens der EU erfordern.

Europäische Kommission hat am 14.7.2004 ihre Vorschläge für die neuen Strukturfondsverordnungen vorgelegt und sollen für die Förderperiode 2007-2013 gelten. Die Regionalpolitik muss sich ab 2007 um die Herausforderungen kümmern, die durch die Erweiterung am 1.5.2004 entstanden sind. Die Strukturfonds sollen in Zukunft Europa zu der wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasiertesten Wirtschaftsregion der Welt machen.

Für 2007-2013 plant die Kommission eine Aufstockung der Mittel auf 336200 Mill. Euro. Zum Vergleich betrug das Finanzvolumen 2000-2006 rund 213000 Mill. Euro; damit ist eine Steigerung um 63 Prozent vorgesehen. Zugleich sollen aber Reformen unternommen werden, um vor allem den Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Regionen der neuen Mitgliedsstaaten möglichst schnell anzugleichen. Im einzelnen hat die Europäische Kommission insbesondere vorgeschlagen:

1. Konzentration der Mittel auf die Regionen und Probleme mit den größten Bedarf und Reduzierung der Ziele und Fonds auf jeweils drei
2. Konzentration auf drei Prioritäten
 - Konvergenz
 - Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
 - Europäische territoriale Zusammenarbeit
3. Die vier Gemeinschaftsinitiativen entfallen und gehen in die Strukturfonds auf.

Für die Realisierung des anstehenden Reformprozesses sind folgende Schritte und ihre zeitliche Abfolge vorgesehen (Stand Ende 2004):

- Ab Juli 2004: Debatte in den Mitgliedstaaten, im Ministerrat und im Europäischem Parlament,
- Ende Juli 2005: Entscheidung des Rates und des Europäischen Parlaments,
- 2006: Vorbereitung der Programme für den Zeitraum 2007 – 2013,
- 1.1.2007: Beginn der neuen Förderperiode.

3.5.2 Auswirkungen auf Deutschland am Beispiel Brandenburg

Mit der Erweiterung steigt die Zahl der Ziel 1-Regionen. Der Entwicklungsabstand der Regionen vergrößert sich. Der Durchschnitt der Ziel 1-Regionen bis 2004 beträgt 69 % des EU-BIP. In den neuen Mitgliedstaaten liegt er bei 46 %. Daraus wird sich unweigerlich die Folge ergeben, dass durch die Erweiterung das BIP der aktuellen Ziel 1 - Regionen Deutschlands rechnerisch im Vergleich zu den wirtschaftlich schwächeren neuen Mitgliedern auf über 75% des EU-BIP verändert (so genannter statistischer Effekt).

In der Konsequenz wird es ab 2007 Regionen geben, deren BIP unter der 75 %-Grenze der ehemals 15 EU-Staaten, aber über dieser Grenze der jetzigen 25 EU-Staaten liegen wird. Somit hat sich in den betreffenden Regionen das BIP nicht geändert, jedoch ihre Einstufung als Förderregion, die sich dann benachteiligt fühlt.

In Deutschland wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit nach 2007 keine Ziel 1-Förderung mehr geben. Deshalb werden alternative Förderprogramme für die weiterhin strukturschwachen Regionen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Regionen der EU 15-Staaten, die bislang als Ziel 1 - Regionen eingestuft sind. Im Land Brandenburg, das bislang als eine Region betrachtet wird, die zum Ziel 1-Gebiet zählt, erwägt man, das Gebiet in mindestens zwei Regionen zu unterteilen. Das Gebiet im Nordosten Brandenburgs hat ein so geringes BIP, dass es auch 2007 unterhalb der 75 % - Grenze der 25 EU-Staaten liegen wird und dann als weiterhin förderungswürdig für die EU-Strukturfonds gelten würde.

6.4 Länderbericht Niederlande

Die Kohäsionspolitik der EU und die Niederlande

Ab 2007 wird die Kohäsionspolitik der Europäischen Union verstärkt den neuen Beitrittsländern beachten. Um zu verstehen wie das auswirkt auf die Lage der Niederlande, wird erst einen kurzen Überblick der niederländische Staatsaufbau präsentiert. Anschließend wird die eigene Regionalpolitik der Niederlanden erläutert und wird die Verknüpfung mit der Kohäsionspolitik der Union erklärt. Abgeschlossen wird mit die Einschätzung der Lage ab 2007.

Staatsaufbau

Die Niederlande ist ein dezentraler Einheitsstaat. In die Niederlande gibt es keine Regionen in eigentlichem Sinne. Die Verwaltung kennt drei Ebene. Auf National- oder Staatsebene werden vornehmlich legislative und exekutive Aufgaben vorgefunden. Die nächste Ebene ist die der Provinzen. Die Niederlanden zählt zwölf Provinzen, die in diesem Moment vorwiegend Koordinations- und Aufsichtaufgaben haben Richtung Gemeinden. Die gemeindlichen Aufgaben werden zum größten Teil im Ausführungsbereich vorgefunden, als eigene autonome Aufgaben oder als staatliche Auftragsaufgaben.

In die letzte Jahrzehnten hat es mehreren Versuchen gegeben um wenigstens ein Teil der gemeindlichen Aufgaben zu Regionalisieren. Die Diskussion bewegt sich zwischen mehr Kompetenzen auf Provinzebene und geteilte Aufgaben in regionale Gemeindeverbände. Bis jetzt hat die Diskussion noch nicht geendet. In der Praxis gibt es zwei Ansätze zur Regionalisierung von Aufgaben: Zweckverbände, eine alte Form um Aufgaben zusammen zu bewältigen, und verschiedene städtische Regionsverbände.

Planung und Strategiebildung

Planung und Strategiebildung verlaufen ebenso wie das Ausführen von Aufgaben auf drei Ebenen. Auf Staatsebene werden Planung und Strategiebildung auf Hauptlinien vorgenommen im Bereich von Raumplanung und Wirtschaft. Wenn es aber geht um Projekte mit nationaler Bedeutung wird Planung auch in Detail und verbindlich vorgenommen. Im Sozialbereich (Gesundheitswesen und Sozialsicherheit) ist die Planung meistens detailliert. Gemeinde führen aus, aber binnen ziemlich strikte Regeln. Es besteht die Tendenz um die Regeln weniger strikt zu machen um die Gemeinden mehr Freiheit zu geben um Maßnahmen mehr auf ihren eigene Situation zu zuschneiden.

Auf Provinzebene gibt es nur in bestimmte Bereiche Planungs- und Strategieaufgaben. Die Aufgaben im Bereich Raumplanung und Wirtschaft sind meistens verknüpft auf diese Ebene

und zeigen sich auf in Hauptlinienpläne die der ganzen Provinz oder Teile ihres Grundgebiets umfassen. Die Provinz hat weiterhin noch Aufgaben im Bereich Sozialer Infrastruktur, zum Beispiel Planung von Krankenhäuser und Altersheime.

Gemeinden oder gemeindeübergreifende Verbände betätigen sich mit Detailplanung in dem Bereich Raumplanung (Flachennütungsplan) sowie mit Ausführungsausgaben im Bereich Sozialsicherheit und Sozialfürsorge (zum Beispiel langfristig Arbeitslosen). Andere Sozialaufgaben sind fast ausschließlich Gemeindesache, zum Beispiel Jugendsorge oder Sozialarbeit.

Charakteristisch für die Niederlande ist, das die Ausführung von viele Aufgaben keine Verwaltungssache ist aber abläuft über private Organisationen (Stiftungen, Vereine oder selbständige Ausführungsorgane)

Finanzierung

Bei der Finanzierung von Aufgaben auf die verschiedenen Ebenen spielt der Staatebene die wichtigste Rolle. Der Staat nimmt das größte Teil der Steuergelder ein, zum Beispiel Einkommenssteuer aber auch Gewerbesteuer und ähnlichen Steuer. Die Einnahmen des Staates werden verteilt auf Provinzen und Gemeinden. Auf Gemeindeebene gibt es vier Einnahmequellen, wovon die staatliche der größte ist. Die Quellen sind:

- Gemeindefond: ein genereller Fond um die laufenden Kosten der Gemeinde (zum Beispiel ihre eigener Haushalt) sowie autonome Aufgaben zu bestreiten, verteilt anhand ein ausgewogenes System von Kriterien die auch örtliche Problemlagen berücksichtigen;
- Zweckfinanzierung: spezifische Gelder um Kosten von Auftragsausführung zu bestreiten, zum Beispiel Sozialfürsorge oder Schulwesen betreffend;
- Eigene Steuer und Gebühren: die Einnahmen sind beschränkt und bestehen zum größtem Teil aus Grundsteuer;
- Vermögensverwaltung.

Die Tendenz bei staatlicher Finanzierung ist die Gemeinden mehr Autonomie zu verschaffen in die Art und Weise um die Gelder einzusetzen. Die Mittel werden auf die eine Hand von Zweckfinanzierung verlagert auf dem Gemeindefond. Die Aufgaben bleiben, aber Gemeinden haben mehr Freiheit um den Einsatz der Mittel selber zu bestimmen. Auf andere Hand werden Mittel im Rahmen von Zweckfinanzierung immer öfter zugewiesen aufgrund Leistungskontrakte.

Regionalpolitik

Gebietsorientierte Programme

Die Niederlanden hatten und haben, manchmal auch ohne zusätzliche Mittel der Europäischen Regionalpolitik, eigene Formen von Regionalpolitik. Die erste Beispiele von nationaler Unterstützung gab es schon in den Jahren sechzig und siebzig für die sogenannten Umwandlungsgebiete, zum Beispiel das Bergbauggebiet in dem Süden des Landes und in landwirtschaftliche Gebiete. Gebietsorientiert vorgehen wird in den letzten Jahren immer wichtiger, da nationsbreiten Lösungen nicht mehr als hinreichend angesehen werden. In diesem Moment sind drei Programme am wichtigsten:

- ROM-Gebiete: Es geht um Gebiete, wo neue Vorgehensweisen entwickelt werden um Wirtschaft, Raumplanung und Umwelt zu verknüpfen und ins Gleichgewicht zu bringen.
- Wertvolle Kulturlandschaften: Die Niederlande hat eine lange Geschichte bei dem Kultivieren ihres Grundgebietes. Um die Errungenschaften dieses bemühen nicht zu verlieren werden Gebiete, die eine große kultureller oder landschaftlicher Bedeutung haben, unterstützt um dieser Errungenschaft ins Gleichgewicht zu bringen mit wirtschaftlicher Entwicklung.
- Mainports: Das Hafengebiet Rotterdams und die Flughafen van Schiphol (Amsterdam) werden betrachtet als Antreiber der nationalen Wirtschaft und werden aus diesem Gesichtspunkt unterstützt in ihre Beständigkeit und Weiterentwicklung.

Thematisch orientierte Programme

Neben der gebietsorientierten Programme gibt es auch thematisch orientierten Programme.

Die zwei wichtigste sind:

- Großstadtpolitik (GSB): Um die charakteristischen Probleme von Grosstädten zu bewältigen gibt es in die Niederlande ein Programm das sich speziell hierauf richtet. Jeweils mit ihren eigenen Programme, arbeiten 30 Städte zusammen.
- ISV: Das ISV Programm (umfassende städtische Erneuerung) bezieht auf die physischen Voraussetzungen für Wohnen, Umwelt und Soziale Einrichtungen. Für die Grosstädte ist das Programm miteingebunden in die Grosstadtpolitik. Andere Gemeinden machen ihr eigenen Pläne.

Beide Programme haben zwei gemeinsame Merkmale. Beide basieren sich auf Leistungskontrakte zwischen den Staat und Gemeinden (oder die Provinz bei kleinen Gemeinden). Wenn die Zielsetzungen nicht erreicht werden, hat der Staat die Möglichkeit um Gelder zurück zu fordern. Beide Programme sind umfassend. In die Pläne müssen drei

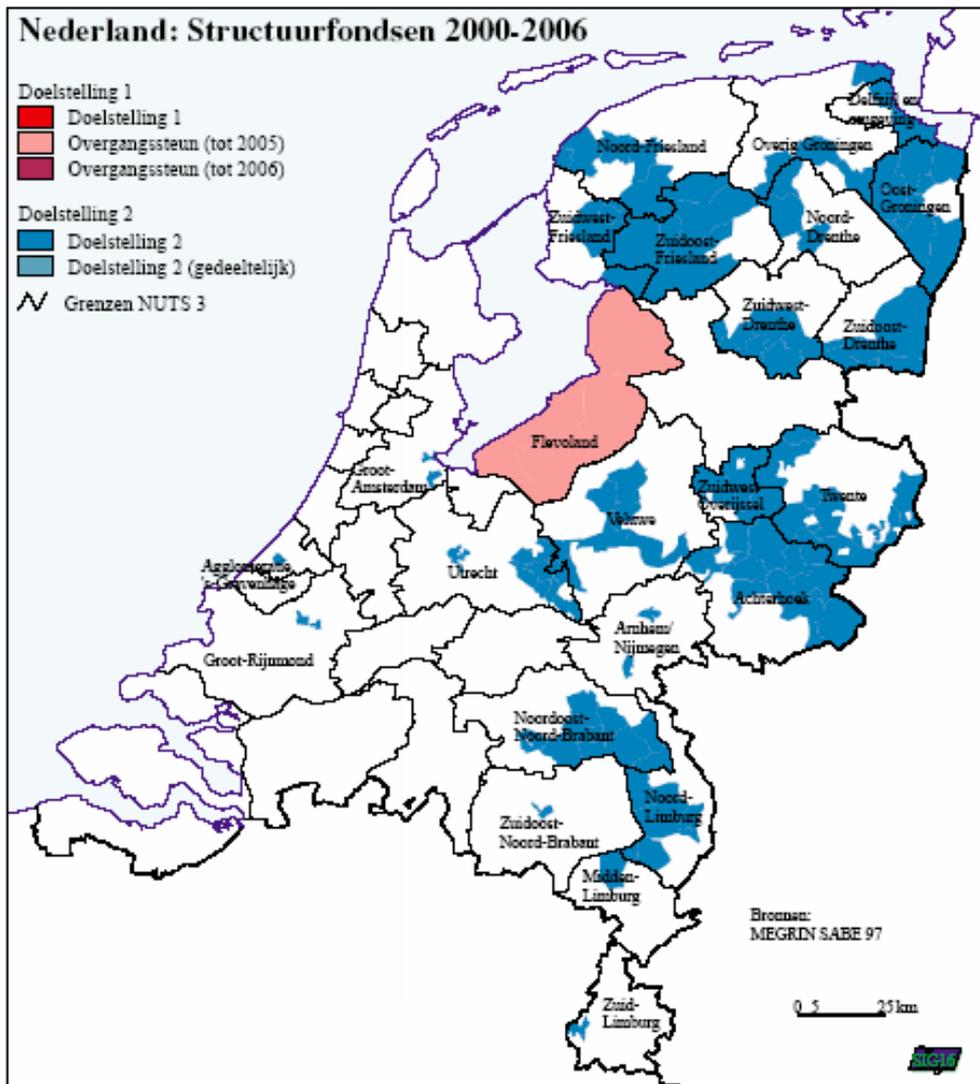
sogenannte Pfeiler (einem räumlichen, einem wirtschaftlichen und einem sozialen), in Zusammenhang mit einander, berücksichtigt werden.

Regionalpolitik und Kohäsion

Die Regionalpolitik der Niederlande hat Verbindungen zu der Kohäsionspolitik der Gemeinschaft auf zwei Ebene: dem zweiten Pfeiler (indirekte Unterstützung) der Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft und Strukturfonds sowie kommunautaire Initiative. In diesem Bericht werden die kommunautaire Initiative aber nicht vorgeführt, dies geschieht in dem studentischen Beitrag.

Zweitem Pfeiler der Landwirtschaftspolitik

Für ländliche oder landwirtschaftliche Gebiete wird POP eingesetzt, ein Landwirtschaftsentwicklungsprogramm finanziert von dem zweiten Pfeiler (indirekte Unterstützung) der Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft. Das Programm wird ausgeführt in Zusammenarbeit zwischen Staat und Provinzen, im Rahmen der gebietsorientierten Politik. Das Ziel ist ein dauerhaftes Gleichgewicht zu erreichen bei Förderung des Tourismus, Diversifikation von wirtschaftlichen Träger und Lebbarkeit (soziale Infrastruktur), zwischen die unterschiedliche Funktionen von Landwirtschaft, Natur und Landschaft. Das Programm ist vorwiegend ein Bestandteil von Regelungen des Ministeriums von Landwirtschaft, Natur und Fischerei.



Strukturfonds

Ziel 1 (EFRO, ESF, EOGFL-O, FIOV): Entwicklung und Strukturelle Umwandlung von Regionen mit einem schweren Entwicklungsrückstand

In den Niederlanden gibt es nur eine Region unter Ziel 1, Flevoland. Die Unterstützung fällt aber weg nach 2005.

Ziel 2 (EFRO): wirtschaftliche und soziale Umschaltung von Gebiete mit eine beträchtliche Entwicklungsrückstand, es geht um 1) Industrie und Dienstleistungsgebiete 2) Landwirtschaftliche gebiete oder 3) städtische Bereiche

Mehrere landwirtschaftliche Gebiete kommen in Betracht für Ziel 2. Es gilt aber das die Gebiete die im Rahmen POP europäische Gelder bekommen nicht Ziel 2 Gebiete sind, weil POP vor EFRO geht unter die Staatsreglungen. Für Ziel 2 Gebiete sind die Provinzen die ausführende Behörde. Es geht vorwiegend um intensiver Viehzuchtgebiete.

Für die Unterstützung von den Großstädten, in Rahmen Ziel 2, ist das Innenministerium zuständig. Als Kriterien gelten: viele langfristige Arbeitslosen sowie niedriges Einkommen per Haushalt. Jeder Euro EU-Mittel muss co-finanziert werden, aus eigenem Mittel (private oder öffentliche) oder Mittel aus der nationalen Großstadtpolitik.

Ziel (ESF) 3: Staatsdeckend, die D1 Gebiete ausgeschlossen, aktive Beschäftigungspolitik zur Bestreitung von Arbeitslosigkeit und zur Förderung lebenslange Bildung

Das Ministerium für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung hat für die Maßnahmen in Ziel 3 Bereich ein Subventionsrahmen gebildet für alle Gelder. Die Anträge sind vorwiegend Gemeinden, Betriebssektoren und dem Ausführungsorgan Arbeitnehmersicherungen. Die Projekte beinhalten vorwiegend Bildungs- und Zuleitungsmaßnahmen sowie die Schaffung von neuer Arbeitsplätze.

Kohäsion ab 2007

Für die Kohäsionspolitik ab 2007 sieht der Union vor, in Übereinstimmung mit den Verträge von Lissabon und Gotenburg, eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wissenswirtschaft sowie optimaler Beschäftigung nach zu streben. Der Fokus liegt auf die wenigsten begünstigten Regionen. Also, auch Regionen aus relativ wohlhabende Staaten kommen im Betracht. Zusätzlich wird Dezentralisierung der Beschlussnamekompetenz, in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip, vorgesehen und wird Transparenz in de Beschlussnahme angestrebt. Programme werden sowohl ex ante als post hoc ausgewertet und eine schlechte post hoc Bewertung könnte heißen das Geld zurück gefordert wird.

Die Kohäsionspolitik wird drei Zielbereiche umfassen:

- Ziel 1: Konvergenz (EFRE, ESF, Kohäsionsfond)
- Ziel 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (EFRE, ESF)
- Ziel 3: Territoriale Zusammenwirkung (EFRE)

In der Niederlande gibt es unterschiedliche Positionen was die Vorhaben von der Europäische Kommission, im Bezug auf die neue Kohäsionspolitik, betrifft.

Die Regierung unterschreibt die Voraussetzungen und Ziele der Kommission. Die Kohäsionsgelder sollen vorwiegend zu den Beitrittsländern gehen. Unterstützung muss auf Staatsebene geschehen und nicht auf Regionsebene. Die jeweilige konkreten Programme, die mit europäischen Gelder finanziert werden, sind Nationalsache.

Die Provinzen und Gemeinden, wenigstens deren Interessenverbände unterschreiben auch die Voraussetzungen und Ziele. Sie sind aber die Meinung zugetan dass die heutige Struktur, mit mehr oder weniger der selben finanziellen Mittel, behalten bleiben muss. Gelder sollen

jeweilige Regionen zugewiesen worden, auch in ziemlich wohlhabende Staaten, und die Beschlussfassung muss weiter dezentralisiert werden.

Beide Positionen werden argumentiert mit etwas verschiedene Gründe, aber Geld ist dem vorwiegenden Trieb. Die Stellungnahme der Regierung ruht, zusätzlich, auch auf die Voraussetzung, das nach dem Beitritt, die interne unterschiede der wirtschaftliche Entwicklung der Regionen binnen ein Staat kleiner sind als die zwischen Staaten.

Die Folgen für die Niederlande sind unter die heutigen Kriterien, dass das einzige Ziel 1 Gebiet, Flevoland, keine Mittel mehr bekommen wird. Im Allgemeinen wird es so sein, dass die Mittel geringer werden. Wie viel, ist eine Sache von weitere Verhandlungen.

Die Kohäsionspolitik der Niederlande

Da die Kohäsionspolitik der Niederlande sehr umfangreich ist, möchten wir uns nur auf folgende Punkte näher eingehen:

- Ökonomische Kohäsionspolitik
- Soziale Kohäsionspolitik
- Soziale Infrastruktur

1.Ökonomische Kohäsionspolitik

Allgemeines Ziel

Die Förderung einer gut funktionierenden Wirtschaft und Markt in den Niederlanden und Europa und Stimulierung der Ökonomischen Integration in Europa.

Allgemeine Ziele

A. Optimaler Strategie und Beschlussfassung zur dem Strukturellen ökonomischer Erweiterung Wachstums der Niederlande.

Strukturellem Wachstum äußert sich in vermehrten Arbeitsplätzen und in der Verbesserung der Arbeitsproduktivität. In den letzten Jahren zeigt dem strukturellen Wachstum in den Niederlanden einen negativen Trend. Um diesen Trend zu wenden, damit unseren Wohlstandsstaat weiter finanzierbar bleibt, müssen Handelshindernisse aufgehoben werden.

B. Optimaler Strategie und zur Steigerung der Konkurrenz und des Wachstums innerhalb der EU- Staaten.

Für die Steigerung der Konkurrenz und Wachstums innerhalb der EU-Staaten ist eine gut funktionierende Interne Markt ein Kernelement.

C. Stärkung der Konkurrenz das Niederländischen Markt.

Die Förderung von Konkurrenz kann einen wichtigen Beitrag zur Vergrößerung des strukturellen Wachstums liefern. Deshalb arbeitet das Ministerium für Wirtschaft an einem

Marktgleichgewicht, unter anderem durch das Einführen von Konkurrenz im öffentlichen Sektor und durch eine effektiven Wettbewerbspolitik.

D. Stärkung der Konsumentenposition.

Das Ziel der Konsumentenpolitik ist die Vergrößerung des Konsumentenwohlstands und richtet sich darauf dass Konsumenten ihre eigenen gute Wahlen machen und dass ihre Interessen vertreten werden.

Die letzte Jahren ist das dauerhafte ökonomische Wachstumspotential der Niederlande verschlechtert. Vergrößerung des dauerhaften Wachstums ist unsere größte Priorität dass die Niederlande bei der Spitze von Europa anschließen.

Sehr wichtig ist eine starke ökonomische Struktur, sowohl national und europäisch, und die Förderung von eine gut funktionierende Ökonomie, gut funktionierende Märkte und die Stimulierung von weitere ökonomische Integration binnen Europa.

Dem Politikprogramm Balkenende.

Herr Balkenende auch sehr bekannt als Harry Potter ist seit 22 Juli 2002 unser Minister-Präsident.

Die Stärkung unserer Ökonomie ist einen der Hauptziele unseres heutigen Kabinetts Balkenende. Das Kabinett hat verschiedene Maßnahmen gestartet um die Anzahl Sozialgeldempfänger zu verkleinern und die Arbeitspartizipation zu fordern.

Während den Niederländischen Vorsitz in den EU in 2004 und die ‚Follow-up‘ in 2005 hat die Niederlanden eine gute Chance sich besser zu positionieren in die EU.

Ein dauerhaftes und strukturelles ökonomisches Wachstum wird durch spezielle Aktionen gefördert. Die Follow-up Kabinetts Slogan „kies voor groei“ (Wähle für Wachstum) ist einer der vielen Aktionen. Einige Beispiele dieser Aktion sind.

1. Weniger Regeln und kürzere Prozesse
2. Fiskale Maßnahmen
3. Zulassung ausländische spezialisierten Arbeitskräfte
4. Mehr Private Investitionen in wissen und Innovation
5. Bessere Anschlüsse Berufsbildung und Wirtschaft
6. Attraktiver machen von längeren Arbeitszeiten

2. Soziale Kohäsion

Soziale Kohäsion verfolgt das Ziel, Menschen das Zusammenleben angenehmer zu machen.

Die heutige soziale Infrastruktur scheint zum Teil nicht genügend zu sein.

Besonders die Erziehung und Kinder, Bildung, Pflege für ältere Menschen und Integration von Ausländern.

Kuck mal nach Abbildung Imam mit Holzschuhe kann verbessert werden.

Die Bedürfnisse der Niederländischen Bürger haben sich im Laufe der Zeit verändert. Dieser Veränderungen fragen jetzt Anpassungen der Sozialen Infrastruktur. Moderne Haushalte können nur existieren wenn eine adäquate Infrastruktur vorhanden ist. Dieses Erkenntnis hat dazu geführt dass soziale Kohäsion sich an einer großen politischen Interesse erfreuen kann. Man Befürchtet, dass die alte Sozialpolitik zu einem Desinteresse der Bevölkerung an der Gesellschaft führen könnte.

- Seit der siebziger Jahre, sind Ehepaare und Familien in einer schwierigen Situation gelandet, im Gegensatz dazu hat die Bedeutung einer kompakt Freundeskreis stark zugenommen.
- Bürger schließen sich Organisationen an
- Die Partizipation an Politischen geschehen wird steigt an
- Es gibt keinen Rückgänge an Hilfsbereitschaft, Solidarität und gegenseitiges Vertrauen

Alle zusammen scheint die soziale Kohäsion sehr anzuschlagen.

3. Soziale Infrastruktur in den Niederlanden

Die Soziale Infrastruktur ist ein wichtiger Punkt für soziale Kohäsion.

Sozialer Infrastruktur ist wissenschaftlich nicht leicht zu erklären. Es kann umschrieben werden als formale und nicht förmlichen Rahmen um die Bürger zu beteiligen an die Gesellschaft und mit einander sozialen Beziehungen zu haben.

Eine andere Definition ist auch formale und nicht förmliche Sozialfürsorge und dessen Arrangements die Leute benötigen um die Gesellschaft zu organisieren.

Einige wichtigen Teilen der Infrastruktur sind die Vorschulen, Schule, Zentrum für Arbeit und Einkommen, Krankenhäuser und Sportbunde. Jedermann braucht diese Diensten für kürzere and längere Zeit.

In den Niederlanden ist die heutige Infrastruktur nicht in der Lage die persönliche Unterstützung vor jeder zu garantieren. Die Erneuerung der sozialen Infrastruktur ist sehr wichtig, weil sich der Bedarf der Niederländischen Bürger verändert hat.

Die Politik richtet sich im Moment sehr auf eine moderne Gesellschaft aber die Frage ist: „Ist die soziale Infrastruktur besser an die Bedürfnisse der Gesellschaft angepasst“.

Subventionsprojekte des europäischen Bindekraftgrundsatzes in der Niederlande

Im Norden der Niederlande gibt es verschiedene Projekte, die mit Subvention von der Europäischen Union finanziert worden sind.

Wir mochten gern etwas erzählen über

- Het Kompas voor het Noorden
- De Eems Dollard Regio
- De Hanse Passage

Der Kompass für den Norden

Der Kompass für den Norden ist dem räumlich-wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm von 2000 bis 2006 für die Nordniederlande. Mit diesem Programm investieren die Provinzen Groningen, Drenthe und Fryslân in Zusammenarbeit mit Kommunen und Organisationen, die zentrale Regierung und der europäische Beauftragte (comissie), in der räumlichwirtschaftlichen Entwicklung von Nordniederlande.

Dieses, weil die nordniederländische Wirtschaft sich in den vergangenen Jahrzehnten weniger als die Wirtschaft im restlichen Land entwickelt hat. Das durchschnittliche Einkommen und die Beschäftigung sind zurückgeblieben. Daher ist in 1996 ein Ausschuss von Fachleuten, unter Führung von Harry Langman beauftragt worden, zu untersuchen, wie groß der wirtschaftliche Rückstand vom Gebiet war. Um diesen Rückstand wegzuarbeiten, benötigt man fast € 2,27 Milliarden vom Staat. Einem Betrag dem auch zur Verfügung gestellt wurde und wird. Dieses Geld wird dann auch das Langmangeld genannt. In Zusammenarbeit mit dem Kabinett haben die drei nördlichen Provinzen sich vereint in die Zusammenarbeit Nordniederlande (SNN), die die Pläne für die Zukunft gemacht hat. Diese Pläne stehen in dem sogenannten Kompass für den Norden

Der Kompass für den Norden hat drei Teilprogramme:

1. Die Entwicklung wirtschaftlichen Kernsgebieten und die Verstärkung der Marktsektor
2. Investitionen in den städtischen Zentren von Nordniederlande
3. Konsolidierung und Entwicklung von eines einladendes und lebbares ländlichen Gebietes.

Jeder dieser Teilprogramme ist aufgeteilt worden in eine Reihe von Subthemen. Pro Subthema werden die Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, beschrieben. Beispiele solcher Maßnahme sind:

- Bewilligung von Investitionssubventionen an Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlichen Kernzone in Nordniederlande ansiedeln.
- Bewilligung von Investitionssubventionen an Unternehmen, die sich auf der Einrichtung leiten, die ausbreiten und zusätzlich die Verbesserung der Qualität des Tourismussektors.

Ems Dollart Region (EDR)

Die Ems Dollart Region (EDR) ist einen grenzübergreifenden Zweckverband in die nördliche Grenzregion zwischen Deutschland und die Niederlande. Die EDR verfolgt das Ziel,

Kontakte innerhalb der Grenzregion zwischen den Menschen, Unternehmen und Organisationen anzuknüpfen und zu vertiefen.

Die Ems Dollart Region (EDR) wurde 1977 gegründet mit dem Ziel die Zusammenarbeit in der deutsch-niederländischen Grenzregion zu fördern und Kontakte auszubauen. Mittlerweile gehören dem Verband insgesamt 105 Mitglieder an, die aus den niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe kommen, sowie auf deutscher Seite aus Ost-Friesland, dem Emsland und dem Cloppenburger Raum. Die Mitglieder sind öffentlich-rechtliche Organe: Gemeinden, Zusammenarbeitsverbände von Gemeinden, Samtgemeinden, Städte, Landkreise, Kamers van Koophandel, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und die Ostfriesische Landschaft.

Aktivitäten

Die EDR initiiert regelmäßig Treffen zwischen niederländischen und deutschen Instanzen in den unterschiedlichsten Bereichen. Große Aufmerksamkeit schenkt man der Verbesserung der touristischen Entwicklung der Ems-Dollart-Region.

Die EDR engagiert sich außerdem für die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten und Informationsübermittlung über die Grenze hinweg. Die Durchführung von Projekten des Programms im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A ist eine von vielen Aufgaben der EDR.

INTERREG

Einem Aufgabenbereich der EDR besteht in der Abwicklung und Betreuung von Programmen und Projekten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG. Die Ems Dollart Region ist, trotz erfolgreicher Zusammenarbeit in den vorausgegangenen Programmen (INTERREG I und II), immer noch durch eine vergleichsweise schwache Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund wurde zusammen mit den verschiedenen Organisationen und den Wirtschafts- und Sozialpartnern in der Region ein neues Programm auf der Grundlage der Leitlinien für INTERREG III A vorbereitet. Dieses Programm im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A 2000 - 2006 der Ems Dollart Region (EDR) wurde im Herbst 2001 von der Europäischen Kommission genehmigt.

Hanse Passage

Im Rahmen des INTERREG IIIC Programms der Europäischen Union (INTERREG IIIC zielt ab auf die interregionale Kooperation von regionalen Einrichtungen und die Entwicklung von Netzwerkstrukturen) ist das Projekt "Hanse Passage" im September 2003 von der EU-Kommission bewilligt worden. Insgesamt beteiligen sich 15 Regionen aus den Ländern

Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Deutschland (Niedersachsen und Bremen), Lettland und Polen.

Unter folgenden Oberthemen können Projektanträge für die Projektlaufzeit bis 2007 gestellt werden:

- Neue Formen der Verwaltung
- Stärkung der sozialökonomischen Planung
- Innovationsförderung und Entwicklung der Humanressourcen

Das Ziel der "Hanse Passage" ist die Initiierung von gemeinsamen Lernprozessen sowie die Verbesserung einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung der Standortfaktoren in den einzelnen Regionen. Diese Ziele sollen mittels Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Regionen im Rahmen verschiedener Projekte erfolgen. Mit Aktivitäten wie Konferenzen und Analysen soll der Transfer von "Best-Practice-Methoden" zur Entwicklung gemeinsamer Strategien angeregt werden.

Für den Themenschwerpunkt "Innovationsförderung" ist das Regioinstitut für die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung für sechs Themen gemeinsam mit einem Expertenkreis den 15 beteiligten Regionen verantwortlich. Des weiteren, begleitet das Regioinstitut den gesamten Prozess der Projektentwicklung über die Kooperationspartnervermittlung und inhaltliche Schwerpunktsetzung der Projektideen, die Antragsstellung, die Projektbegutachtung bis hin zur Projektdurchführung als Experte. Ferner vertritt das Regioinstitut diesen Themenschwerpunkt nach außen und berichtet und berät in den verschiedenen Gremien der "Hanse Passage" über die aktuellen Entwicklungen und Prozesse.

7. Workshopberichte

7.1 Bericht der Gruppe 1: Kohäsionspolitik und die Integration von Einwanderern – Modell einer optimalen Strategie am Beispiel der Erfahrungen in Schweden, den Niederlanden, Deutschland und Polen.



Deutschland:

Linda Bahro

Ricardo Liesig

Franziska Scherff

Maria Sidorf

Niederlande:

Umut Ak

Atty-Marije Horjus

Ellen Pasma

Polen:

Eleonara Bartczak

Marek Juskiewicz

Schweden:

Jonas Andersson

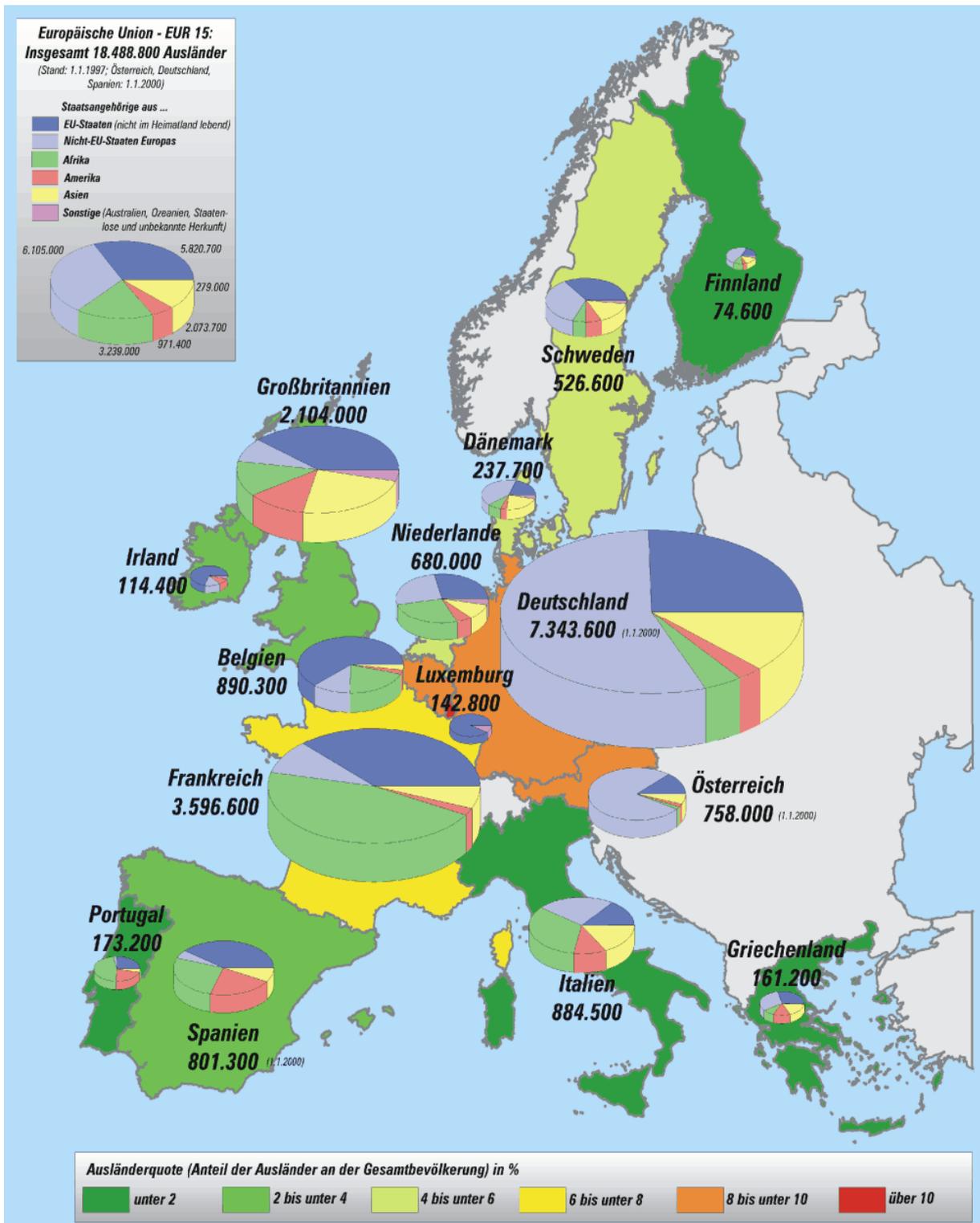
Maria Ek

Valdete Lekiqi

Emma Lhådö

Kaarin Toivonen

Ausländer in der Europäischen Union



Einleitung – Allgemeiner Teil

Europa ist ein Einwanderungskontinent mit fallenden Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und demographisch alternden Bevölkerungen. Daraus resultieren viele Zukunftsprobleme. Europa ist deshalb auf geregelte und aktiv gestaltete Einwanderung angewiesen. Die Notwendigkeit der gezielten Integration war schon den alten Römern

bewusst. Diese wendeten auf das germanische Volk, die sich im IV. und V. Jahrhundert n. Chr. im Römischen Reich niederließen, das „Hospitalitas –System“ an. Dieses System teilt den Einwanderern Land zur Bewirtschaftung zu, welches zum harmonischeren Zusammenleben zwischen den Einheimischen und den Neuankömmlingen führte. Die sich im heutigen Europa stellenden Herausforderungen mit Integration von Immigranten sind im Wesentlichen die gleichen. Es gilt Verständnis, Vertrauen und Solidarität zwischen den Einheimischen und den Immigranten aufzubauen.

In der Europäischen Union liegt die Zahl der Immigranten insgesamt bei 18,5 Mio. Menschen (Stand 2000). In den von uns repräsentierten Länder Polen, Niederlande, Schweden und Deutschland, leben ungefähr 9 Mio. Immigranten. Die sich daraus ergebenden Probleme der Integration sind jedoch von verschiedener Qualität und Dimension (zum Vergleich Immigrantenzahlen: Deutschland 7,35 Mio., Polen 500.000, Niederlande 680.000, Schweden 526.600).

Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt über eine sozial bedeutsame Entfernung verlegt, von internationaler Migration, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.

Definition Immigranten

Immigranten sind Menschen, die wegen kultureller oder materieller Probleme aus ihrer Heimat in ein anderes Land einwandern. Immigranten werden in drei verschiedene Gruppen untergliedert. Zum einen die Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge und zum anderen EU Staatsangehörige.

Deutschland

Definition Ausländer

Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche nach Art. 116 Abs.1 des Grundgesetzes²⁶ sind. Dies können zugezogene Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sein, oder auch deren Nachkommen, die im Land geboren und somit keine Migranten sind.

Probleme mit Immigranten aus deutscher Sicht

Eines der größten Probleme besteht darin, dass viele Menschen der Ansicht sind, dass Immigranten den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Weiterhin entstehen Parallelgesellschaften und damit verbundene Verständigungsprobleme zwischen den

²⁶ Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Gruppen. Dadurch fühlen sich die Deutschen überfremdet. Junge Immigranten neigen weiterhin dazu, Probleme mit Gewalt zu lösen. Die Bereitschaft zur Aggression kommt meist aus dem Elternhaus, weil die Erziehung sehr autoritär angelegt ist. Ebenso ist die Kriminalität durch die Ausländer sehr weit verbreitet und führt dadurch zu weiteren Unbehagen der Deutschen.

Probleme mit Deutschen aus Immigranten Sicht

Man darf aber nicht nur die eine Seite betrachten, denn die Immigranten haben ebenfalls Probleme. So denken die Immigranten die Deutschen wollen keinen Kontakt mit den Immigranten aufbauen und zeigen kein Verständnis für ihre Kultur. Ein weiteres Problem ist, dass Immigranten nur für Deutsche unwürdige Arbeit bekommen. Für die Immigranten ist es schwer, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen und somit stehen ihnen nicht die gleichen Rechte und Pflichten zu.

Zuwanderungsgesetz

Die Ausländer- und Asylpolitik ist für die Bundesregierung ein zentrales Thema. Am 1. Januar 2005 wird das neue, von der Bundesregierung initiierte Zuwanderungsgesetz in Kraft treten, womit die Zuwanderung sozialverträglich geregelt wird. Es begrenzt und steuert den Zuzug von Ausländern in die Bundesrepublik und berücksichtigt die humanitären Verpflichtungen Deutschlands. Seit dem 1. Januar 2000 ist außerdem in neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft getreten. Wesentlicher Eckpfeiler der Ausländerpolitik sind die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und die Steuerung des weiteren Zuzugs.

Integrationsmaßnahmen

Für die dauerhafte Integration in Gesellschaft, Staat, Schule, Arbeitsleben und Kultur sind verlässliche Rahmenbedingungen ebenso notwendig wie ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit zur Integration.

Sprachliche Integration

Die Kenntnis der deutschen Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration. Die Erlangung der deutschen Sprache in Wort und Schrift nach einheitlichen Qualitätskriterien und kontrollierten Lernzielen liegt daher im Interesse des Zuwanderers, aber auch des Aufnahmelandes. Zur Teilnahme an staatlich geförderten Integrationskursen sind berechtigt alle Spätaussiedler und neu zuwandernde Ausländer mit auf Dauer angelegtem Aufenthalt, so genannte Bestandsausländer und Unionsbürger, diese im Rahmen verfügbarer Kursplätze. Verpflichtet zur Teilnahme jedoch werden berechnigte Ausländer, die sich nicht auf einfache Weise in der deutschen Sprache verständigen können, sowie von der Ausländerbehörde aufgeforderte Ausländer, die Leistungen nach SGB II

beziehen oder "die in besonderer Weise integrationsbedürftig" sind. Daneben gibt es spezielle Zielgruppenkurse: Jugendintegrationskurse, Eltern- bzw. Frauenintegrationskurse und Integrationskurse mit Alphabetisierung. Aufgrund von Erfahrungen in der Sprachförderung von Ausländern in der Vergangenheit, die bisher allerdings nicht auf gesetzlicher Grundlage geregelt waren, ist auch in Zukunft davon auszugehen, dass die potenziellen Teilnehmergruppen durch sehr hohe Heterogenität gekennzeichnet sein werden. Dieser hochgradigen Vielfalt begegnet das Integrationskurskonzept mit einem differenzierten Angebot: mit einem modular gegliederten Kurssystem, das auf die vorhandenen Sprachkenntnisse der Teilnehmer zugeschnitten ist, durch einen Einstufungstest, in dem festgestellt wird, über welche Sprachkenntnisse der Zuwanderer verfügt, sowie durch eine Kursdifferenzierung nach Lerntempo

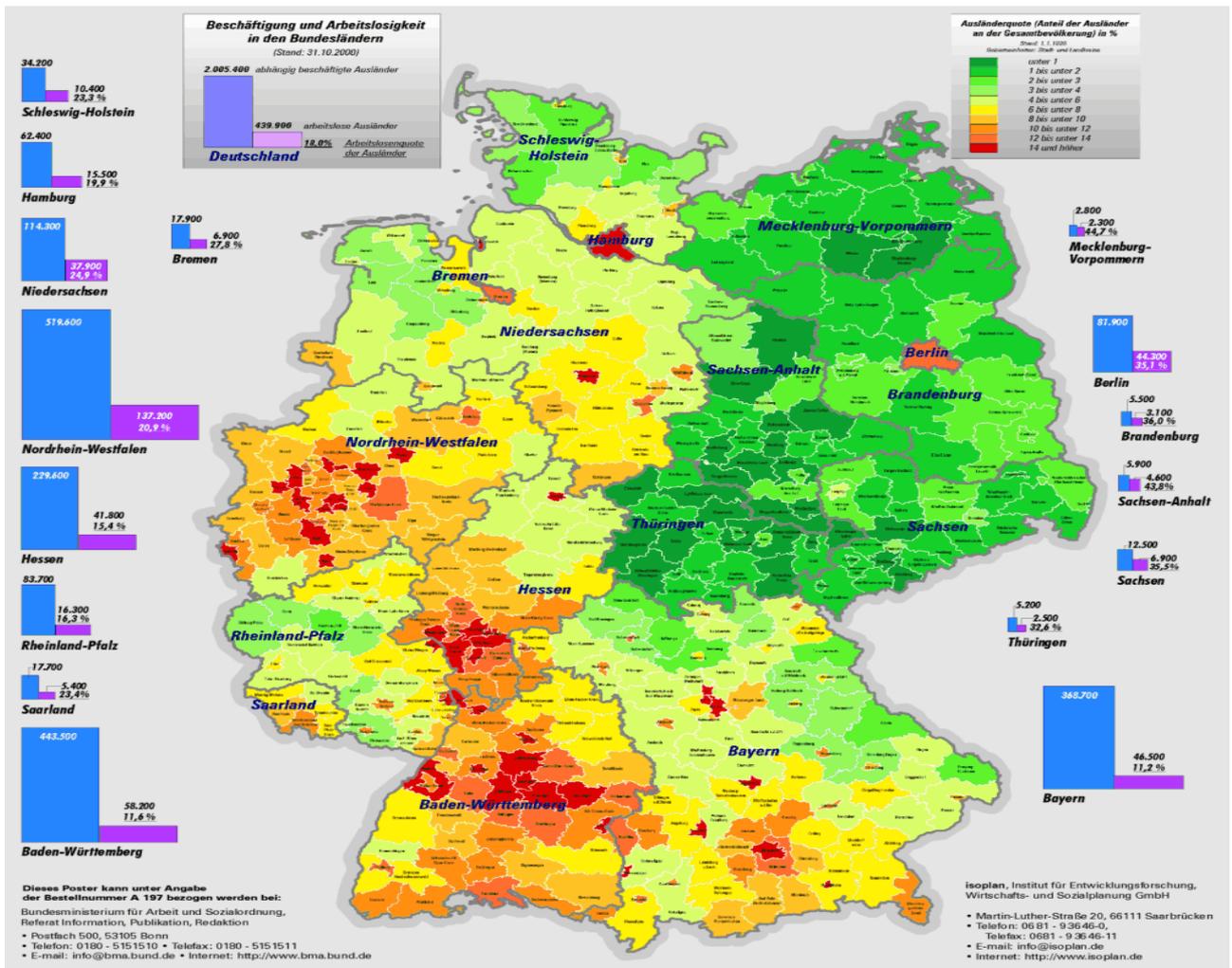
Berufliche Integration

Eine erfolgreiche Ausländerpolitik setzt neben dem Erwerb guter Sprachkenntnisse die berufliche Integration durch Aus- und Weiterbildung, Umschulung, Einarbeitung und Verbesserung der Ausbildungssituation insbesondere ausländischer Jugendlicher und Frauen voraus. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit fördert mit verschiedenen Projekten die Berufsbildung sowie die Schaffung von Ausbildungsplätzen und Kursen zur Verbesserung der Integrationschancen.

Soziale Integration

Die soziale Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam von Zuwanderern und deutscher Bevölkerung in einem komplexen gesellschaftlichen Prozess erfolgreich gemeistert werden kann. Trotz erheblicher integrationspolitischer Fortschritte und Erfolge gibt es noch Defizite. Insbesondere bei der Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Immigranten und beim konsequenten Vorgehen gegen Ausländerfeindlichkeit sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die Bundesregierung hat ein Bündnis für Demokratie und Toleranz initiiert, das die Werte und Garantien unseres demokratischen Rechtsstaates umsetzen und offensiv vertreten soll.

Ausländer in der BRD



Anwerbedaten und ausländerpolitische Eckdaten

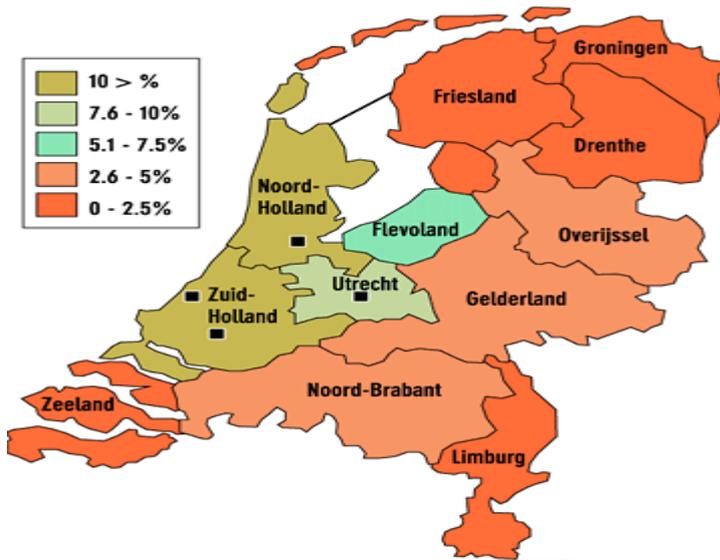


Niederlande

Problemfelder in Zusammenhang mit Zuwanderung

Eine Hauptursache ist der Mangel an einer gemeinsamen Identität: Die alten Leute fühlen sich zum Beispiel nur türkisch und nicht niederländisch. Die jungen Leute fühlen sich zum Beispiel türkisch und niederländisch und wissen nicht, zu wem sie gehören. Auch wichtig ist, dass viele Leute die Sprache nicht gut sprechen. Daraus resultiert, dass Einwanderer keinen Job finden können. Die Einwanderer haben eine andere Religion, Kultur und Tradition. Dadurch entsteht Gettoisierung besonders in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht, während Leute in Dörfern in eine soziale Isolierung kommen.

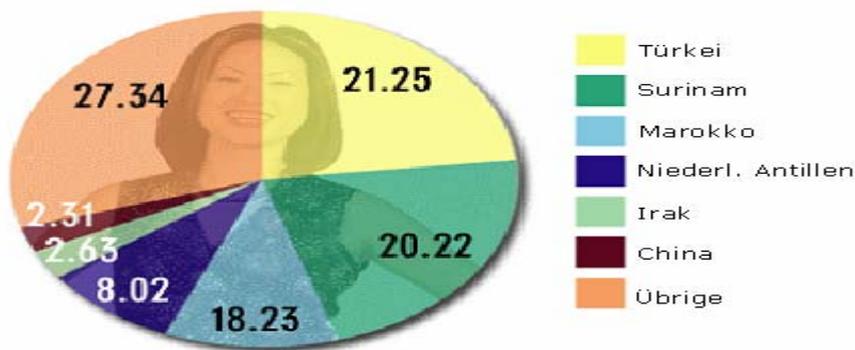
Verbreitung der nicht westlichen Immigranten in den Niederlanden in 2001 (ohne aus EU-Ländern und Nord-Amerika)



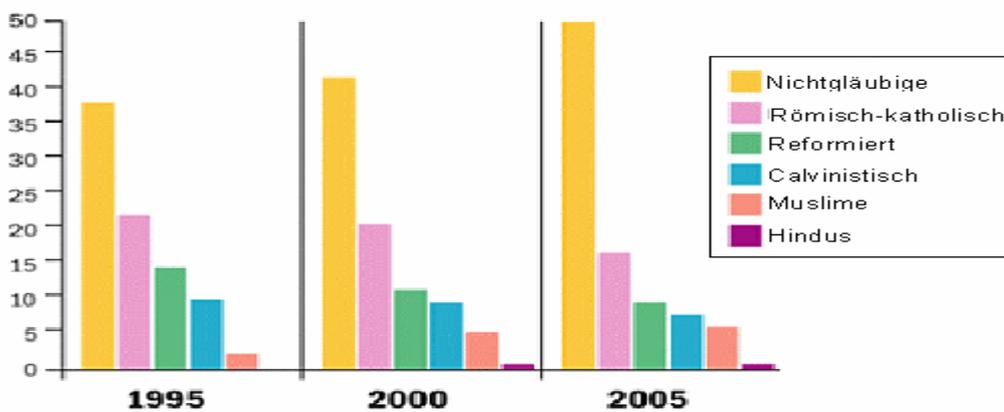
Einwohnerzahl

Die Niederlande zählten am Januar 1 2004 fast 16.3 Million Einwohner. Von denen waren 1.4 Million westliche Immigranten und 1.7 Million östliche Immigranten.

Ursprungsländer der Immigranten in den Niederlanden 2001 in % (ohne aus EU-Ländern und Nord-Amerika)



Religionen in den Niederlanden in % (2005)



Integrationsprogramm

Für eine gelungene Integration in der niederländischen Gesellschaft ist die Beherrschung der holländischen Sprache notwendig. Für einen Zugang zum Arbeitsmarkt ist das eine Grundvoraussetzung und auch im täglichen Leben. Nach dem staatlichen Integrationsprogramm soll jeder auf seine Weise seinen Platz in der Gesellschaft finden können, zum Beispiel einen Job finden oder studieren.

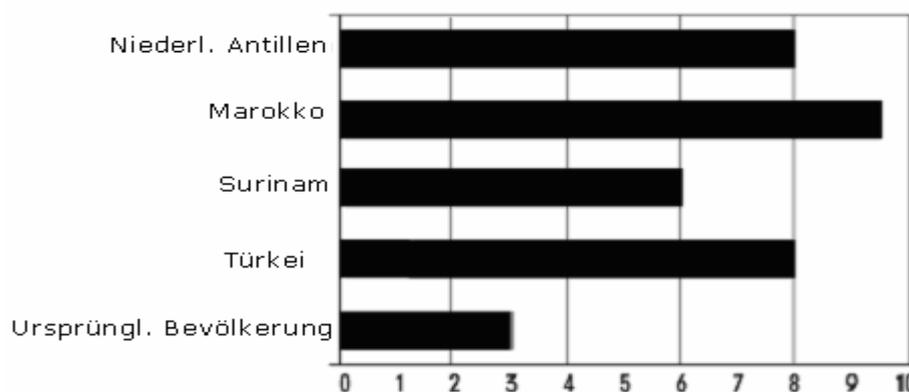
Das staatliche Integrationsprogramm in Holland besteht aus folgenden Bestandteilen:

- ❑ Sprachunterricht in Holländisch.
- ❑ Landeskunde über die Niederlande.
- ❑ Informationen über den Arbeitsmarkt und Jobmöglichkeiten.
- ❑ Orientierung über die Wohn- und Lebensbedingungen Begleitung in dem Bezirk.
- ❑ Orientierung über weitere Studien- und Arbeitsmöglichkeiten.

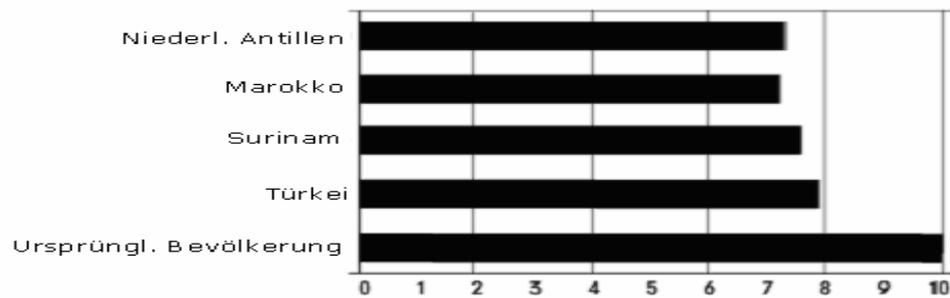
Ausbildung

Im Allgemeinen haben Immigrantenkinder in der Schule größere Probleme als holländische. In den letzten Jahren ist das jedoch besser geworden. Häufig beginnen sie ihre Schullaufbahn später. Im Allgemeinen wurde zu Hause nur die Muttersprache gesprochen. Sie wählen wegen sprachlicher Probleme oft eine weniger qualifizierte Schullaufbahn oder verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Leistungen von Jungen sind im Allgemeinen schlechter als die von Mädchen, besonders bei jungen Leuten marokkanischen Ursprungs. Es gibt Programme, um die Integration über Ausbildung von Immigranten zu intensivieren. Die Regierungspolitik ist in den letzten Jahren strenger geworden. Im Gegensatz zu früher gibt es heute keinen Muttersprachenunterricht mehr, sondern nur noch Holländischlektionen. Diese Probleme spiegeln sich in den nachfolgenden Grafiken wieder, die alle auf 2001 bezogen sind.

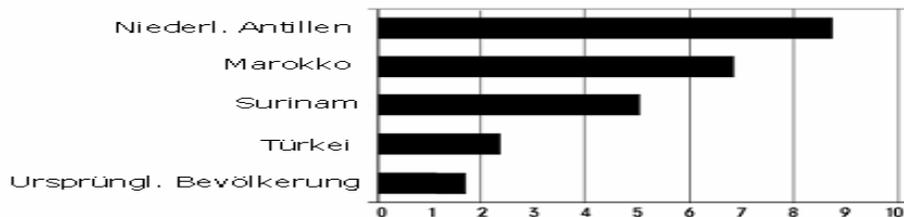
Arbeitslosigkeit in den Niederlanden in Prozent nach Herkunftsländern



Einkommen der Haushalt in % in Bezug auf gebürtige Holländer (= 100%)



Kriminalität unter jungen Leuten von 12-24 Jahren in % zur Herkunft



Polen

Definition des Begriffs Immigrant \ Einwanderer

Wenn wir über Ausländer in Polen sprechen, denken wir an zwei Gruppen von Menschen: Immigranten und andere Ausländer.

Immigranten in Polen sind alle, die die polnische Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltserlaubnis haben oder anstreben, Personen, die sich ansiedeln. Die zweite Gruppe sind Ausländer, die in Polen wohnen, oder arbeiten, aber nur ihre eigene Staatsangehörigkeit haben. Die Ausländer, die hier wohnen, bilden keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich in:

- Der Dauer des Aufenthalts,
- Dem Grund ihres Aufenthalts,
- Ihrer Abstammung,
- In der rechtlichen Situation

Die Bedeutung der Immigranten für Polen

Sprechen wir über Einwanderung, müssen die Folgen bedacht werden. Zuerst denken wir an Nachteile. Die Ausländer haben viele Probleme mit Arbeitslosigkeit, Probleme mit Kriminalität, Kulturelle Bedrohung, Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, Belastung für den Staat. Die Situation von den Einwanderern ist kompliziert wegen rechtlicher Probleme, Vorurteilen in der Gesellschaft und ihrer eigenen Isolation. Immigration bringt aber auch viele Vorteile für Polen:

- Investitionen- man schafft neue Arbeitsplätze

- ❑ Mehr Produkte auf den Markt
- ❑ Die Immigranten spielen eine große Rolle bei der Modernisierung der Wirtschaft
- ❑ Neue Technologien und Know-how
- ❑ Spezialisten aus dem Ausland haben einen stimulierenden Einfluss auf den Arbeitsmarkt
- ❑ Andere Arbeitskultur (bessere Arbeitsmoral)
- ❑ Höheres BNP, höhere Steuereinnahmen und Versicherungsbeiträge
- ❑ Größere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt
- ❑ Kulturelle Bereicherung

Polnische Gesellschaft und Immigranten

Ein Teil der polnischen Bürger sehen in der Anwesenheit von Ausländern eine Bedrohung für die polnische Kultur: Erhebungen zu Folge, wollen 49% der Polen mit Immigranten zusammen arbeiten. Für die restlichen 47% spielt die Herkunft keine Rolle. 34% der Gesellschaft wollen Ausländern die Möglichkeit geben, sich in Polen anzusiedeln. 14% sind der Ansicht, dies nicht zu ermöglichen. Die Verfolgten sollten begrenzte Rechte auf Asyl haben. So sind 48% der Polen der Meinung, im Notfall dürften sich diese ansiedeln. Ca. 30% der Bevölkerung sind der Meinung, dass Asylanten eine unbegrenzte Möglichkeit haben sollten, um in Polen wohnen zu dürfen. Je mehr der Umgang mit Ausländern gewöhnlich wird, desto mehr wird ihre Rolle für das Land und die Menschen gewürdigt.

Schweden

Asylantragsprozess

Der Prozess vom Asylantrag bis zur Ausweisung oder Aufenthaltsgenehmigung kann mehrere Jahre dauern. Der Prozess ist sehr kompliziert und ist sehr bürokratisch. Diese Bürokratie ist, unserer Ansicht nach, Geldverschwendung und weiterhin mit einem sehr unangenehmen Warten für die Asylbewerber verbunden, die oft schon viel Schreckliches im Heimatland erlebt haben.

Bildung

Während der Wartezeit nehmen die Asylbewerber an organisierten Tätigkeiten teil, z. B. im Schwedisch-, Computer- und Englischunterricht, Nähereien, Tischlereien, Praktika.

SFI- Schwedisch für Einwanderer mit Aufenthaltsgenehmigung

Hier lernen sie hauptsächlich die Sprache, aber auch viel über die schwedische Kultur und Gesellschaft. Das Ziel ist, das alltägliche Leben, Arbeitsleben und eine höhere Ausbildung bewältigen zu können. Parallel mit der Ausbildung bietet man auch den Einwanderern ein *Praktikum* an. Hier lernen sie das Arbeitsleben in Schweden kennen und dies erleichtert den Einwanderern die Integration in die Gesellschaft. Wie lange die Kurse dauern, ist individuell unterschiedlich, in der Regel ein bis zwei Semester. Weiterführende Sprachkurse können auch auf freiwilliger Basis besucht werden.

Muttersprachenunterricht

Die Kinder der Einwanderer, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben, haben das Recht auf freiwilligen Muttersprachenunterricht. Diese wird in der Grundschule und am Gymnasium von Muttersprachenlehrern unterrichtet.

Anerkennung der ausländischen Ausbildung

Die Einwanderer, die schon eine höhere Ausbildung in ihrer Heimat absolviert haben, müssen ihre Kenntnisse überprüfen lassen. Wenn die ausländische Ausbildung der Schwedischen entspricht, wird die Ausbildung anerkannt.

Arbeit

Arbeit ist der Schlüssel zur Integration, jedoch haben viele schwedische Arbeitgeber Vorurteile gegen Einwanderer. Darum ist die Arbeitslosenquote für Immigranten hoch. Die folgende Statistik zeigt die ausländischen Arbeitnehmer im Alter zwischen 20- 64, die eine Berufstätigkeit nachgehen in Abhängigkeit ihrer Aufenthaltsdauer in Schweden. Die Statistik ist aus dem Jahre 2002. Insgesamt lebten zu diesem Zeitpunkt 770 329 arbeitsfähige Immigranten in Schweden.

Davon haben ≤4 Jahre in Schweden gelebt Waren ≥5 Jahre in Schweden ansässig

Gemeinde

Uppvidinge (Småland)	32 %	71,1 %
Växjö	26,3 %	62,8 %
Malmö (Südschweden)	16,21 %	46,42 %
Umeå (Nordschweden)	30,66 %	61,87 %
Östhammar (Stockholm)	30,48 %	70,61 %
Im ganzen Land	29,12 %	60,94 %

Viele aus der Gruppe, die mehr als 5 Jahre in Schweden gewohnt haben, sind in Dienstleistungsberufen, in der Produktion oder im Handel oder in Betreuungseinrichtungen beschäftigt. Im Jahre 2002 gab es etwa 400 000 Studenten. Unter denen sind nur 7000 im Ausland geboren. Es gibt 30 000 ausländische Akademiker, die arbeitslos oder nicht entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigt sind.

Ein erfolgreiches Projekt

Es gibt in Umeå einen großen Bedarf an Arbeitskräften, bis 2010 braucht die kleine Stadt etwa 11 000 neue Arbeitskräfte (teilweise auf Grund aller Menschen die bald Rentner werden), gleichzeitig gibt es viele Arbeitslose, darum wurde dieses KIM-Modell ausgearbeitet. Es fing am 16/12 2002 an und hört 31/5 2006 auf (es wird zwei Jahre länger als geplant fort dauern, weil es so erfolgreich war). Die berechneten Gesamtkosten sind etwa 1.2 Millionen Euro. Etwa 327 000 Euro davon werden von EU Ziel 1, das nördliche Norrland finanziert. Dieses Projekt richtet sich an die, die eine kurze oder keine Ausbildung haben oder Analphabeten sind und darum fast keine Chancen haben, selber eine Arbeit zu finden. Die ca. 40 Teilnehmer pro Jahr sollen nach dem Projekt ihre Schwedisch- und Berufskennnisse

verbessert haben, Berufserfahrung bekommen und damit attraktiver auf dem Arbeitsmarkt geworden sein. Zuerst werden acht Wochen Unterricht (Berufsschwedisch und vorbereitende praktische und theoretische Berufsausbildung) erteilt. Der Unterricht ist individualisiert und konkretisiert. Der Schwedischunterricht ist mit dem Fachgebiet verbunden. Daran schließen sich 22 Wochen Praktikum, vier Tage/Woche an der Praktikumsstelle und einen Tag /Woche weiteren Sprach- und Berufsunterricht an. Die Teilnehmer machen ihr Praktikum in diesen Fachgebieten: Restaurant, Gebäudereiniger, Industrie/Technik, Lagerarbeit und Pflege. Das Projekt hat sehr gute Ergebnisse gehabt, etwa 67% haben, dank dieses Projekts, Arbeit bekommen. Natürlich gibt es auch soziale und psychische Vorteile. Weiter gibt es einen volkswirtschaftlichen Aspekt, wer drei Jahre Vollzeit arbeitet und mindestens 1600 Euro /Monat erhält, hat die Kosten des Ausbildungsjahrs zurückbezahlt.

Der Gast bleibt – Migrant ist kein Wanderer, der heute kommt und morgen geht, sondern der, der heute kommt und morgen bleibt. (Theorien des Fremden v. Simmel)

Erarbeitete Problemkreise und Lösungsvorschläge

Kohäsionspolitik und die Integration von Einwanderern - eine Einleitung

Die Integration von Ausländern gehört zu den Hauptaufgaben der Europäischen Union. Erfolgreiche Integration ist ein Standortvorteil, der auch in gewisser Weise zur Angleichung der Lebensverhältnisse gemäß der Lissabon Strategie in den verschiedenen europäischen Regionen führt. Zuwanderung kostet nicht nur Geld, sondern ist auch ökonomisch notwendig und sinnvoll in einer globalisierten, toleranten und kulturell vielfältigen Welt. So gesehen ist Zuwanderung auch Investition in die Zukunft.

Die folgenden Vorschläge sind das Ergebnis von intensiven Diskussionen über Kohäsionspolitik und Integration von Einwanderern, an denen Studenten im Rahmen des internationalen Workshops teilnahmen. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Situation in den Teilnehmerländern ergaben sich wesentliche Problemkreise, zu denen wir Lösungsvorschläge erarbeitet haben:

- Unzureichende Qualifikation & Arbeitslosigkeit
- Förderung von Toleranz & Integrationsbereitschaft
- Sprachprobleme

Diese Vorschläge fließen in ein von uns erstelltes Modell ein, das den optimalen Integrationsverlauf einer erwachsenen Arbeitskraft im Gastland in verschiedenen Phasen beschreibt. Voraussetzung für die Realisierung unserer Vorschläge bildet eine Vereinfachung

der Verwaltungswege, denn eine zeitnahe Eingliederung der Immigranten in das Gastland ist unerlässlich für erfolgreiche Zuwanderung.

Qualifikation und Arbeitslosigkeit

Um eine bessere Integration zu ermöglichen, ist eine Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse, z. B. Bachelor und Magister, in allen Ländern von großer Bedeutung. Zur Erleichterung des Einstieges in das neue Berufsleben, ist es vom Vorteil, dass der Immigrant in dem eingewanderten Land, ein Praktikum in seinem erlernten Berufsgebiet, mit Hilfe eines einheimischen Mentors durchführt. Erfahrungen aus durchgeführten Projekten bestätigen diesen Zusammenhang, siehe KIM Projekt aus Schweden. Damit eröffnet man gleichzeitig Arbeitgebern die Möglichkeit, eventuelle Vorurteile abzubauen. Praktika helfen weiterhin ausländischen Arbeitskräften sich an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen und vor allem zeigen sie den Arbeitgebern, wie gut qualifiziert ausländische Arbeitskräfte sein können. Auf individuelle Kenntnisse und Bedürfnisse muss geachtet werden. Es ist unerlässlich, dass Fachsprach- und Terminologiekurse in der jeweiligen Branchensprache angeboten werden. Ein „Mentor-Programm“, das wie folgt aufgebaut sein könnte, ist unsere Idee, die Integration zu erleichtern:

Mentor-Programm:

- ❑ Wenn die Immigranten in ein Land kommen, sollten sie die Hilfe von einem Mentor bekommen (Wohnung & Arbeit).
- ❑ Wenn die Immigranten Probleme mit dem alltäglichen Leben haben, sollten sie die Möglichkeit haben, mit dem Mentor darüber zu sprechen.
- ❑ Man muss ein Netz zwischen Staat, Arbeitsamt und Immigranten bilden, um den Informationsfluss zu vereinfachen und neue Kontakte zu knüpfen. So lernt man von einander.
- ❑ Individuelle Pläne sollten mit dem Mentor erstellt werden.
- ❑ Um die Immigranten zu motivieren, wäre es außerdem von Vorteil, die Ausbildung wenigstens teilweise anzuerkennen. Wenn man z. B. fünf Jahre in einem Beruf gearbeitet hat, braucht man nicht so viel komplettieren wie einer, der zwei Jahre gearbeitet hat.
- ❑ Das Sozialhilfesystem muss geändert werden, damit es nicht vom Vorteil ist, zu Hause zu bleiben. Der Unterschied zwischen unbeschäftigten arbeitsfähigen Menschen und arbeitsunfähigen Menschen sollte größer werden, damit es sich lohnt zu arbeiten oder zu studieren. Damit verringert man gleichzeitig die Arbeitslosen-Quote.

Förderung von Toleranz und Integrationsbereitschaft

Ein wichtiger Punkt ist immer die Frage nach dem Integrationswillen der Immigranten. Jedoch spielt die Toleranz der Bevölkerung auch eine große Rolle. Man kann nicht nur eine Seite betrachten. Es ist sehr wichtig, Kurse für Immigranten anzubieten, damit diese die Kultur des Landes kennen lernen und verstehen. Dazu gehören auch Rechte und Pflichten, die damit verbunden sind. Die Kurse müssen sofort angeboten werden, wenn die Immigranten im Land eintreffen. Jedoch sollten nicht nur die Immigranten die neue Kultur kennen lernen, sondern auch die Inländer sollten lernen, mit anderen Kulturen umgehen zu können. Schon im

Kindergarten und in der Schule sollten Projektstage angeboten werden, wo fremde Kulturen vorgestellt werden. Dies sollte ein Teil des Schulplans werden. Auch bei Berufstätigen wären regelmäßige Seminare z. B. auf Arbeitsplätzen stattfinden wünschenswert, an denen Menschen verschiedener Herkunft teilnehmen und lernen miteinander zu arbeiten, sich zu tolerieren und zu akzeptieren. Die Teilnahme an diesen Programmen sollte verpflichtend sein. Dies wäre eine gute Chance, Vorurteile abzubauen.

Die Frage der Religion ist immer ein sehr wichtiger Streitpunkt. Durch die Auswanderung von Personen in andere Kulturkreise treffen unterschiedliche Religionen aufeinander und bewirken eventuelle Irritationen und Konflikte. Diese sind umso größer, je geringer die Kenntnisse über die jeweils andere Kultur sind. Durch Integrationskurse in Kindergärten, in Schulen und auf Arbeitsplätzen, lernen die Menschen mit den anderen Religionen umzugehen. Sie könnten lernen zu verstehen, dass die Religionen sich eigentlich nicht grundlegend unterscheiden, sondern im Prinzip die gleichen moralischen Grundwerte und Ziele besitzen.

Doch nicht nur innerhalb der Schule, im Kindergarten und auf dem Arbeitsplatz sollten Integrationskurse für Immigranten stattfinden, sondern auch im Bereich der Freizeit. Für Immigranten (Erwachsene und Kinder) sollte eine kostenlose Freizeitgestaltung mit Einheimischen gewährleistet werden, um ein zusätzliches Integrationsmittel zu haben, dass ihnen auch die Möglichkeit einräumt, sich in der Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Dadurch könnte auch die Kriminalitätsrate sinken. Bei der Freizeitgestaltung sollten inländische freiwillige Helfer zur Verfügung stehen. Durch eine Zusammenführung von unterschiedlichen Kulturen auf diese Weise, können weitere Vorurteile abgebaut werden.

Ein Programm für die Förderung der Integration sollte die Übernahme von Patenschaften sein. Damit ist gemeint, dass Immigranten regelmäßig von Gastfamilien betreut werden. Bei gemeinsamen Aktivitäten entstehen neue Freundschaften und damit auch das Verständnis füreinander. Ein weiterer Vorteil wäre, dass die Gastfamilie so die Muttersprache und Kultur des Immigranten lernen. Damit würde eine zu starke Gruppenbildung von Immigranten vorgebeugt werden.

Wenn Immigranten ihre Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben, sollte man versuchen, diese nicht zentral an einem Ort anzusiedeln, wo schon andere Immigranten wohnen, sondern diese so zu verteilen, damit diese möglichst wirkungsvoll in Kontakt mit Einheimischen kommen. So wird eine Gettoisierung vermieden. Jedoch ist dieser Punkt sehr schwierig umzusetzen, da man Leute nicht auf Dauer zu einem bestimmten Wohnort zwingen kann. Die Verteilung von Immigranten könnte geregelt werden, in dem man ihnen

Sozialwohnungen in bestimmten Wohngegenden zuweist. Für Personen, die nicht auf Sozialwohnungen angewiesen sind, wird es jedoch schwer sein zu bestimmen, wo diese wohnen sollen.

Zum Abschluss ist zu sagen, dass es nicht nur wichtig ist, dass die Immigranten den Willen haben, sich zu integrieren, sondern dass die einheimische Bevölkerung auch bereit ist, Immigranten aufzunehmen, zu akzeptieren und mit ihnen umzugehen.

Sprachprobleme

Zur Integration der Immigranten muss die Erlernung der Sprache erste Priorität besitzen. Darum sollten Sprachkurse Pflichtaufgabe sein, und eine finanzielle Unterstützung des Staates (z.B. Sozialhilfe) nur bei erfolgreicher Teilnahme (Test, Evaluation) gewährt werden. Die Immigranten sollten in verschiedene Leistungsgruppen eingeteilt werden, z. B. in Analphabeten, Leistungsschwächere, Leistungsstärkere und entsprechend ihrer Möglichkeiten gefördert werden.

Die Möglichkeit der Erlernung der Fachsprachen (z. B. Medizin & Technik) müsste bei Bedarf gegeben sein. Besonderes Augenmerk sollte auf der frühzeitigen sprachlichen Förderung von Kindern und Jugendlichen liegen. Für kleinere Kinder ist die Erlernung der Sprache sehr wichtig. Erfahrungsgemäß lernen sie sehr schnell, wenn sie zu Schulbeginn die Sprache bereits können. Außerdem lernen einheimische Kinder sie auf natürliche Weise zu akzeptieren. Jugendliche sollten neben den gewöhnlichen Schulunterricht zusätzlich Sprachkurse bekommen.

Das Recht auf Muttersprachenunterricht sollte garantiert werden. Dieser Unterricht ist sehr wichtig für die Immigranten, weil sie einen wichtigen Bestandteil ihrer Identität ausmacht. Für die Gesellschaft ergibt sich der wesentliche Vorteil, dass sie sowohl sprachlich als auch kulturell ausgebildete Menschen erhält, was in unserer globalisierten Welt ein Vorteil ist.

7.2 Bericht der Gruppe 2: Bildung als Voraussetzung sozialer Integration - Strategien zur Erreichung von Chancengleichheit in der Gesellschaft –

1. Einleitung

In der Arbeitsgruppe wurden zunächst die wesentlichen Elemente der Schulsysteme in Schweden, Polen, den Niederlanden und Deutschland analysiert. Dabei wurden zum Teil auch die Bereiche Hochschule bzw. Universität und Kindergarten bzw. Vorschule mit einbezogen. Darauf aufbauend wurde für jedes Land mindestens ein Projekt betrachtet, das als eine beispielhafte Strategie zur Erreichung von Chancengleichheit in der Gesellschaft eingestuft werden kann. Auf der Basis dieser Untersuchungen wurden sodann Gesichtspunkte erarbeitet, wie das Bildungssystem wirksam zur sozialen Integration beitragen kann. Als Ergebnis wurde ein Modell für ein europäisches Schulsystem entwickelt, das wichtige Voraussetzungen für die soziale Integration schaffen und damit wesentlich zur Herstellung von Chancengleichheit aller gesellschaftlichen Gruppen beitragen wird.

2. Beschreibung der nationalen Bildungssysteme

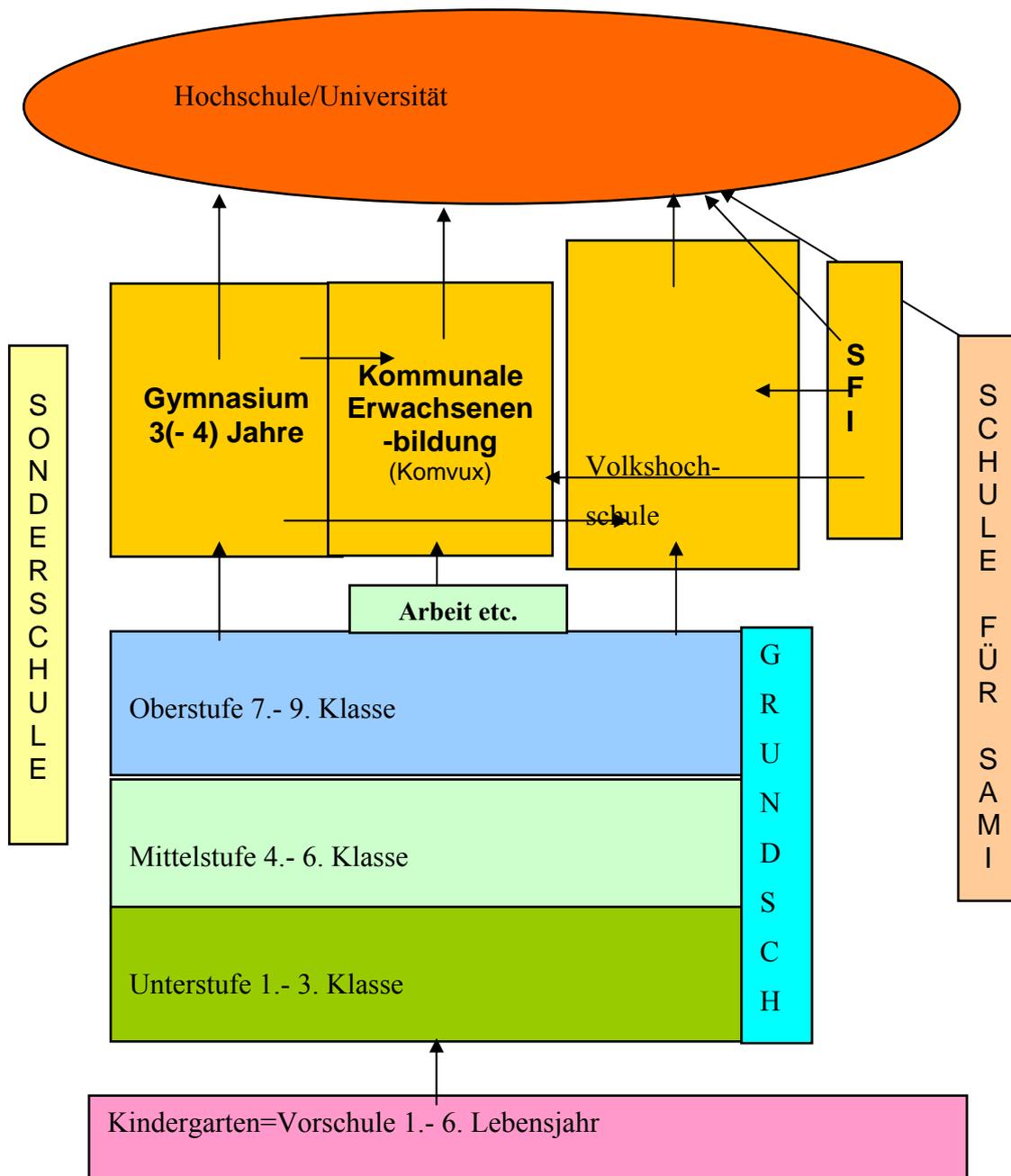
2.1 Das schwedische Schulsystem

In Schweden ist das Schulsystem landesweit einheitlich. Der Unterricht ist gebührenfrei, wie auch die Lehrmittel, die Schulmahlzeiten, die Schulgesundheitspflege und der Transport in den Schulbussen. Alle schwedischen Kinder haben die Pflicht, neun Jahre lang die Grundschule zu besuchen. Diese ist eine ganztägige Einheits- und Gesamtschule. Außerdem gibt es die Grundschule für die samische Bevölkerung und die Sonderschule (särskola). Ab der 8. Klasse werden Noten verteilt. Die Notenskala reicht von IG (ungenügend) über G, VG bis zu MVG (sehr gut). Sitzenbleiben gibt es nicht. An die Grundschule schließt sich das Gymnasium an. Fast alle Schüler(98%) wählen diesen freiwilligen Weg. Landesweit gibt es 17 verschiedene dreijährige Programme mit theoretischem oder praktischem Schwerpunkt an den Gymnasien.

Das SFI (Schwedisch für Einwanderer) ist eine besondere, obligatorische Ausbildung für alle Einwanderer, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Schweden haben. Der Unterricht besteht aus Schwedenkunde, Sprachunterricht und Praktika.

In Schweden hat man ferner die Möglichkeit einer Aufbauausbildung zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation, oder den Beruf zu wechseln. Die Voraussetzungen für den Besuch der Aufbauausbildung sind, dass man mindestens 20 Jahre alt ist und das Gymnasium abgeschlossen hat.

In Schweden gibt es 39 Universitäten und Hochschulen. Man kann grundsätzlich zwischen zwei verschiedenen Studienformen wählen: Entweder studiert man ein Studienprogramm oder man wählt Einzelkurse, die am Schluss auch zu einem Examen führen können. Für die Zulassung zur Universität benötigt man den erfolgreichen Abschluss des Gymnasiums oder man hat mindestens vier Jahre gearbeitet und ist mindestens 25 Jahre alt ist. Ausländer sind dann zur Universität zugelassen, wenn sie eine den schwedischen Gymnasien gleichwertige Ausbildung sowie ausreichende Schwedischkenntnisse nachweisen können. Da gute Noten die Chance, zum gewünschten Studienplatz zugelassen zu werden, steigern, hat man darüber hinaus die Möglichkeit, eine allgemeine Hochschulprüfung zu absolvieren. Für diese gibt es keine Altersgrenze.

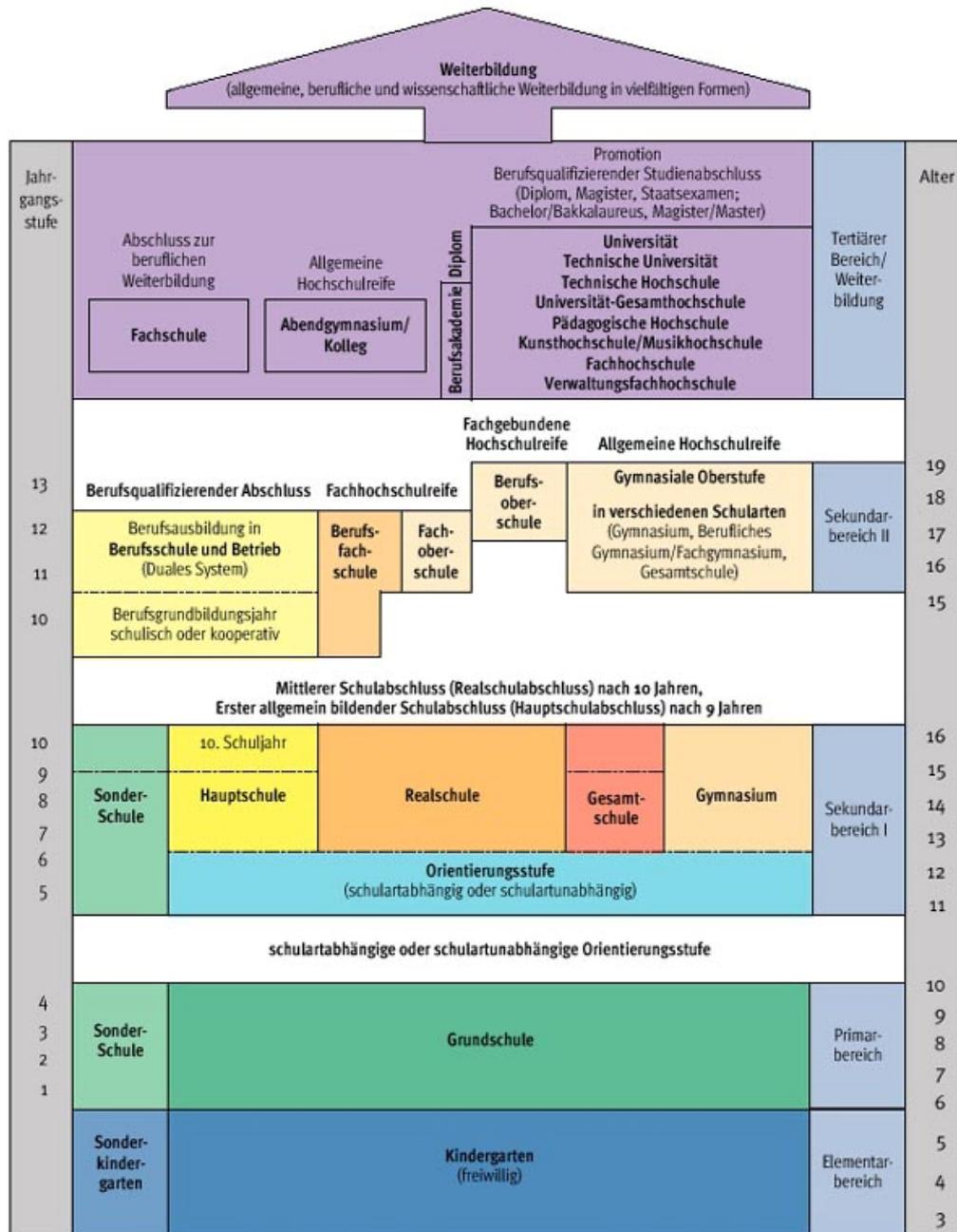


2.2 Das deutsche Bildungssystem

Charakteristisch für das deutsche Schulsystem ist die Dreigliedrigkeit: Hauptschule, Realschule, Gymnasium. Nur in der Primarstufe werden alle Kinder gemeinsam unterrichtet. Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1–4; in einigen Bundesländern die Klassenstufen 1–6.

Die allgemeine Schulpflicht beginnt für alle Kinder nach der Vollendung des 6. Lebensjahres und beträgt in der Regel 9 Vollzeitschuljahre (in Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt 10 Vollzeitschuljahre). Danach besuchen Jugendliche eine Teilzeitschule parallel zur Berufsausbildung (Berufsschulpflicht), wenn sie nicht weiterhin eine Vollzeitschule besuchen. Diese beträgt in der Regel 3 Teilzeitschuljahre. Für Jugendliche, die weder eine weiterführende allgemein bildende Schule besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis eintreten, gibt es in einzelnen Ländern Regelungen einer verlängerten Vollzeitschulpflicht im beruflichen Schulwesen, da die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr erfüllt werden muss. Die Schulpflicht gilt ebenso für behinderte Kinder und Jugendliche. Entsprechend ihrem jeweiligen Förderbedarf werden sie entweder in allgemeinen Schulen zusammen mit nichtbehinderten Schülern unterrichtet oder in Sonderschulen.

Die Schulpflicht umfasst die regelmäßige Teilnahme am Unterricht und an den sonstigen verpflichtenden Schulveranstaltungen. Verantwortlich für die Erfüllung dieser Pflicht sind sowohl der Schüler und seine Eltern als auch im Rahmen der Berufsschulpflicht der Ausbildungsbetrieb. Die Einhaltung der Schulpflicht wird durch den Schulleiter kontrolliert und kann gegebenenfalls durch verschiedene Maßnahmen gegenüber dem Schüler, den Eltern oder dem Ausbildungsbetrieb durchgesetzt werden.



Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Stand Dez. 1998

2. 3 Das niederländische Schulsystem

Das Schulsystem der Niederlande wird durch das Schaubild, das auf der übernächsten Seite dargestellt ist, mit seinen einzelnen Elementen dargestellt. Von besonderer Bedeutung sind die Details für den Primar- und den Sekundarunterricht, die im Folgenden beschrieben werden.

Der Primarunterricht

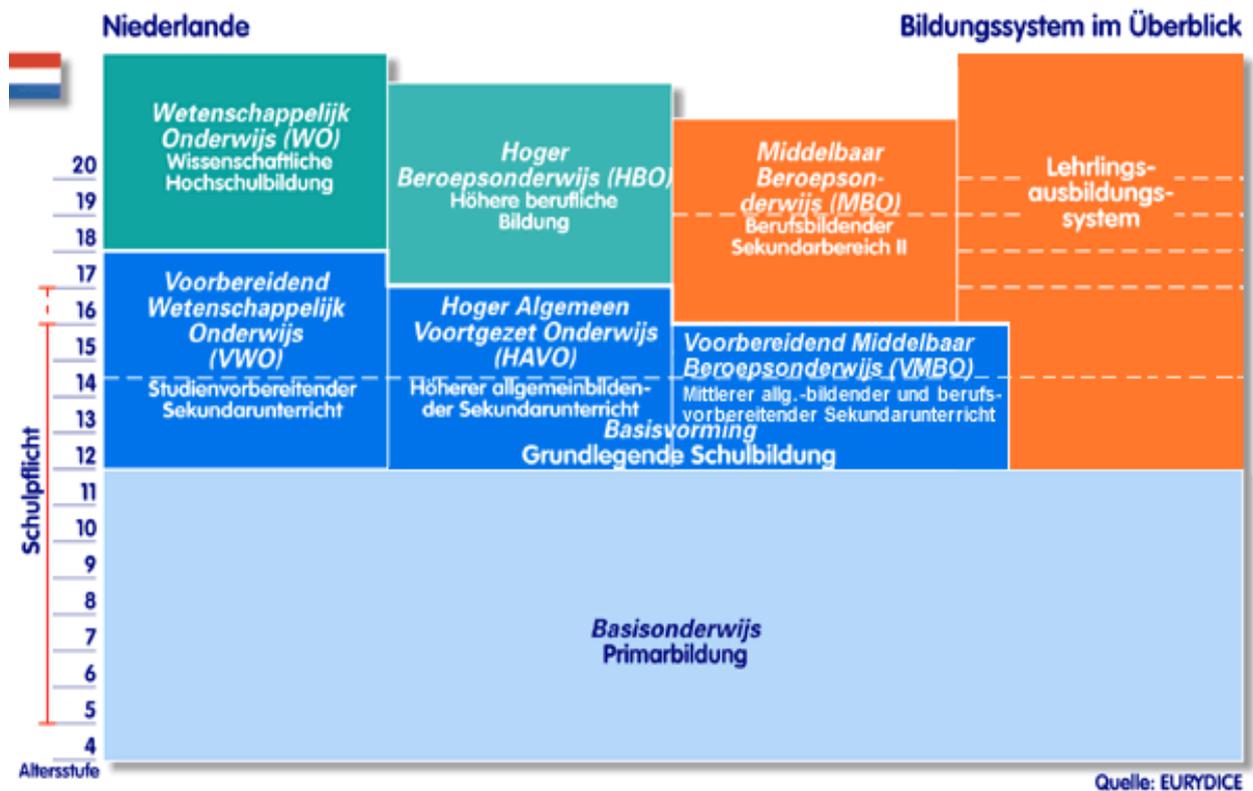
Die *basisscholen* sind Ganztagschulen, d.h. die Schulträger sind gesetzlich verpflichtet, mittags für Aufsicht und Verpflegung zu sorgen. Etwa ein Drittel der schulpflichtigen Kinder besuchen eine *openbare basisschool* (dt. konfessionslose Primarschule), zwei Drittel sind in christlichen Schulen untergebracht. Ferner versucht man in den Niederlanden, die Größe der Klassen zu reduzieren. Zwar ist die Klassenstärke tatsächlich in den letzten vier Jahren gesunken, doch noch immer sind die niederländischen Grundschulklassen die größten aller EU-Länder.

Der Sekundarunterricht

Seit dem 1. August 1999 trat außerdem eine weitere Reform des Schulwesens der Niederlande in Kraft, die Einfluss auf das System der weiterführenden Schulen hatte: zwei von den bisher vier Sekundarschulformen in den Niederlanden wurden zusammengelegt und somit eine neue Schulform geschaffen, so dass sich seit diesem Jahr folgendes Schulsystem in den Niederlanden ergibt:

1. Schulen der ‚vorwissenschaftlichen‘ bzw. ‚voruniversitären‘ Bildung (VWO, *voorbereidend wetenschappelijk onderwijs*). Dieser vorwissenschaftliche Unterricht, der die Schüler auf den Besuch einer Universität oder Hochschule vorbereiten soll und der mit der Erreichung der allgemeinen Hochschulreife endet, dauert sechs Jahre und wird in zwei Unterformen unterteilt: das *Gymnasium*, wo Latein und Griechisch Pflichtsprachen sind, die VWO, wo keine klassischen Sprachen unterrichtet werden.
2. Schulen der ‚allgemeinen‘ Sekundarbildung (HAVO, *hoger algemeen voortgezet onderwijs*). Diese allgemeinbildende Schulform nimmt fünf Jahre in Anspruch und zielt darauf ab, Schüler für die höhere Berufsausbildung an einer Fachhochschule des höheren berufsbildenden Unterrichts vorzubereiten.
3. Schulen der ‚mittleren beruflichen‘ Bildung (VMBO, *voorbereiding op het middelbaar beroepsonderwijs*). Diese Schulform entstand aus der 1999 eingeführten Reform und ist eine Mischung aus den zwei vorher existierenden Schulformen MAVO und VBO. Vorgenommen wurde diese Neustrukturierung, um den Anschluss an die Tertiärbildungseinrichtungen bzw. an den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Durch die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten der *leerwegen* (dt. Lehrwege) und der *sectoren* (dt. Sektoren, Fachgebiete) können zum einen Schüler ihre individuellen Ausbildungswünsche umsetzen, zum anderen ist das System selbst sehr viel flexibler als die bereits bestehenden Schulformen und kann somit schneller auf Arbeitsmarktänderungen o.ä. reagieren.

BILDUNGSSYSTEM IN DEN NIEDERLANDEN



2.4 Das polnische Schulssystem

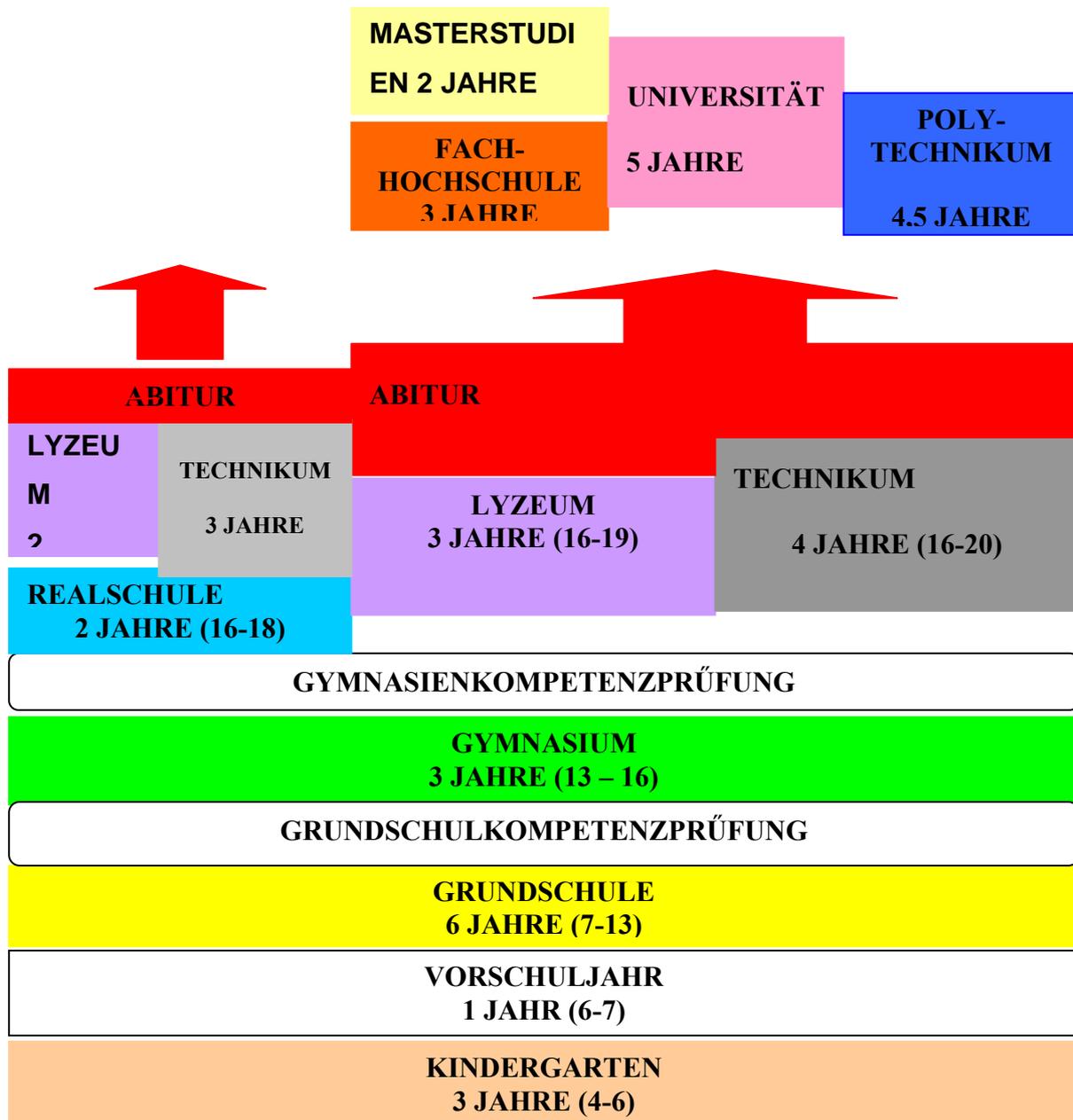
Die Primarstufe beginnt im Alter von 6 - 7 Jahren, davor liegt die Vorschule, die wahlweise im Kindergarten oder in der Schule absolviert wird. Anschließend wechseln die Kinder in die Grundschule, die 6 Jahre dauert. Die Primarstufe schließt mit der Grundschulkompetenzprüfung ab. Danach kommen alle Kinder auf das Gymnasium für drei Jahre. Die Kompetenzprüfung am Ende des Gymnasiums entscheidet über den weiteren Bildungsweg. Danach folgt eine in drei Bereiche unterteilte Ausbildung.

Das Technikum umfasst eine schulische und eine berufliche Ausbildung. Es dauert 4 Jahre, da eine praktische Ausbildung eingeschlossen ist. Nach dem Technikum haben die Schüler einen Berufsabschluss und das Abitur.

Das Lyzeum umfasst eine Ausbildung von 3 Jahren; es gliedert sich in das allgemeine und das berufliche Lyzeum. Auf dem allgemeinen Lyzeum erwirbt man das Abitur und auf dem beruflichen Lyzeum erhält man einen Berufsabschluss und das Abitur, aber es ist keine technische Ausbildung enthalten.

Die Realschule ermöglicht einen Berufsabschluss nach 2 Jahren. Danach hat man die Möglichkeit sich auf dem Lyzeum oder Technikum weiterzubilden, die dadurch ein Jahr kürzer sind. Die Schulpflicht besteht bis zum 18. Lebensjahr.

Das polnische Schulsystem



5 Zusammenfassende Übersicht

	Schweden	Deutschland	Polen
Grundschule	Pflicht: 9 Jahre Grundschule Ganztagsschule, Staatseinheitlich bis 17. Lebensjahr Lebenslanges Lernen	Pflicht: bis 18. Lebensjahr Bundeslandabhängig	Pflicht: bis 18 Jahre, 6 Jahre Grundschule + 3. Jahre (einheitlich) Gymnasium, Staatseinheitlich
Weitergehende Schule	Danach Gymnasium 3 Jahre mit Fächerspezialisierung (17 Programme)	Danach verschiedene Schularten nach Leistung (Lehrerempfehlung, Elternentscheidung) Duale Berufsausbildungssystem	3 Ebenen, dazwischen staatliche Prüfungen, anschließender Sekundarbereich unterschiedliche Dauer Realschule 2. Jahre → Beruf, Lyz 3 Jahre, Technikum 4 Jahre → AB + Beruf; 1 - 3 Klasse → allg. Ausbildung, keine Fächer; keine Ganztagsschule, Variierende Unterrichtszeiten (teils Staffeln)
Zensuren	ab Klasse 8 Buchstaben, MVG, VG, G, IG	Ab Klasse 2 Ziffern, 1 - 10, Punkte 15 – 0	Ab Klasse 1 Zensuren und ab Klasse 2 Ziffern (6) 5 – 1 6 = Herausragende Schüler Prämien (staatlich) für herausragende Schüler
Versetzung	Sitzenbleiben ist nicht üblich	Nicht Versetzung ab Klasse 2 möglich	Nicht Versetzung, ab Klasse 2 möglich
Kosten	Keine, alles staatlich (+)	Lehrbuchzuzahlung, Essengeld, Busgeld	Keine, alles staatlich finanziert, Privatschulbeiträge, Lehrbücher p besorgen; Busgeld, Essengeld + Zusatzkosten für höhere Bildung
Förderung	Spezielle Forderung für Einwanderer und Lernschwache	Selten schulinterne Förderung von Lernschwachen, Einwanderer, private Nachhilfe	Ausländerproblem an Schulen ka vorhanden, private Nachhilfe, da wenig in Schule vorhanden Soziale Hilfe Stipendien für besonders gute Sch
Kindergarten	Fast alle, ab 1 Jahr, Vorschule ab 5 Jahre (Pflicht)	Ca. 50 % sicher ab 3 Jahr, aber schon früher möglich, Einkommensabhängig	3 – 6 Jahre, freiwillig Vorschuljahr 6-7 Jahre (Pflicht)

3. Beispielhafte Projekte zur Integration durch Bildung

3.1 KXETANES - Ausbildungsförderung für Roma in Polen

KXETANES ist ein Projekt von des EU-Programms -EQUAL, dass für Polen von 2004-2006 zur Verfügung gestellt wurde. Es ist bestimmt für die ethnische Minderheit der Roma. Das Projekt umfasst 200 Personen aus Tarnów und ca. 3500 Personen aus dem Landkreis Nowy Sącz. Das Projekt umfasst Kurse für die Weiterbildung der schlecht ausgebildeten Arbeitnehmer, die arbeitslos und schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Als Vorteil der Roma ist aber ihre Zweisprachigkeit zu nennen.

Im Programm stehen drei Ziele im Vordergrund:

1. Weiterbildung der arbeitslosen Roma, die an den kulturellen und beruflichen Fähigkeiten ansetzt. Die Roma besitzen sehr unterschiedliche Ausbildungsniveaus.
2. Bei den arbeitsfähigen Roma ist geplant, die Qualifikation zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu bieten in den typischen Roma-Berufen zu arbeiten.
3. Unterstützung beim Eintritt in den Arbeitsmarkt.

Weiterhin unterstützt das Programm die Roma, wenn jemand ein eigenes Unternehmen gründen möchte. Dazu ist es notwendig, dass „Das Romanische Zentrum für Mobilisierung und der beruflichen Entwicklung“ sich um neue romanische Unternehmen kümmern darf. Zur Unterstützung ist ein Mentorsystem („Sister Enterprises“) geplant, bei dem erfolgreiche örtliche Unternehmen die neugegründeten Roma-Unternehmen betreuen. Um die Partnerschaft zu bilden, ist es wichtig, die Probleme und Charaktere der Roma-Bevölkerung zu berücksichtigen.

3.2 Polnische „Humanitäraktion“²⁷

Unter dem Namen "Hampelmännchen" wird in allen Regionen Polens ein Projekt durchgeführt, das Kindern in der Schule mindestens eine Mahlzeit bietet. In diesem Zusammenhang sollte man wissen, dass nur 2,50 PLN benötigt werden für eine warme Mahlzeit. Da man in der Regel für Mahlzeiten in der Schule bezahlen muss, können sie von vielen Kindern nicht in Anspruch genommen werden, denn ihre Familien haben nicht genügend Geld. Deshalb wird mit dieser Aktion Geld gesammelt. Die praktische Umsetzung der polnischen Humanitäraktion erfolgt über das Internet. Wenn man die Hauptseite besucht und auf den Bauch des Hampelmannes klickt, so spendet man. Ein Klick bedeutet 5 oder 10 Groschen, die für das Mittagessen der Kinder bestimmt sind. Im ersten Jahr (Schuljahr

²⁷ www.pajacyk.pl

2001/2002) finanzierte das Hampelmännchen 2.203 Kindern in 45 Schulen in 6 Woiwodschaften die zusätzliche Ernährung. Im Schuljahr 2004/2005 werden 4.848 Kinder in 125 Schulen (alle Woiwodschaften) mit einer Mahlzeit in der Schule versorgt.

3.3 Zweisprachige Erziehung an der Spreewald-Grundschule in Berlin

Die Spreewald-Grundschule befindet sich in Berlin am Winterfeldtplatz, einem Wohngebiet in Grenzbereich von Kreuzberg und Schöneberg, in dem viele arme Menschen und Migranten leben. An dieser Schule sind mittlerweile mehr als 80 % der Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, vor zwei Jahren waren das noch 70 %. Das wirft enorme pädagogische Probleme auf, z.B. beim Spracherwerb. Viele bildungsbewusste Eltern, gerade auch von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache, melden ihr Kind an einer anderen Schule an, weil sie wissen, dass die Zusammensetzung einer Klasse für das Lernen ihres Kindes eine hohe Bedeutung hat. Um unter diesen Bedingungen attraktiver zu werden, hat sich die Spreewald-Grundschule neben dem normalen Schulprogramm auf Theater spezialisiert. Seit August 2002 ist die Spreewald-Grundschule von der Senatschulverwaltung als „theaterbetonte Grundschule“ anerkannt. Gleichzeitig wurde das Gebäude modernisiert. Ein spezieller Theaterraum und ein futuristisch gestaltetes Freizeithaus mit Sporthalle wurden neu eingerichtet. Zurzeit besuchen 405 Kinder diese Schule; 42 Lehrpersonen und viele Erzieher stehen für den Unterricht und die Betreuung der Kinder zur Verfügung. Die Schule ist eine seit dem 1.3.2004 eine [Ganztagsgrundschule](#). Als zweite Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität hat diese Schule die Bilingualität eingeführt. Dabei geht man davon aus, dass Türkisch die Sprache ist, die heute in Berlin neben Deutsch am meisten gesprochen wird. Wer beide Sprachen perfekt beherrscht, hat beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Vorteile der zweisprachigen Erziehung sind insbesondere darin zu sehen, dass in Kleingruppen mit maximal 12 Kindern ständig Bezug auf beide Sprachen genommen wird. Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Sprachen werden bewusst. Das Selbstwertgefühl der Kinder entwickelt sich positiv, wenn ihre Muttersprache Türkisch anerkannt wird und sie sich in beiden Sprachen sicher bewegen lernen. Darüber hinaus lernen sie –als freiwilliges Angebot– zwei Stunden in der Woche Türkisch als Begegnungssprache kennen. Der frühe Kontakt mit einer Fremdsprache hilft ihnen später, auch andere Fremdsprachen leichter zu erlernen

In jeweils einer Klasse pro Jahrgang lernen Kinder mit der Muttersprache deutsch oder türkisch mit zwei Lehrerinnen gemeinsam in beiden Sprachen. Auch in diesen zweisprachigen Klassen ist das Theaterspiel ein Schwerpunkt. Das [Konzept](#) zweisprachiger Erziehung an der Spreewald-Grundschule hat sich seit vielen Jahren bewährt.

3.4 Das Förderungsprogramm "Wachstumskraft Ziel 3" in Schweden

Das Förderungsprogramm "Wachstumskraft Ziel 3" (Växtkraft Mål 3) richtet sich sowohl an Angestellte und Arbeitslose, als auch an Langzeitranke. Der Leitgedanke aller Aktivitäten dieses Programms richtet sich auf die Kompetenzentwicklung bei den genannten Gruppen. Es verfolgt auch das Ziel, neue Methoden zu finden, um die Jugendlichen dazu zu bringen, durch eine Kombination von Praktika und theoretischen Kursen neue Kenntnisse zu erwerben.

Mit dem Programm werden insgesamt 13 Milliarden Kronen in Schweden investiert, um die Beschäftigung und das Wachstum zwischen 2000 und 2006 zu stimulieren. Die Hälfte der Gelder kommt vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und die andere Hälfte ist eine staatliche schwedische Kofinanzierung. Zum „Wachstumskraft Ziel 3“ (Växtkraft Mål 3) gehört auch das Projekt „Zusammenarbeit für eine wirkungsvollere Integration“. Das Projekt besteht aus drei Qualifizierungselementen, nämlich Gesellschaftsinformation, Praktika und Sprachstudien. Auch dieses Projekt wird aus Geldern des ESF finanziert; von der EU wurden dem Projekt 1.732.240 Kronen genehmigt. Das Projekt läuft ein Jahr. Ziel des Projektes ist es, Einwanderer durch Praktika und eine wirkungsvollere Ausbildung schneller und effektiver in die schwedische Gesellschaft integrieren.

3.5 Projekt: Die Akademikerlinie in Schweden

Dieses Projekt wird von der Universität in Växjö in Zusammenarbeit mit Komvux (das kommunale Erwachsenenbildungswerk) in Växjö und den Wirtschaftstreibenden im Verwaltungsbezirk Kronoberg seit Herbst 2002 durchgeführt, es wendet sich an frischeingewanderte Akademiker. Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- Sämtliche Integrationsformen der Region Växjö sollen mit Hilfe von Komvux und der Universität Växjö weiterentwickelt werden.
- Den eingewanderten Akademikern soll ermöglicht werden, sich selbst zu versorgen.
- Die Region soll schnell aus dem Wissen und den Fertigkeiten der eingewanderten Akademiker Nutzen ziehen.
- Zugleich soll insgesamt die innovative Kompetenz im Verwaltungsbezirk Kronoberg erhöht werden.

Den Akademikern wird ein an ihre Bedürfnisse und Neigungen angepasste eineinhalbjährige Intensivausbildung am Komvux und an der Universität Växjö angeboten. Die drei Semester enthalten folgende Schwerpunkte:

- Im 1. Semester findet ein Intensivsprachkurs statt, der durch individuell angepasste Studien- und Arbeitsplatzbesuche ergänzt wird.

- Im 2. Semester werden Kurse über Politik, Kultur und Arbeitsmarkt angeboten. Es gibt auch die Möglichkeit, Kurse zu belegen, die in die eigenen Fachbereiche der Kursbesucher fallen. Gleichzeitig findet eine Weiterführung des Schwedischunterrichts auf Grundschulniveau statt.
- Im 3. Semester bewegt sich der Schwedischunterricht bereits auf gymnasialem Niveau. Außerdem beschäftigen sich die Kursteilnehmer mit Spezialkursen innerhalb ihrer früheren Ausbildung und Berufserfahrung. Der Kurs wird mit einem fünfwöchigen Praktikum an einem Arbeitsplatz eigener Wahl abgeschlossen.

Nach abgeschlossenem Kurs hat man außer guten Kenntnissen in Schwedisch auch 40 Universitätspunkte erworben, und somit eine gute Grundlage sowohl für weitere Studien als auch für das Arbeitsleben. Wenn es gelingt, ein Netz aufzubauen und weitere Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, kann diese Ausbildung ein fester Bestandteil der universitären Tätigkeit werden und je nach Bedarf zur Integration neuer Mitglieder der Gesellschaft verwendet werden.

3.6 Das Projekt Die breite Schule (De brede School) in den Niederlanden

Ausgehend vom Konzept der Community School in Großbritannien und in den USA sowie ersten Experimenten in Rotterdam und Groningen (Vensterschool) in den neunziger Jahren macht die Brede School als Konzept derzeit eine rasante Entwicklung durch. Mit dieser Schulform versucht man, eine Verbindung der drei Lebensbereiche Schule - Nachbarschaft und Elternhaus herzustellen und die Schule den Eltern näher zu bringen. Schulen werden als Orte der Begegnung verstanden, weil sich hier Alt und Jung treffen. Die Angebote dieser Schulen verbinden deshalb die Komponenten Unterricht, außerschulische Kinderbetreuung, Sozialarbeit, Gesundheitsfürsorge, Sport und Kultur.

Der umfassende Ansatz dieses Projektes zeigt sich beispielhaft auch daran, dass die Einrichtung von Computerräumen in Nachbarschaftszentren, die Einführung von Sprachkursen für Immigranten sowie verlängerte Öffnungszeiten der Verwaltung umfasst. Die Gemeinden sind an der Entwicklung dieser Einrichtungen sehr interessiert, da diese die Einbeziehung der Eltern fördern.

Wie dieses Projekt in der Praxis umgesetzt wird soll am Beispiel der „bredebuurtschool“ in Den Haag „Heilig Hartschool“ gezeigt, eine Schule mit 320 Schülern, mitten in einem Viertel mit vielen sozialen Problemen. Besonders erwähnenswert ist das „Elternwohnzimmer“, ein Klassenzimmer, das zu einem Wohnzimmer umgebaut wurde. Die Eltern können davon täglich Gebrauch machen, um Kontakte zu knüpfen, aber auch für ein Gespräch mit einem Sozialarbeiter oder um einen Kurs zu absolvieren. Zweimal pro Woche können die Eltern an einem Kurs „Erwachsenenbildung“ teilnehmen. Im März 2003 hat die Heilig Hartschool ein

neues Gebäude für Kultur, Bildung und Gesundheitsversorgung bekommen, dass die Zusammenarbeit noch verstärken soll. Im zweiten Jahr sollen nun die Eltern mehr Initiative ergreifen, z.B. als Gasteltern auftreten, um so andere Eltern zu einer Partizipation zu überzeugen. Sehr gute Erfahrungen wurden mit Infoveranstaltungen gemacht in Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter/in und ein Pädagoge/in. Das Interesse der Eltern am Schulalltag konnte mit dem „Elternwohnzimmer“ deutlich gesteigert werden. Es wurde die Erfahrung gemacht, dass ein gutes Eltern-Lehrer Verhältnis sich positiv auf die Leistung des Kindes auswirkt.

Die Ziele der „Brede School“ sind erreicht, wenn

- Schule, Eltern und Umgebung die Erziehung und Entwicklung des Kindes als gemeinsame Verantwortung sehen.
- Kinder und Eltern mit ausländischem Hintergrund die niederländische Sprache ausreichend beherrschen.
- Schüler mit Lernproblemen eine gute Infrastruktur zur Verfügung haben.
- Schüler mit ausländischem Hintergrund oder aus sozial niedrigen Schichten die gleichen Chancen haben auf höhere Schulbildung.
- Schüler die Möglichkeit haben am kulturellen Leben teilzunehmen.

4. Zusammenfassende Ergebnisse

Die Analyse der betrachteten nationalen Bildungssysteme und auch der besonderen Projekte zur Förderung der Integration haben nicht zu dem Ergebnis geführt, dass man eindeutig feststellen kann, welches das nahezu ideale Projekt oder Vorgehen ist. Aus den Beratungen in der Gruppe ergeben sich eine Reihe von Empfehlungen, die sich wie folgt gruppieren lassen:

- a) Soziale Integration wird oft als ein Problem von Immigranten betrachtet. Diese Sichtweise verdeckt in fast allen europäischen Staaten, dass auch unter der einheimischen Bevölkerung auf Grund unzureichender Bildung und Sprachkompetenz große Integrationsprobleme bestehen. Deshalb sind für beide Gruppen
 - bereits in der frühkindlichen Phase Maßnahmen zum Erwerb bzw. zur sicheren Beherrschung der Landessprache erforderlich,
 - über die Sprachkompetenz hinaus weitere wichtige Kulturtechniken zu trainieren,
 - Eltern über die Wichtigkeit von Bildung aufzuklären, damit sie bei den Kindern eine positive Einstellung gegenüber Bildungseinrichtungen fördern.
- b) Kindergärten und Schulen sind auf die aktive Mitarbeit der Eltern angewiesen, deren Kompetenzen zur Erziehung und Förderung ihrer Kinder gestärkt und weiterentwickelt werden können durch Beispiele wie
 - das Elternwohnzimmer in de brede school (Niederlande),

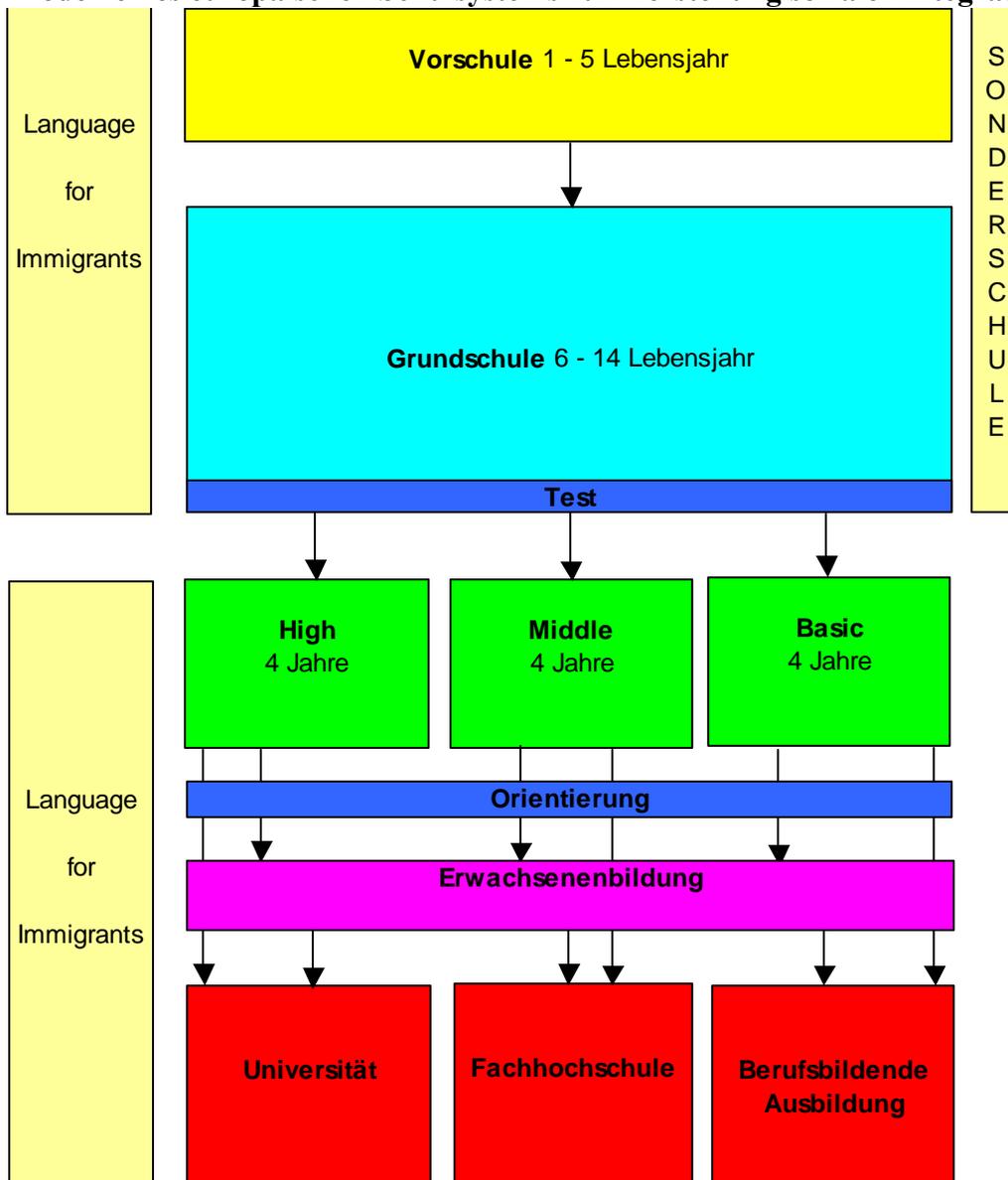
- c) Soziale Integration von Immigranten kann nicht allein durch Bildung erreicht werden, sie muss im alltäglichen Leben unterstützt werden. Dabei sind die folgenden Gesichtspunkte wichtig:
- Integration durch das Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung,
 - TV-Programme mit Untertiteln in der Sprache größerer Immigrantengruppen,
 - Aufbau eines Call-Center-Systems für Immigranten,
 - Bewahrung der kulturellen und religiösen Identität der Immigranten,
 - gesellschaftlicher Konsens für Toleranz und Fremdenfreundlichkeit.
- d) Sportliche Aktivitäten sind sehr gut geeignet, um Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zusammenzuführen. Deshalb sollten Betriebe, Schulen und Sportvereine zusammenarbeiten, um Menschen nicht nur durch die gemeinsame Ausübung verschiedener Sportarten zusammenzuführen sondern auch durch
- die Organisation von Willkommens- bzw. Kennenlernpartys
 - die Förderung von internationaler Teamarbeit,
 - die Förderung von Freizeitaktivitäten für Familien, die über den Sport hinausgehen.
- e) Soziale Integration durch Bildung darf die Erwachsenen nicht außer Acht lassen. Das schwedische Modell mit den beiden Säulen SFI (Schwedisch für Einwanderer) und Komvux (kommunale Erwachsenenbildung) ist hier vorbildlich. Beide Programme stellen sicher, dass
- die Immigranten die Landessprache lernen und Hintergrundwissen über ihre neue Heimat ererben,
 - berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten wahrgenommen werden können.
- f) Mentoren unterstützen die staatlichen Maßnahmen zur Integration wirksam, indem sie
- Immigranten gerade in der Anfangsphase der Einwanderung einen persönlichen Kontakt und eine direkte Betreuung bieten,
 - eine soziale Kontrolle über die Umsetzung der Verhaltensauflagen und Empfehlungen darstellen.
- g) Integration durch Bildung darf nicht durch die finanziellen Verhältnisse der Familien beeinträchtigt werden, deshalb
- muss der Besuch eines Kindergartens gebührenfrei sein,
 - muss der Schulbesuch mindestens bis zur Erreichung eines berufsqualifizierenden Abschlusses gebührenfrei sein,
 - sind Schulbücher mindestens für Kinder aus armen Familien kostenlos zur Verfügung zu stellen,
 - ist – sofern auf Grund der örtlichen Entfernungen erforderlich – ein kostenloser Bustransport notwendig,
 - sind Mahlzeiten in der Schule bzw. im Kindergraten mindestens für Kinder aus armen Familien kostenlos zur Verfügung zu stellen.

h) Eine positive Einstellung zur Schule und Freude beim Lernen sichern den Erfolg aller Bildungsmaßnahmen. Wichtige Voraussetzungen dafür sind:

- Förderung der kindlichen Kreativität und Neugier,
- angenehmes Lernklima, das durch gegenseitigen Respekt, Achtung und Toleranz geprägt ist,
- vertrauensvolle Beziehung zwischen Lehrern und Schülern sowie zu den Eltern,
- Schulgebäude, in denen sich Kinder wohlfühlen,
- Einbeziehung der Eltern,
- dass Eltern ein positives Bild von der Schule vermitteln,
- dass Kinder ein Eigeninteresse an ihrem Schulerfolg entwickeln.

Abschließend hat die Gruppe versucht, modellhaft ein Schulsystem zu skizzieren, das wesentliche Bedingungen zur Herstellung sozialer Integration erfüllt

Modell eines europäischen Schulsystems zur Herstellung sozialer Integration



7.3 Bericht der Gruppe 3 Kohäsion und Arbeitsmarktpolitik – Modell einer optimalen Umsetzung der Mittel zur Erreichung von mehr Beschäftigung

- 1. Einleitung**
- 2. Die nationale Arbeitsmarktpolitik**
 - 2.1. Deutschland
 - 2.2. Die Niederlande
 - 2.3. Schweden
 - 2.4. Polen
- 3. Beispielhafte Praxis**
 - 3.1. Deutschland
 - 3.2. Die Niederlande
 - 3.3. Schweden
 - 3.4. Polen
- 4. Fazit**

1. Einleitung

Die Beschäftigungspolitik ist ein unerlässlicher Faktor auf dem Weg zu einer stetig wachsenden, wettbewerbsfähigen und auf Wissen basierenden europäischen Wirtschaft. Nach der Agenda Lissabon sollen die Strategien der Mitgliederstaaten drei Hauptziele verfolgen um dieser Art von Wirtschaft den Weg zu ebnen. Die aufeinander bezogenen und zu gleichen Teilen wichtigen Hauptziele lauten: Vollbeschäftigung, Qualität und Produktivität bei der Arbeit und soziale Kohäsion und Einbeziehung. Ein besonderes Augenmerk in der Hinarbeitung auf diese Ziele soll auf die Chancengleichheit und Gleichheit der Geschlechter gelegt werden.

Die Lissabon Strategie (März 2000)

Das Ziel der Lissabon Strategie ist es, die EU zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten auf Wissen basierenden Wirtschaft in der Welt bis 2010 zu machen, dazu fähig, stetiges Wirtschaftswachstum wie auch bessere Arbeit und höhere soziale Kohäsion aufrechtzuerhalten.

Vollbeschäftigung

In Bezug auf das Hauptziel Vollbeschäftigung sollen bis 2010 folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- eine generelle Beschäftigungsrate von 70%
- eine Beschäftigungsrate von 60% für Frauen
- eine Beschäftigungsrate von 50% für ältere Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre)

Verbesserung der Qualität und Produktivität bei der Arbeit

Ein Faktor, der dazu beitragen kann, die Arbeitsproduktivität zu steigern, ist die Arbeitsqualität. Das Konzept der Arbeitsqualität ist jedoch vielfältig. Es umfasst, ohne

erschöpfend zu sein, die wesentliche Arbeitsqualität, lebenslanges Lernen, sozialen Dialog und die Einbindung von Arbeitern, Nicht-Diskriminierung und die generelle Arbeitsleistung.

Stärkung der sozialen Kohäsion und der Einbeziehung

Der Schlüssel zur sozialen Einbeziehung ist die Arbeitsbeteiligung derjenigen die arbeitsfähig sind in einer nicht diskriminierenden Art und Weise. Die Beschäftigungspolitik der Mitgliederstaaten sollte auf diesen Vorsatz Bezug nehmen. Die Beschäftigungspolitik soll außerdem zu der Verminderung der Beschäftigungsunterschiede um die Wirtschafts- und Sozialkohäsion zu fördern.

Um die Hauptziele zu verfolgen, müssen zehn besondere Richtlinien beachtet werden:

1. Aktive und präventive Maßnahmen für Arbeitslose und Inaktive.
2. Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmen.
3. Wandel angehen und Anpassungsfähigkeit und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt fördern
4. Förderung von Humankapital und lebenslangem Lernen
5. Steigerung der Arbeitsvorräte und Förderung des aktiven Alters
6. Gleichheit der Geschlechter
7. Förderung der Integration und Bekämpfung der Diskriminierung gegen einen Nachteil auf dem Arbeitsmarkt
8. Arbeit lohnender machen durch Lohnanreize um die Arbeitsattraktivität zu steigern
9. Die Umwandlung von Schwarzarbeit in Normalbeschäftigung
10. Regionale Beschäftigungsunterschiede angehen

Dieser Bericht behandelt einige Aspekte der Strategie zur Aufrechterhaltung einer wettbewerbsfähigen und auf Wissen basierenden europäischen Wirtschaft. Im Rahmen des Sokrates Projekts haben Studenten von vier Universitäten an dem Thema Kohäsion und Beschäftigung mit besonderem Augenmerk auf der optimalen Nutzung von europäischen und nationalen Finanzmitteln zur Förderung von Beschäftigung.

In diesem Workshop wurden vier Fragen behandelt:

- Wie wird die Arbeitslosigkeitssituation in den Mitgliederstaaten dargestellt und wie wird sich diese entwickeln, in Bezug auf Alter, Bildung und besonders die Situation der Jugendlichen?
- Was sind die wesentlichen Kennzeichen des Arbeitsmarktes und wie sind die Beschäftigungsstrategien der Mitgliederstaaten dargestellt in Bezug auf Ziele, Instrument und Offenheit gegenüber Arbeitnehmern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union?
- Wie ist die Arbeitsvermittlung in den Mitgliederstaaten strukturiert?
- Was sind die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den vier nationalen Angehensweisen und was kann aus ihnen gelernt werden?

Für die Beantwortung dieser Fragen werden Beispiele die mit europäischen Mitteln finanziert werden, z.B. ESF; EQUAL aber auch LEADER+, eine wesentliche Rolle spielen.

2. Nationale Arbeitsmarktstrategie

2.1. Deutschland

Allgemein

Ziel der Regierung in Deutschland ist es, mehr Menschen eine Arbeit zu beschaffen, um so die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn mehr Menschen arbeiten, kommt auch mehr Geld in den

Umlauf und so wird die Binnennachfrage und die Entwicklung des Arbeitsmarktes weiter gefördert. Somit werden außerdem die Sozialsysteme entlastet. Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist schlecht und wird sich in den nächsten Monaten wahrscheinlich auch nicht verbessern. Die Regierung versucht dem Trend mit Programmen und Reformen entgegen zu wirken.

Ziele der Arbeitsmarktpolitik

Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, durch Reformen die Menschen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es geht vor allem um:

1. schnellere Annahme einer angebotenen Stelle
2. mehr eigenes Engagement

Durch die Unterstützung von wirtschaftlichen Projekten, wie der Existenzgründung, sollen sich mehr Unternehmen in den Arbeitsmarkt integrieren. Das Gesetz (Hartz IV) sieht vor, dass jeder, der eine zumutbare Stelle angeboten bekommt, diese auch annehmen muss. Sonst werden soziale Leistungen gekürzt oder fallen ganz weg. Weitere Maßnahmen, um den Standort Deutschland für Unternehmen attraktiv zu machen sind, Subventionen und Steuersenkungen. Die Kosten für die soziale Sicherung sollen gesenkt werden, um die Unternehmen weiter zu entlasten. Der Staat fordert mehr Eigenverantwortung von seinen Bürgern, z.B. bei der Altersversorgung. Steuererhöhungen für private Haushalte spielen bei den Reformen keine Rolle. Eine Vereinbarung zwischen dem Staat und den Unternehmen, bezüglich der Schaffung von mehr Lehrstellen, der so genannte „Ausbildungspakt“, funktioniert nicht. Hierbei handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung seitens des Staates für die Schaffung von Ausbildungsplätzen.

Arbeitsmarktinstrumente

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird durch verschiedene Instrumente, die die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen und fördern sollen, geregelt. Dafür werden Maßnahmen und Förderprogramme von Bund, Ländern und der EU in Anspruch genommen. Die Förderung der EU erfolgt aus den Programmen ESF, EFRE und anderen. Dabei wird je nach Bedürftigkeit immer ein bestimmtes Zielgebiet gefördert. Jährlich werden Fördermittel aus diesen Programmen von der EU an Deutschland gezahlt.

Einige Beispiele zur Förderung durch die EU in Berlin:

Ziel- gebiet	Förderung von	EU-weit in Mrd. €	Berlin in Mrd. €
Ziel 1	70% der Mittel dienen zur strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand, in denen 22% der Bevölkerung der Union leben; in Berlin: ehemalige östliche Stadthälfte	135,9	0,72

Ziel 2	11,5% der Mittel werden verwandt für die wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen, in denen 18% der EU-Bevölkerung leben; in Berlin: Teile West-Berlins	22,5	0,4
Ziel 3	12,3% der Mittel werden verwandt für die Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme und zur Beschäftigungsförderung. Die Ziel-3 Mittel stehen nur zur Verfügung außerhalb der Ziel-1-Regionen (in denen diese Maßnahmen Teil der Ziel-1 Förderung aus dem europäischen Sozialfonds sind); in Berlin: ehemalige westliche Stadthälfte	24,1	0,19
Darüber hinaus fördert die Europäische Union noch spezifische Ziele im Rahmen von vier Gemeinschaftsinitiativen (kleinere Förderprogramme).		12,5	

1.2. Die Niederlande

Die Ziele der nationalen Beschäftigungspolitik in den Niederlanden

In diesem Abschnitt behandeln wir die Hauptziele der niederländischen Arbeitsmarktpolitik. Wir haben 10 Richtlinien herausgearbeitet:

Aktive und präventive Maßnahmen für die Arbeitslosen und Inaktiven

Die zentralen Ziele des Kabinetts sind ein Anstieg in der Arbeitsbeteiligung und eine ausreichende Investition in Humankapital. Die konkreten Ziele bezüglich der Beschäftigung in den Niederlanden lauten: eine Arbeitsbeteiligung von 70% bis zum Jahre 2010, bestehend aus einer Beteiligung von Frauen von 65%, von Älteren 50% und von ethnischen Minderheiten von 54%. Abschließend will das Kabinett die Jugendarbeitslosigkeit (15-22 Jahre, ausgenommen Schüler und Studenten) unter der zweifachen Gesamtarbeitslosigkeit in den Jahren 2003-2007 halten. Um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren, arbeitet das Kabinett zur Zeit an der Schaffung von 40,000 Arbeitsplätzen und regt die Kooperation sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene an um die Jugend in die Arbeit einzugliedern oder innerhalb von sechs Monaten zurück zur Schule zuführen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 wurden über 3,500 zusätzliche Arbeitsplätze für die Jugend geschaffen. Das Ziel für 2004 ist die Schaffung von 7,500 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche.

Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmergeist

Die Regierung ist darum bemüht, die Anzahl von Unternehmen zu vergrößern und das Wirtschaftsklima durch ihre Unternehmerpolitik zu verbessern. Der Schlüsselfaktor ist hier die Beseitigung von Hindernissen.

Aufzeigen von Veränderungen und die Förderung von Anpassungsfähigkeit und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt

Das Ziel dieser Politik ist es, einen flexiblen Arbeitsmarkt zu erhalten, der dazu fähig ist, ökonomische Schocks zu absorbieren. Diese besondere Richtlinie umfasst eine breite Palette an Politikgebieten, von der Arbeitsgesetzgebung bis hin zu Arbeitsbedingungen.

Förderung von Humankapital und lebenslangem Lernen

Die Regierung ist bestrebt, das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte sowohl am unteren Ende (grundlegende Qualifikationsebene) wie auch am oberen Ende (Anstieg der Anzahl von Menschen mit höheren Qualifikationen) zu steigern. Im Allgemeinen versucht die Regierung die Anzahl von Leuten, die an Bildung und Ausbildung teilnehmen, zu vergrößern.

Erhöhen der Arbeitsförderung und Unterstützung im Altersprozess

Die Regierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung einige wichtige Strategemaßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsrate niedergelegt, ins Besondere Maßnahmen in Bezug auf freiwillige frühzeitige Pension / Frühpensionierung, Invalidenbonus, Arbeitslosenbonus und sozialer Unterstützung.

Geschlechtergleichheit

Die Beschäftigungsrate für Frauen hat sich beträchtliche gesteigert in den letzten Jahren. Die Regierungsstrategie in diesem Gebiet konzentriert sich auf Gehaltsunterschiede, Mobilität für höhere Positionen, Kinderbetreuung und Möglichkeiten zur Kombinierung von Arbeit und Familie.

Förderung der Integration und Bekämpfung von Diskriminierung von benachteiligten

Gruppen auf dem Arbeitsmarktes

Das Ziel dieser Politik ist es, die effektive Arbeitsversorgung von Gruppen die eine geringe Arbeitsbeteiligungsrate vorweisen zu vergrößern. Das Grundprinzip lautet hierbei die Hindernisse, die bestimmte Gruppen hindern, zu beseitigen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Arbeitsattraktivität erhöhen mittels Lohnanreize

Bei dem Versuch, die Abhängigkeit der Menschen von Sozialhilfe zu vermindern und die Arbeitsbeteiligung und -ausbildung anzuregen, ist es von großer Bedeutung, die Armutsfalle zu bekämpfen. Eine Armutsfalle existiert dann, wenn ein Anstieg im Bruttoeinkommen (als Ergebnis einer Arbeitsaufnahme oder einer Gehaltserhöhung) nur wenig oder keine Auswirkung auf das zur Verfügung stehende Nettoeinkommen hat. Dieses kann negative Auswirkungen auf den Entschluss zur Arbeitsaufnahme (Arbeitslosenfalle) oder zur Investition in die Verbesserung der eigenen Mobilität zu höheren Positionen auf dem Arbeitsmarkt (Mobilitätsfalle oder Grenzdruck) haben. Im Einklang mit der Richtlinie, die

Arbeit lohnender zu machen, behandelt diese Sektion die finanziellen Lohnanreize zur Arbeitsaufnahme.

Umwandlung von Schwarzarbeit in Normalbeschäftigung

Die Grundsätze dieser Strategie sind die Wiederherstellung eines gesunden Arbeitsmarktes und fairem Wettbewerb durch die Verstärkung von Kontrollen und Untersuchungsmaßnahmen.

Angehung von regionalen Beschäftigungsunterschieden

Die Verantwortung für die regionale Beschäftigungspolitik liegt bei den regionalen Spielern, sie sind zudem besser positioniert als die zentrale Regierung, um zu wissen, was gebraucht wird, damit der lokale und regionale Arbeitsmarkt effektiv funktioniert. Die Hauptziele des niederländischen Kabinetts in Bezug auf Beschäftigung haben ein paar Veränderungen in der sozialwirtschaftlichen Politik bewirkt. Zum Beispiel, das Arbeits- und Beistandsgesetz (*Wet Werk en Bijstand*) trat in Kraft am 1. Januar 2004 und erste Schritte sind unternommen worden zur Restrukturierung des Arbeitsgehindertenversicherungsgesetz (*Wet op de Arbeidsongeschiktheidsverzekering: WAO*). Weitere Maßnahmen sind getroffen worden in Bezug auf das Arbeitslosigkeitsgesetz (*Werkloosheidswet: WW*).

Das Instrument für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Jugendliche ist die Jugendarbeitslosigkeitsschulungsgruppe, die letztes Jahr eingerichtet wurde.

Um Unternehmen zu fördern und das Unternehmerklima zu verbessern, legte der Wirtschaftsminister dem Parlament das Strategiepapier: „Handeln für Unternehmen!“ vor. Dieses Strategiepapier schließt 43 konkrete Handlungspunkte ein, die auf die Beseitigung von 25 Hindernissen, die von den Unternehmern in den Niederlanden als meist bedrückend empfunden werden, abzielen.

1.3 Schweden

Eine Arbeitsmarktpolitik, die Mitwirkung und Wachstum fördert.

Das langfristige Ziel der schwedischen Regierung ist es, Vollbeschäftigung zu schaffen. Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt und eine effektive Arbeitsmarktpolitik sind notwendig, um das Wachstum und die Wohlfahrt zu gewährleisten. Um das Ziel zu erreichen ist es sehr wichtig, dass der Kontakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Probleme zustande kommt. Die Regierung hat Maßnahmen in den Weg geleitet, damit die Menschen die Qualifikationen bekommen, die der Arbeitsmarkt auch verlangt. Sie versuchen auch die Mobilität der Menschen zu fördern, damit es keinen Mangel an Arbeitskräften in den einzelnen Regionen oder Kommunen gibt.

Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik

In Schweden gibt es vor allem drei Hauptaufgaben:

- Arbeitslosen soll eine Arbeit vermittelt werden und Arbeitgeber sollen qualifizierte Arbeitskräfte vermittelt bekommen.
- Maßnahmen ergreifen, um den Arbeitsplatzmangel einzudämmen. Arbeitslosen, die Probleme haben einen Job zu finden, muss geholfen werden.
- Die Arbeitsmarktpolitik soll auch die Unterschiede am Arbeitsmarkt zwischen den Geschlechtern vermindern.

Arbeitskenntnisse

Die schwedische Regierung führt aktive Maßnahmen durch, damit Arbeitslose wieder motiviert sind, am Berufsleben teilzunehmen. Das Prinzip „lieber arbeiten“ ist die Grundlage, worauf die Arbeitsmarktpolitik sich stützt. In den letzten Jahren hat sich dieses Prinzip auch weiterentwickelt und umfasst jetzt Weiterbildungen und Umschulungen. Es bedeutet auch, jemanden lieber einzustellen als ihn an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenprogrammen teilnehmen zu lassen.

Wenn es keinen Job gibt, dann wird den Arbeitslosen eine Weiterbildung angeboten oder sie bekommen auch die Möglichkeit, ein Praktikum zu machen, was später zu einer Arbeit führen kann.

Der schwedische Aktionsplan für Arbeit

1. Aktive und vorbeugende Maßnahmen für die Arbeitslose und Inaktive
Ausbildung, Trainee-Programme, Beschäftigung, Beschäftigungsgarantie

2. Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmergeist
Optimale Regelungen und gut funktionierende Märkte sind Schlüsselrahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Unternehmen

3. Aufzeigen von Veränderungen, Anpassungsfähigkeit und Mobilität im Arbeitsmarkt
Die Regierungspolitik hilft auch, die Prioritäten festzulegen, auf die sich die EU hinsichtlich Beschäftigung und Sozialfragen in ihrem gemeinsamen Report über Beschäftigung 2004 einigten.
Es gibt eine Webseite, auf der alle Bildungsformen in Schweden und in anderen Ländern dargestellt werden, so dass sich alle Interessierten informieren können.

4. Kompetenzentwicklung und lebenslanges Lernen
Es sollten mehr die obligatorische Schule und die Obersekundarschule mit anerkannten Abschlüssen absolvieren und anschließend eine höhere Ausbildung beginnen.
Die Qualität der obligatorischen Schule soll verbessert werden
Es soll eine Rekrutierungszulage für ältere Studenten geben, die zwischen 25-50 sind, die eine kurze Ausbildung haben oder für diejenigen, die riskieren, arbeitslos zu werden.

5. Erhöhen der Arbeitsförderung und Unterstützung im Altersprozess
Eine Empfehlung ist es, die Krankgemeldeten so schnell wie möglich zu rehabilitieren und vorbeugende Maßnahmen an den Arbeitsplätzen vorzunehmen (für Immigranten, junge Leute und Krankgemeldete über einen langen Zeitraum).

6. Geschlechtergleichheit

Frauen und Männer sollten die selben Möglichkeiten, Rechte und Pflichten in allen Bereichen und die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit erhalten.

Es wird bald ein Aktionsplan präsentiert werden, der die Abschaffung der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zum Ziel hat.

7. Fördern der Integration von benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt und Bekämpfung von Diskriminierung

Die Regierung wird 50 Million Kronen für Trainee-Programme bereitstellen

8. Die Arbeitsattraktivität erhöhen mittels Lohnanreizen

Die maximale Gebühr innerhalb der Kinderbetreuung bedeutet, dass Familien 3% (maximal 123 Euro/Monat) von ihrem Einkommen für das erste Kind zahlen, 2% (maximal 82 Euro/Monat) für das zweite und 1% (maximal 41 Euro /Monat) für das dritte Kind. Das hat zu mehr Möglichkeiten geführt, um nach einem Job zu suchen und mehr Leute erhöhen ihre Arbeitsstunden von Teilzeit zu Vollzeit.

9. Umwandeln von Schwarzarbeit zu regulären Beschäftigungsverhältnissen

Effektivere Nutzung von Steuerinstrumenten, welche der Schwarzarbeit entgegenwirken; Erklären der Konsequenzen bei Ausschluss von diesem System (Arbeitsrecht, Arbeitsschutz usw.)

10. Aufzeigen von regionalen Beschäftigungsdisparitäten

Viele Projekte sind darauf ausgerichtet, eine Struktur für die Erwachsenenbildung zu entwickeln, zusammen mit Anpassungen und IT-basierter Ausbildung, sogenannte „learning centres“. Die Regierung möchte eine Hochschule in jeder Provinz haben.

1.4. Polen

a. Ziele

Die nationale Strategie zum Wachstum von Arbeitnehmern und des Humankapitals

- Hauptziele:
 - Verbesserung der Möglichkeiten eine Arbeit zu finden
 - Anreize für die Selbständigkeit
 - Verbesserung der Anpassungsfähigkeiten an einen sich wandelnden Markt
 - Verbesserung der Gleichheitsgrundsätze auf dem Arbeitsmarkt
 - Schaffung neuer Arbeitsplätze
 - Verbesserung der Arbeitnehmermobilität → Umschulungen
 - Umwandlung von Schwarzarbeit in Normalbeschäftigung
 - Förderung des Bemühens um eine Arbeit

b. Instrumente

Arbeitsstrukturprogramm – Die Entwicklung von Humankapital 2004-2006

NATIONALE EBENE

1. Priorität. Aktive Arbeitsmarkt- und soziale Integrationspolitik

1.1. Verbesserung und Modernisierung der Arbeitsmarkteinrichtungen

1.2. Perspektiven für junge Leute

1.3. Vermeidung und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

1.4. Integration Behinderter in den Arbeitsmarkt

1.5. Förderung einer aktiven Politik zur Geltung von Gruppen mit hohem Risikofaktor

1.6. Integration und Reintegration von arbeitenden Frauen

2. Priorität. Entwicklung einer wissensbasierenden Gesellschaft. Aktivitäten:

- 2.1. Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Bildung – Förderung des lebenslangen Lernens
- 2.2. Verbesserung der Ausbildungsqualität nach dem Bedarf des Arbeitsmarktes
- 2.3. Verbesserung der Humankapitals in der modernen Wirtschaft
- 2.4. Verbesserung der administrativen Fähigkeiten

Integriertes Strukturprogramm – Regionale Verbesserungen
REGIONALEBENE

2. Priorität. Verbesserung des Humankapitals

- 2.1. Verbesserung des Humankapitals → angepasst an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Möglichkeit des lebenslangen Lernens
 - 2.2. Chancengleichheit → Stipendien
 - 2.3. Umschulung der Leute, die die landwirtschaftlichen Berufe verlassen
 - 2.4. Berufliche Umschulung derjenigen, die ihre Arbeitstelle verloren haben
 - 2.5. Förderung von Selbständigkeit

c. Offenheit für Arbeiter

EU-Mitglieder sind ohne Probleme als Arbeitskräfte willkommen. Für Arbeitskräfte aus anderen Ländern ist eine Erlaubnis notwendig. Es ist sehr schwierig, eine Erlaubnis zu bekommen, vielleicht daher weil eine Arbeitserlaubnis erst dann erteilt wird, wenn kein gleichwertiger polnischer Arbeiter zur Verfügung steht.

4. Beispielhafte Praxis

4.1. Deutschland

Beispiele

Deutschland wird aus mehreren EU-Projekten unterstützt, z.B. ESF- Fonds. Durch ihn wird Berlin Gelder zugewiesen, das z.B. für ein Projekt zur Förderung der Gleichberechtigung. Hauptziel dieses Projekts ist es, Frauen mit dem Computer vertraut zu machen, damit sie die gleichen Arbeitskenntnisse und auch Chancen am Arbeitsmarkt haben. Dieses Projekt besteht schon seit 1994. Kurse werden zweimal im Jahr angeboten. Insgesamt werden dafür 144.156DM aus dem ESF – Fonds ausgegeben.

Ein weiteres Projekt ist die Sanierung der Eliaskirche im Prenzlauer Berg (Berlin). Durch Unterstützung der Gelder aus dem EFRE- Fonds wird diese Kirche saniert und so gestaltet, dass sie für Kinder und Jugendliche als Museum oder für andere interaktive Ausstellungen genutzt werden kann. Unter dem Förderprogramm Sozial Stadt soll die Eliaskirche ein Teil des Jugend-Freizeit-Zentrums Eliashof werden, indem Kinder, Jugendliche, Schulklassen und Familien einen angenehmen Aufenthalt genießen können. Aus dem EFRE-Fond bekommt das Land Berlin 575.203,37€ für dieses Projekt, welches 2001 begann und im Herbst 2003 endete.

4.2. Die Niederlande

Zwei Projekte in der Provinz Fryslân die von der EU gefördert werden sind:

ESF: Stiftung Horticulture Project Friesland (Stichting Tuinbouwproject Friesland, begonnen im Dezember 1986) ist eine Stiftung für die Ausbildung von Arbeitssuchenden und (zukünftigen) Unternehmer im Agrarsektor Frieslands. Die Ziele dieser Stiftung sind die Initiierung, der Aufbau, die Begleitung und Beratung von Agrarfirmer und Projekten für Ausbildung. Die Stiftung Horticulture Project Friesland hat zwei Ausbildungszentren. Jährlich nehmen 15-30 Arbeitssuchende an diesem Projekt teil und die Ergebnisse zeigen, dass ca. 75% der Teilnehmer eine Arbeit finden.

LEADER: Doarp and Bedriuw Fryslân (DBF) ist der Initiator des Projekt STIPO (Stimulierungsprojekt für Innovationen in ländlichen Unternehmen). Es handelt sich dabei um Unterstützung für kleine Unternehmen (bis zu 10 Angestellte) im LEADER Bereich. Die Unterstützung besteht aus einem Beitrag von 20% der Investition die zu einer Erneuerung der Produkte führt. Weiterhin, 50% können Subventionen für die Kosten der Firmenberatung erhalten. Die Investitionsregelungen waren ein Erfolg. Die Dynamik in unserer Region ist offensichtlich hoch.

4.3. Schweden

EU-Projekte

Das „Technikprogramm für Frauen“ (Teknikprogram för kvinnor) ist ein EU –Projekt bei dem Unternehmen ITT Flygt, welches in Emmaboda Pumpen herstellt. Mit diesem Programm wurden Voraussetzungen geschaffen, um die Frauenarbeitsquote in der Industrie zu erhöhen. Mit diesem Projekt wurden 3 Ziele verfolgt. Zum ersten werden Frauen gefördert und erhalten eine hochwertige Ausbildung. Das zweite Ziel ist es, durch diese hochwertige Technikausbildung die Frauenquote im Unternehmen Flygt zu erhöhen. Das dritte Ziel ist es, die ausgebildeten Frauen zu 100 % zu übernehmen. In 19 Monaten absolvieren die Teilnehmerinnen eine Ausbildung, die die dem traditionellen dreijährigen Industrieprogramm im Gymnasium entspricht. Der Kurs enthält 6 praktische Wochen und wurde bisher zwei Mal durchgeführt. Alle Teilnehmerinnen erhielten eine hochqualifizierte Ausbildung und konnten dann vom Unternehmen übernommen werden.

Die Ausbildung kostet etwa 800.000 EUR pro Gruppe. Das Unternehmen Flygt trägt davon ca. 300.000 EUR. Der andere Teil wurde von dem ESF Rat und der Arbeitsvermittlung Kuns kapslyftet im ersten Durchgang finanziert. Den zweiten Durchgang finanzierte ebenfalls die Arbeitsvermittlung in Zusammenarbeit mit dem Vilhelm Moberg Gymnasium. Das besondere an diesem Projekt ist, dass es von einem privaten Unternehmen, Flygt, und nicht von einer Behörde finanziert wird.

Ergebnis:

Chancengleichheit für Frauen durch hochwertige Ausbildung
Erhöhte Gleichberechtigung durch große Frauenquote bei Flygt

Alle Frauen schlossen ihre Ausbildung mit sehr guten Noten ab.

Da alle Frauen eine Festanstellung nach ihrer Ausbildung erhielten, wurde die Gleichberechtigung erhöht.

100 % Übernahme nach der

Ausbildung

Alle Teilnehmerinnen haben hervorragende Ausbildungen auf sehr hohem Niveau erhalten und konnten fest angestellt werden.

4.4. Polen

Arbeit als Mitgift – ein Modell des Ausbruchs aus der Familienarbeitslosigkeit in ländlichen Gegenden

- Erklärung

Das Ziel der Partnerschaft ist die Kooperation für die Mitglieder der ländlichen Familien, die an Arbeitslosigkeit leiden und Arbeitslosigkeit zwischen den Generationen (zwei oder mehr Personen einer Familie die arbeitslos sind), besonders für die Familien, die von einem Arbeitslosigkeitserbe bedroht sind, da mindestens eines ihrer Mitglieder arbeitslos ist und ein Kind die Schule ohne Abschluss abgebrochen hat und keine Ausbildungserfahrung hat. Die Zielgruppe wird sowohl Männer als auch Frauen einschließen, ohne Rücksicht auf Alter oder Ursprung. Die Aktionen konzentrieren sich auf die Personen mit niedrigem Bildungsniveau,

Kenntnissen und Einkommen, die besonders gefährdet durch den sozialen Ausschluss sind aufgrund von Problemen mit dem Zugang zu Bildung und Arbeitsmarktleistungen und einer diskriminierenden Vorstellung unter den Angestellten.

Wie in dem Bericht über das Armutsniveau und die Untersuchungen zur Sozialen Ausgrenzung (vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Sozialpolitik in Warschau 2004) angedeutet, hat die Provinz Zachodniopomorskie eine hohe Familienarbeitslosigkeitsrate, besonders in den ländlichen Gegenden. Diese Familienarbeitslosigkeit ist stark verbunden mit einem geringen Ausbildungsniveau und zahlreichen Großfamilien. Dieses Problem birgt die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Kinder aus ländlichen Familien die an Arbeitslosigkeit und Unbeholfenheit leiden, verlassen häufig zu früh die Schule und verlassen auch das Bildungssystem.

Folgende Schritte sollen zur Lösung der angezeigten sozialen Probleme führen:

- 1) Erfassen der Zielgruppe, Erreichung der Zielgruppe und Einbeziehung ihrer Mitglieder in den Entscheidungsprozess;
- 2) Analysen und Untersuchungen zu Ursachen der Probleme der Zielgruppe. Analysen der Ursachen für den Effektivitätsmangel der Maßnahmen und der vollzogenen Handlungen in der Vergangenheit;
- 3) Ausarbeitung und Durchführung eines Koordinationssystems für die Unterstützung der Familien gefährdet durch Arbeitslosigkeitserbe in Verbindung mit dem System der Selbsthilfe basierend auf dem Engagement lokaler Gemeinden einschließlich der Nutznießer von Unterstützung und potentiellen Arbeitgebern.
- 4) Realisierung der Erstleistungen für eine Gruppe von 200-400 Nutznießern (100 Familien)
- 5) Institutionalisierung und Förderung des Systems. Anpassung des Modells für eine größere Gruppe von Nutznießern.

Hauptziele:

Das Hauptziel der Partnerschaft ist es, die Chancen eine Arbeit zu finden und zum Arbeitsmarkt zurückzukehren für die Nutznießergruppe gleichzustellen durch:

- Bekämpfung der Hindernisse bestehend aus niedrigem Ausbildungs- und Bildungsniveau, die aus diese Faktoren resultieren:
 - Zugangsprobleme zu Informationen, Bildung und den Leistungen der Arbeitsmarktinstitutionen in ländlichen Gegenden
 - Unzureichende Anpassung der Arbeitsmarktsmaßnahmen an die Bedürfnisse der Nutznießer.
 - Das Fehlen von positiven Beispielen und Normen in der Familie und der Gesellschaft; Unbeholfenheit und Apathie.
- Änderungen der unfreundlichen Vorurteile unter den Arbeitgebern im Zusammenhang mit den Arbeitern aus den ländliche Gebieten.

Das Projekt ist an die ländlichen Familien gerichtet, die von Familien- und Generationenarbeitslosigkeit betroffen sind (in denen mindestens zwei Personen oder zwei Generationen keine Arbeit haben) oder die durch geerbte Arbeitslosigkeit gefährdet sind weil ein Elternteil arbeitslos ist und ein Kind das Bildungssystem abgebrochen hat ohne einen Schulabschluss oder berufliche Qualifizierung.

Die Partnerschaft gegen Diskriminierung und Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt wird ein komplexes System von institutioneller Unterstützung ausarbeiten und durchführen auf der regionalen und kommunalen Ebene (kleinere administrative Einheiten) für die von Arbeitslosigkeitserbe gefährdeten Familien zusammen mit einem Selbsthilfe system basierend auf dem Engagement von lokalen Gemeinden einschließlich den Nutznießern und potenziellen Arbeitgebern.

Involvierte Institutionen

Der Verband Euro-Region Pommern

Der Verband Euro-Region Pommern wurde 1997 gegründet. Es war eine Initiative von der Mitgliedern der lokalen Selbstverwaltungen und den Spezialisten aus Hochschulen, Universitäten und Untersuchungsinstitute der Region Zachodniopomorskie. Das Hauptziel von Pommern ist das Handeln für die Entwicklung der Region durch Unterstützung der lokalen Demokratie, der Selbstverwaltung, der NGOs und den Unternehmern, die von Bedeutung für die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sind. Es unterstützt außerdem grenzüberschreitende Initiativen zwischen Polen und Deutschland. Die wichtigste Handlung, die von Pommern ausgeführt wird, ist die Kooperation mit lokalen Behörden, mit Unternehmen und NGOs wie auch die Herausgabe der Zeitschrift „Regiony“.

Hochschule der Öffentlichen Verwaltung, HSPA

Die Hochschule der Öffentlichen Verwaltung ist eine private Schule. Die Ausbildungszeit für die Studenten beträgt drei Jahre. Die Graduierten der HSPA erreichen den Abschluss Bachelor of Administration. Die Schule wurde gegründet von der Stiftung für die lokale Entwicklung von Demokratie in Szczecin. Die Schule führt Ausbildungsprogramme zum Öffentlichen Verwaltungsmanager, Wirtschaftsverwaltungsmanager und Steuerberater und Steuereinzahler durch. Die Kurse werden von erfahrenen akademischen Dozenten gegeben wie auch von spezialisierten Verwaltungsangestellten. HSPA bietet zudem Teilzeitstudien und Forschungsprojekte an.

Regionales Management der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“ in Westpommern

Ist eine regionale Behörde der Gewerkschaft „Solidarnosc“. Die Gewerkschaft „Solidarnosc“ wurde 1980 gegründet als Ergebnis eines Arbeiterprotestes. Die grundlegenden Ziele der Gewerkschaft sind:

1. Der Schutz der Arbeiterrechte im Rahmen dieser Arbeit, der Gehälter und der sozialen Bedingungen;
2. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung für die Gewerkschaftsmitglieder ohne Arbeit
3. Versorgung der Mitglieder mit einem höheren Niveau an beruflichen Kenntnissen.
4. Schutz der materiellen, gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder und ihren Familien.

Die Gewerkschaft verwirklicht ihre Ziele durch:

1. Repräsentation ihrer Mitglieder vor Arbeitgeber, Behörden und Verwaltung;
2. Verhandlungen mit dem Arbeitgeber in Gruppenverträgen;
3. Organisation von Protesten und Streiks falls Verletzungen der Arbeiterrechte auftreten;
4. Unterstützung der Mitglieder durch Rechtsberatung und Interventionen;
5. Kontrolle der Einhaltung der Gesetzesbestimmungen

Das Landesarbeitsamt in Szczecin (CLO)

Das Landesarbeitsamt in Szczecin ist eine Selbstverwaltungseinheit der Region Zachodniopomorskie (nordwestliches Polen). Das Ziel der CLO ist es, die Aufgaben von Arbeitslosigkeitsbekämpfung und Entwicklung des lokalen Arbeitsmarktes auf Landesebene zu verwirklichen. Zu den Aufgaben der CLO zählen: Koordination der lokalen Beschäftigungspolitik, Planung der Ausgaben und Fondverteilung für den Arbeitsmarkt, Initiierung und Mitfinanzierung der Handlungen oder Beschäftigungen, Organisation von Programmen zur Entwicklung von Humankapital, Durchführung von Europäischen Sozialfondmaßnahmen, PHARE und das Ländliche Entwicklungsprogramm mitfinanziert durch die Weltbank, Analysen und Prognosen des Arbeitsmarktes.

InBIT – Institut für die Organisation von Unternehmen und Informationstechnologien (Ltd.)

Die InBIT ist ein Unternehmen welches eine breite Palette and Ausbildungsleistungen anbietet, einschließlich Sprachkursen und Kursen für Arbeitsumverteilung. InBIT gibt

ebenfalls Publikationen heraus und führt Entwicklungsprojekte und Untersuchungen durch. Ein weiteres Ziel besteht darin, andere Institute bei dem Gesuch um EU Fonds und der Verwirklichung von den EU Programmen zu unterstützen. InBIT hat große Erfahrungen in der Verwirklichung von Ausbildungen und zeitweiliger Beschäftigung im Rahmen des Ländlichen Entwicklungsprogramm gesammelt.

Sie selbst – der dritte Sektor als Chance auf eine Arbeitsstelle

Kurzfristiges Projekt 25.000 Euro Zeit: Februar-Juni 2005

Die Pommersche Akademie für Berufliche Bildung LTD beginnt die Verwirklichung der Ausbildung als Teil eines Projekts, welches Arbeitslose darauf vorbereiten soll, NGOs zu bilden oder in ihnen zu arbeiten. Als Teil dieses Projektes wurde im Februar dieses Jahres der „Club of New York“ in Kamien Pomorski gegründet, in dem Mitglieder an workshops und Ausbildungen teilnehmen können in der Form von:

- Führungsposition einnehmen
- Europäische Fonds und Rhetorikkurse
- Aufbau und Leitung einer NGO
- Sprachkurse
- Computerschulungen

Das Ziel dieses Projektes ist es, professionelles Personal für den dritten Sektor auszubilden.

Die Teilnehmer des Projektes müssen über 25 Jahre alt sein, arbeitslos seit 12 bis 24 Monaten und registriert sein im kamieński und gryficki Regionalarbeitsamt. Außerdem sollten Personen die an diesem Projekt teilnehmen dürfen mindestens weiterführende Schulbildung haben, den Wunsch nach mehr Aktivität auf dem Arbeitsmarkt, Bereitschaft ausdrücken, die Arbeit annehmen zu wollen und an den Aktivitäten des dritten Sektors interessiert sein.

Die Struktur der Gruppe soll aus mindestens 30% aus dem eigenen Lande bestehen. Das Projekt soll die Chancen der Arbeitslosen verbessern, die Ablehnung von gesellschaftlichem und ökonomischem Ausschluss fördern, eine gute Basis für die Selbstorganisation schaffen und Hilfguppen entstehen lassen. Die Auswahl an Teilnehmern muss nach den Richtlinien der Nationalen Strategie zum Beschäftigungsanstieg und HRD in den Jahren 2000-2006 geschehen. Insgesamt besteht das Projekt aus 20 Personen.

Das Endresultat:

20 Personen werden neue Kenntnisse erlangen und ihre vorhandenen verbessern, sie werden ihr Wissen aus weiterbildenden workshops anwenden können, Ausbildung in Sprachen und Computern, individuelle Beratungen in Anspruch nehmen können und ein Zertifikat erlangen.

Minimalziele:

- 15% wird für mindestens 3 Monate angestellt sein
- 5% der restlichen Mitglieder wird keine Langzeitarbeit finden
- 90% positives Resultat in diesem Projekt
- 10% wird sich aktiv für Dinge in Verbindung mit dem dritten Sektor einsetzen oder ein eigenes Unternehmen aufbauen

Soft Aims:

- Erwerb oder Verbesserung von Sprachkenntnissen und Computerkenntnissen
- Verbesserte Fähigkeiten, eine Arbeit zu bekommen (Pünktlichkeit und Offenheit)
- Kenntniserwerb zum Aufbau und Führung einer NGO
- Kenntniserwerb über Selbstorganisation und Informationsbeschaffung
- Erweiterung interpersonaler Fähigkeiten und größeres Selbstvertrauen
- Verbesserte Motivation eine Arbeit zu finden

Dieses Projekt wird von ESF finanziert.

6. Fazit

Allgemeine Informationen zur Arbeitslosigkeit in Schweden, den Niederlanden, Polen und Deutschland.

	Schweden	Die Niederlande	Polen	Deutschland
Insgesamt	5.7%	6.6%	18%	12 %
Tendenz	stabil	Stabil + fallend	Stabil +fallend	wachsend
Alter	(16) 18 –24 (12%)	15-24 (15%)	15-24 (45%)	15-25 (20%)
Ausbildung	Weiterführender Schulabschluß	Weiterführender Schulabschluß	Weiterführender Schulabschluß	Weiterführender Schulabschluss
Jugendliche	Praxismangel, Praxis im dualen System – mehr Kooperation von Ausbildung und Wirtschaft			

Gemeinsame Stärken des Arbeitsmarktes

- Die Regierung jedes Landes versucht den Arbeitslosen zu helfen, eine Arbeit zu finden
- Die EU versucht, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt für alle Staaten herzustellen (Wissensaustausch)
- Jugendliche sind flexibel, haben neue Ideen und viel Wissen, welches der Wirtschaft von Nutzen sein kann.

Gemeinsame Schwächen des Arbeitsmarktes

- Viele jung Menschen sind arbeitslos
- Firmen gehen Ausland (Hohe Steuern + Lohnnebenkosten)
- Alterstruktur steigt
- Akademiker bekommen keine Arbeit ohne Praxis

Fazit

- Informationen über die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitmarktsituation sollte leicht zugänglich sein
- Die Europäische Union muss den nationalen Regierungen und Regionen mehr helfen, z.B. muss ein Wissensaustausch stattfinden
- Jeder Arbeitsloser muss eine Arbeit suchen, dies muss gesetzlich geregelt sein
- Um die Leute dazu zu animieren, eine Arbeit zu suchen, sollte ein Zeitlimit für das Arbeitslosengeld eingeführt werden. Wenn derjenige innerhalb dieses Zeitrahmens keine Arbeit gefunden hat, wird das Arbeitslosengeld alle drei Monate verringert bis die Person eine Arbeit gefunden hat.
- Die meisten Arbeitslose sind Jugendliche. Um dieses Problem zu lösen, müssen die Studenten mehr Berufspraxis innerhalb ihrer Studien sammeln.
- Die Offenheit gegenüber Arbeitnehmern aus dem europäischen Wirtschaftsbereich (EEA) ist wünschenswert. Es sollte schwierig sein für die Leute aus nicht EEA Ländern eine Arbeit innerhalb der EEA zu bekommen.
- Die Bürokratie muss verringert werden um niedrigere Steuern zu erzielen.

	Schweden	Die Niederlande	Polen	Deutschland
1 Aktive und vorbeugende Maßnahmen für die Arbeitslosen und die Inaktiven.	Ausbildung, Trainee-Programme, Beschäftigung, Beschäftigungs-Garantie.	Die konkreten Ziele sehen wie folgt aus: Eine Gesamtbeschäftigung von 70% bis zum Jahr 2010. Die Jugendarbeitslosigkeit soll unter	Die Grundaufgabe der polnischen Politik ist es, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Wir betreiben eine Anzahl von Programmen um die	Förderung von Weiterbildung und Berufsvorbereitung. Schnellere Annahme von Arbeit, ABM und 1-Euro-Jobs.

		das Zweifache der Gesamtarbeitslosenrate in den Jahren 2003-2007 sinken.2007.	Arbeitslosen und die Inaktiven zu aktivieren. Eins der Hauptziele der polnischen Strategie ist es, Menschen zu animieren, sich eine Arbeit zu suchen.	
2 Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmergeist	Optimale Regelungen und gut funktionierende Märkte sind Schlüsselrahmenbedingungen für ein wettbewerbsfähiges Unternehmen	Die Regierung strebt danach, die Anzahl der Unternehmer zu erhöhen und das Wirtschaftsklima mittels ihrem Unternehmerpolitik zu verbessern. Der Schlüsselfaktor ist hierzu die Beseitigung von Hindernissen.	Die polnische Regierung möchte das Wirtschaftsklima verbessern. Eine der Aufgaben der Politik ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Es ist eine der Hauptziele der polnischen nationalen Strategie die Selbständigkeit zu fördern.	Mehr Eigenverantwortung der Arbeitnehmer. Förderung von Unternehmensgründungen.
3 Aufzeigen von Veränderungen, Anpassungsfähigkeit und Mobilität im Arbeitsmarkt	Die Regierungspolitik hilft, die Prioritäten festzulegen, auf die sich die EU in Bezug auf Beschäftigung und Sozialangelegenheiten in ihrem gemeinsamen Report über Beschäftigung 2004 einigten.	Das Ziel ist ein flexibler Arbeitsmarkt, der dazu in der Lage ist, ökonomische Schocks zu absorbieren. Gerade diese Richtlinie deckt eine große Vielfalt an Politikfeldern ab, von der Arbeitsgesetzgebung bis hin zu Arbeitsbedingungen.	Es ist eine der Hauptziele der polnischen nationalen Strategie, die Mobilität von Arbeitnehmern zu verbessern → Umschulung der Menschen, die ihre Arbeit verloren haben	Die Regierung fördert Mobilität durch finanzielle Unterstützung, versucht aber auch der Abwanderung aus bestimmten Regionen entgegen zu wirken.
4 Kompetenzentwicklung und lebenslanges Lernen	Die Qualität der obligatorischen Schule verbessern. Rekrutierungszulage für ältere Studenten, die zwischen 25-50 sind, die eine kurze Ausbildung haben oder diejenigen, die riskieren, arbeitslos zu werden.	Die Regierung möchte die Anzahl an derjenigen, die an Bildung und Ausbildung teilnehmen, erhöhen.	Die polnische Regierung versucht, das Bildungsniveau der Arbeitskräfte zu erhöhen. Wir betreiben das Programm Operatives StrukturprogrammK ompetenzentwicklung Eine der Prioritäten dieses Programms ist die Aktive Arbeitsmarktpolitik und soziale Integration und die	Förderung durch mehr Angebote und steuerliche Erleichterungen. Mehr Investitionen in Bildung (Universitäten und Ganztagschulen).

			Entwicklung einer Wissensgesellschaft.	
5 Erhöhen der Arbeitsförderung und Unterstützung im Altersprozeß	Eine Empfehlung ist es, die Krankgemeldeten so schnell wie möglich zu rehabilitieren und vorbeugende Maßnahmen an den Arbeitsplätzen vorzunehmen (für Immigranten, junge Leute und Krankgemeldete über einen langen Zeitraum).	Die Regierung hat eine Anzahl wichtiger politischer Maßnahmen vorgelegt, um die Beschäftigungsrate zu steigern, besonders Maßnahmen zur freiwilligen frühen Pensionierung/ Frühpension und Behindertenbonus, Arbeitslosenunterstützung und soziale Hilfen.	Zentrale Ziele des Kabinetts sind die Verbesserung der Beschäftigungsrate der 50-jährigen und der über 50jährigen. Arbeitslosigkeit soll in dieser Gruppe bekämpft und vermieden werden.	Ältere erhalten länger finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Unterstützung durch Weiterbildungen und Umschulungen.
6 Geschlechtergleichheit	Es wird bald ein Aktionsplan präsentiert, der die Abschaffung der Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern zum Ziel hat. Die meisten Eltern bleiben mit ihren neugeborenen Kindern für 460 Tage zu Hause, und es sollte gleichzeitig unterschieden werden zwischen den Eltern und 60 Tage sein obligatorisch.	Die Regierungspolitik auf diesem Gebiet konzentriert sich auf die Gehaltsunterschiede, Mobilität zu höheren Positionen, Kinderbetreuung und Möglichkeiten Familie und Arbeit zu vereinen.	Die polnische Regierung möchte die Anzahl an arbeitenden Frauen auf 49% der Beschäftigten erhöhen. Dies wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein.	Verbesserte Integration durch Herstellung von Chancengleichheit und Weiterbildung der Frauen.
7 Fördern der Integration von benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt und Bekämpfung von Diskriminierung.	Die Regierung wird gut 5,4 Millionen EURO für Trainee-Programme bereitstellen.	Das Ziel der Politik ist es, die Kompetenzentwicklung von Gruppen die nur geringfügig an der Arbeitnehmersrate beteiligt sind. Der Grundsatz lautet hier die Beseitigung von Hindernissen, die behindern und Arbeitsplätze zu	Wir möchten die die Politik der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt fördern. Das Hauptziel des Integrierten Operativen Programms – Kompetenzentwicklung lautet: Chancengleichheit.	Jegliche Diskriminierung von benachteiligten Gruppen soll verhindert werden. Die Regierung fördert dies durch spezielle Unterstützungen z.B. von Behindertenwerkstätten.

		schaffen.	Zudem soll die aktive Politik durch die Beteiligung der Gruppen mit hohem Risiko gefördert werden.	
8 Die Arbeitsattraktivität mittels Lohn-anreizen zu erhöhen	Die maximale Gebühr innerhalb der Kinderbetreuung bedeutet, dass Familien 3% (max. 123 Euro/Monat) von ihrem Einkommen für das erste Kind zahlen, 2% (max. 82 Euro /Monat) für das zweite und 1% (max. 41 Euro /Monat) für das dritte Kind. Das hat zu mehr Möglichkeiten geführt, um nach einem Job zu suchen und mehr Leute erhöhen ihre Arbeitsstunden von Teilzeit zu Vollzeit.	Im Versuch, die Abhängigkeit der Menschen von Sozialhilfe zu reduzieren und zur Teilnahme an Arbeitsmarkt und Ausbildung zu motivieren, ist es wichtig, die Armutsfälle anzu-gehen.	Die Regierung will die Steuern und die Kosten des Versicherungssystems senken.	Förderung von Unternehmen mittels Lohn-zuschüssen vom Staat.
9 Umwandeln von Schwarzarbeit zu regulären Beschäftigungsverhältnissen.	Effektivere Nutzung von Steuerinstrumenten, welche der Schwarzarbeit entgegenwirken; Erklären der Konsequenzen bei Ausschluss von diesem System (Arbeitsrecht, Arbeitsschutz usw..)	Die Grundsätze dieser Politik sind die des gesunden Arbeitsmarktes und des fairen Wettbewerbs durch die Verstärkung der Kontrollen und der Untersuchungsbe-mühungen.	Die Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse ist das Hauptziel der nationalen Strategie zur Erhöhung von Beschäftigung und Kompetenzentwicklung	Stärkere Bekämpfung von Schwarzarbeit durch staatliche Überwachung. Schaffung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.
10. Aufzeigen von regionalen Beschäftigungsdisparitäten	Viele Projekte sind darauf ausgerichtet, eine Struktur für die Erwachsenenbildung zu entwickeln, zusammen mit	Die Verantwortung für die regionale Arbeitsmarkt-politik liegt bei den regionalen Responsibility for regional labour market policy lies	Eine der Aufgaben ist die Umschulung von Menschen, die landwirtschaftliche Berufe verlassen und die Verbesserung der Anpassungsfähig-	Förderung von schwachen Regionen durch mehr Projekte zur Schaffung von Arbeit.

	Anpassungen und IT-basierter Ausbildung, sogenannte „learning centres“.	with the regional Verantwortlichen, da sie besser plaziert sind als die zentrale Regierung um zu wissen, was gebraucht wird, sicherzustellen, daß der lokale und regionale Arbeitsmarkt effektiv funktioniert.	keit dieser Menschen.	
--	---	--	-----------------------	--

8. Zusammenfassung

Der internationale Workshop über die zukünftige europäische Kohäsionspolitik und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen hat für alle Teilnehmer deutlich gemacht, wie wichtig der Ausgleich von zu krassen ökonomischen und sozialen Unterschieden für den Zusammenhalt und die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der EU-Länder ist. Gleichzeitig wurde deutlich, dass ein gewisses Maß an Solidarität zwischen den Mitgliedsländern notwendig ist, damit alle von dieser Zusammenarbeit profitieren können.

Wir haben gelernt, welche konkreten ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in Deutschland, den Niederlanden, Polen und Schweden existieren und welche Regionen und Projekte bisher von den Fördermitteln der EU profitiert haben. Es wurde von uns die Erfahrung gemacht, dass für die zukünftige europäische Kohäsionspolitik nach 2006 noch relativ wenig konkrete Planungen auf regionaler und kommunaler Ebene existieren. Alle wissen, dass die Geldströme durch die Aufnahme der 10 neuen Beitrittsländer neu verteilt werden, aber wie ist noch unklar. Während dieser Schlussrapport zu unserem Projekt fertig gestellt wird, sind in Brüssel am 17.6. die Verhandlungen über das EU-Budget für den Zeitraum 2007-2013 zusammengebrochen und es wurde eine mehr als einjährige Denkpause verabredet. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Situation auf den weiteren europäischen Einigungsprozeß im Allgemeinen und die künftige Kohäsionspolitik im Besonderen auswirkt.

Die Zusammenarbeit der Studenten und Hochschullehrer der vier beteiligten Länder in den Workshops hat allen Beteiligten großen Spaß gemacht und zu guten Arbeitsergebnissen geführt, die in diesem Rapport aufgeführt sind. Es bleibt zu hoffen, dass einige originelle Gedanken und Anregungen in irgendeiner Form weitergeführt werden. Wir haben auch gemerkt, was die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Kulturen und Denkweisen bedeutet und wie wir alle voneinander lernen können. So funktioniert das neue Europa!

Die vielseitige Resonanz der Teilnehmer auf diesen Workshop an der Universität Växjö hat gezeigt, dass wir eine gute Mischung aus Expertenvorträgen, den einzelnen Länderbeiträgen, den gemeinsamen Workshops in 3 Gruppen und einem attraktiven Rahmenprogramm gefunden haben. Wir hoffen auch, dass wir die unsere Region Småland den Kollegen und Studenten näher gebracht haben.

Was uns besonders freut ist, dass die Studenten während des Workshops schnell Kontakt zueinander gefunden haben, Freundschaften geschlossen wurden und die Bereitschaft zu einem Gaststudium an einer der beteiligten Hochschulen gestiegen ist.

Unser Dank geht an die Teilnehmer des Workshops für die lebendige und kreative Atmosphäre und den unermüdlichen Einsatz, den sie gezeigt haben. Weiterhin danken wir der Universität Växjö mit ihrem Personal, die uns bei der Organisation und Durchführung tatkräftig unterstützt hat.

Dem Hauptkoordinator der FHVR Berlin, insbesondere Herrn Prof. Dr. Bücken-Gärtner, Frau Dr. Thiem-Schröder und Frau Morian möchten wir unseren herzlichen Dank für die übergreifende Leitung und reibungslose Abwicklung während des gesamten Projektzeitraumes aussprechen.

Nicht zuletzt möchten wir unseren Dank an die EU richten für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des SOKRATES/ERASMUS-Programmes.

Wir wünschen allen Teilnehmern weiterhin viele positive Erfahrungen in einem geeinten Europa.

Thomas Marten und Corina Löwe, Universität Växjö